

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
	<b>Dezernat 1</b>				
	<b>Fachbereich 1</b>				
E_01_01	Sämtliche Brennpunkte in Dortmund eindämmen. Innenstadt Nord und Hörder-Neumarkt. Entweder weiterhin nur reden und reden (da passiert dann rein gar nichts) oder endlich mal richtig durchgreifen! Langsam verkommt diese von mir einst so geliebte Stadt total. Es ist kein schönes Wohnen/Leben mehr hier in Dortmund. Hoffe, dass ihr, wenn ihr das auch tatsächlich lesen solltet, mal ernsthafte Gedanken darüber macht. Meine Person ist weder rechtsradikal oder wie auch immer. Bin politisch nicht mehr orientiert, da hier einiges verkehrt läuft im eigenen Land.		x	Es handelt sich um ein dezernatsübergreifendes Thema. Der Vorschlag ist als persönliche Meinungsäußerung zu werten. Es ist kein konkreter Vorschlag enthalten.	Keine
E_01_02	Mosche an der Kreuzung Goymarkt halte ich persönlich für unangemessen. Diese Länder sind erst einmal überhaupt "NICHT" in der "EU". Bauen Sie mal eine Kirche in deren Ländern, diese wird/würde direkt boykottiert werden! Dieser gesamte Multi-Kulti-Kram nervt langsam jeden Dortmunder Bürger ungemein. Und mit welchem Recht wird exakt so etwas in dieser Stadt rechtskräftig und geduldet?! Das es per Spendengelder gebaut wird, ist eine positive Geschichte. Aber dass so etwas gebaut wird, ist eine Verarschung an die katholische/evangelische Kirchen!		x	Der Vorschlag ist als persönliche Meinungsäußerung zu werten. Es ist kein konkreter Vorschlag enthalten.	Keine
E_01_03	Weiteres Versagen haben bekanntermaßen unsere Stadtväter beim Projekt U-Turm gezeigt. Nicht grundlos immer wieder im Schwarzbuch der Bund der Steuerzahler. Hier müsste ein Verkauf geprüft werden, um nicht weitere Millionen zu verlieren.		x	Es handelt sich um ein dezernatsübergreifendes Thema. Der Verkauf ist wegen der Bindungsfrist der Fördermittel nicht möglich.	Keine
E_01_04	Sollte es Kostenübernahmen der Stadt Dortmund für den BVB geben, sollte man das Gespräch mit den Verantwortlichen des Vereins suchen. Medienberichten zufolge wird der BVB sofort oder in den kommenden Jahren mehr Kapital (ca. 114 Millionen Euro) zur Verfügung haben. Meines Wissens hat die Stadt auch einiges für den Verein getan.			Es handelt sich um ein dezernatsübergreifendes Thema. Ergebnisse liegen hierzu aktuell nicht vor.	
E_01_05	Verzicht auf "Leuchtturmprojekte"		x	Es stellt sich die Frage, was unter Leuchtturmprojekten verstanden wird. Weitere zentrale Projekte wie das Dortmunder U oder das DFB-Fußballmuseum sind gegenwärtig nicht geplant. Gleichwohl werden finanzielle Ressourcen auf bestimmte Schwerpunkte konzentriert. So sind der Neubau und die Renovierung von Schulgebäuden sowie der Neubau und die Erweiterung von Kindertageseinrichtungen weiterhin ein Schwerpunkt städtischer Investitionen. Investiert werden beispielsweise auch innerhalb der nächsten vier Jahre 49 Mio. Euro in die städtische Infrastruktur (Straßenerhaltung, Brücken, etc.).	Keine
E_01_06	Besinnung auf die Kernaufgaben ("Aufräumen" im Rathaus --> Talentförderung z.B. ist über ....)		x	Vor dem Hintergrund des Strukturwandels und der demografischen Entwicklung wird zukünftig die Behebung des Fachkräftemangels eine zentrale Aufgabe unserer Stadt sein. In diesem Segment findet die Talentförderung in Kooperation mit namhaften Dortmunder Unternehmen statt. Sie ist Teil einer langfristigen Strategie zur Förderung der Potentiale und Talente der Dortmunder Kinder und Jugendlichen.	Keine

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_01_07	Zukünftige Abstandnahme von Cofinanzierungen von neuen Prestigeprojekten wie Fußballmuseum		x	Weitere zentrale Projekte wie das Fußballmuseum sind gegenwärtig nicht geplant. Es wird davon ausgegangen, dass das Museum die Dortmunder Wirtschaftsbilanz (Arbeitsplätze, Übernachtungen, Gastronomiebesuche, etc.) bereichern wird und insgesamt für die Stadt ein Gewinn ist.	Keine
E_01_08	Sehr geehrter Herr Sierau, SPAREN Sie sich die inter-tabac!!!		x	Für die Finanzen der Messe "InterTabac" ist die Messe Westfalenhallen Dortmund GmbH zuständig. Es gibt keine Berührung mit dem städtischen Haushalt. Daher sind keine Einsparungen möglich.	Keine
E_01_09	Bewirtung, Sitzungen, Sitzungsgeld		x	Die Bewirtung während der Sitzungen wurde bereits in den vergangenen Jahren reduziert, sie umfasst nur noch einen Minimalstandard. Bei Sitzungsgeldern und Aufwandsentschädigungen wird ausschließlich der durch die "Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse" vom Landesgesetzgeber vorgegebene Betrag gezahlt. Eine Reduzierung ist nicht möglich.	Keine
E_01_10	Weniger öffentliche Mittel für Prestigeobjekte wie z. B. U-Turm, Phoenix-See, etc.			Vgl. Ifd. Nr. E_01_05	
E_01_11	Weniger ist mehr... Keine Großprojekte finanzieren			Vgl. Ifd. Nr. E_01_05	
E_01_12	Weniger Ratsausschüsse, z.B. könnten Ausschuss für Bauen, Verkehr, und Grün und Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen zusammengelegt werden. Ebenso Ausschuss für Kinder, Jugend, Familie mit dem Schulausschuss, denn Kinder/ Jugend haben viel mit Schule zu tun.			Eine Beurteilung durch die Verwaltung ist nur schwer möglich. Die Ausschüsse haben insbesondere auch beratende Funktion für den Rat der Stadt in fachlich orientierten Fragestellungen. Daher ist sowohl Anzahl als auch inhaltliche Gestaltung nach politischen Gesichtspunkten und Erfordernissen orientiert.	
<b>Fachbereich 3</b>					
E_03_01	Tageszeitungs-Abos für alle Ämter kündigen und auf digitale Abos ändern.	x		Die individuelle Verantwortung bzw. Entscheidungskompetenz liegt bei den jeweiligen Fachbereichen, welche dazu angehalten sind, wirtschaftlich zu arbeiten. Grundsätzlich ist eine Kündigung oder zumindest eine Reduzierung in einigen Bereichen möglich.	Nicht bezifferbar
E_03_02	Für zahlreiche Veranstaltungen beispielsweise des Westfalenparks werden unzählige Einladungen, Plakate, etc. gedruckt und an die Stadtämter verteilt. Meist landet das Papier dann im Müll! Warum überhaupt noch massenweise Printprodukte im Zeitalter digitaler Kommunikation.	x		Die individuelle Verantwortung bzw. Entscheidungskompetenz liegt bei den jeweiligen Fachbereichen. Lediglich der Druck wird von der Dortmund-Agentur durchgeführt. Eine ausschließliche Fokussierung auf digitale Medien ist nicht möglich, da nicht jede/r Bürger/in Zugriff auf das Internet hat. Eine Reduzierung der Printmedien erscheint jedoch möglich.	Nicht bezifferbar

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_03_03	Aufstellung öffentlicher Pinbretter (Einsparung, verbesserte Infrastruktur) Die Aufstellung von Pinbrettern (Stahlgestänge mit Krok-Einlage) in den Stadtvierteln entspricht dem Wunsch der Bürger, Bekanntmachungen von Stadtteilfesten, Mitteilungen, Kauf- und Verkaufswünsche etc. weiterzugeben. Dies geschieht derzeit viel zu häufig über das Anpinnen der Mitteilungen an Bäumen. Da das die Bäume schädigt und in der Folge in der Vergangenheit häufig auch Anlass zu Fällungen war, könnten öffentliche Pinbretter in den Stadtvierteln zur Gesunderhaltung der Bäume beitragen. Dies erhält nicht nur dem Bürger das dringend gebrauchte Grün sondern bedeutet für die Stadt auch Einsparungen für Fällungen und Neupflanzungen. Geeignete Orte für solche Pinbrett-Ständer sind kleine Plätze, vor öffentlichen Gebäuden oder größeren Geschäften.	x		Hierbei handelt es sich nicht um eine kommunale Aufgabe. Das "Anpinnen" privater Mitteilungen an Bäume, stellt (zumindest) eine Ordnungswidrigkeit dar. Insofern ist eine rechtliche Regelung zur Vermeidung solcher Verhaltensweisen gegeben.	Investitionsbedarf für Pinbretter; Personalaufwand für Pflege und Kontrolle in nicht abzuschätzender Höhe
E_03_04	In Dortmund hat der Umweltschutz für die Bürger einen hohen Stellenwert. Deshalb würden wir uns freuen, wenn statt der vielen teuren geschlagenen echten Bäume unser Weihnachtsbaum mit günstigen geliehenen künstlichen Bäumen bestückt wird. Seit die Fichten mit Chemie gegen Feuer und für längere Haltbarkeit behandelt werden, ist auch der "Weihnachtsgeruch" kein Grund mehr für Echtheit. Im Gegenzug gibt es immer mehr Menschen, die die Verrichtung von Bäumen für unsinnig bis überflüssig halten. Auf jeden Fall ist es aber umweltfreundlich. Eine Stadt, die klimafreundlich dastehen möchte, sollte nicht dazu im Gegensatz so viele Bäume nur zur Dekoration töten. Es gibt ja heute wirklich sehr echt aussehende Künstliche. Und mieten ist immer günstiger als kaufen.		x	Der Weihnachtsmarkt und der Weihnachtsbaum sind Initiativen von privaten Veranstaltern.	
<b>Fachbereich 80</b>					
E_80_01	Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf ein Niveau von 450 - 460 %. Stärkung der Wirtschaftsförderung. Durch 1 und 2 Ansiedlung neuer Unternehmen in einem weit über dem jetzigen Rahmen liegendem Niveau. Dadurch Schaffung neuer Arbeitsplätze und Reduzierung der Arbeitslosenquote auf unter 10%. Dadurch könnte im Bereich des JobCenters der Fehlbetrag um mindestens 40 Mio Euro gesenkt werden. In allen anderen Bereichen Jugendamt usw. könnten bis zu 40 % der Aufwendungen gesenkt werden.	x		Über die Höhe der Hebesätze entscheidet der Rat der Stadt. Der Rat hat eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes letztmalig zum 01.01.13 beschlossen. Der jetzige Gewerbesteuerhebesatz wurde durch den Rat der Stadt Dortmund befristet beschlossen. Eine Anpassung des Hebesatzes wird zu gegebener Zeit erfolgen. Es existiert ein umfangreiches Angebot für Firmen, die sich in Dortmund niederlassen wollen. Verfügbare Industrie- und Gewerbeflächen werden auf verschiedenen Vermarktungsplattformen dargestellt. Die Ansprache an Unternehmen erfolgt u. a. durch Kampagnen und diverse Initiativen.	Abhängig vom Umfang der Senkung.
<b>Dezernat 2</b>					
E_De2_01	Interkommunale Zusammenarbeit in angrenzenden Stadtgebieten: 1 Hallenbad/Freibad/Jugendfreizeitstätte wird betrieben von Stadt X, Stadt Y + Z beteiligen sich, Rest wird geschlossen.		x	Auf Grund der unbekanntenen umsatzsteuerlichen Behandlung Interkommunaler Kooperationen in der Zukunft wird das Projekt auf Empfehlung des Deutschen Städtetages vorerst nicht weiter verfolgt.	Nicht bezifferbar

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_De2_02	Grundlegender und deutlicher Aus-/Umbau der administrativen Stadtstruktur zu E-Government. Ein gutes Beispiel finden Sie bei der Stadt Wien. Diese kombiniert eine deutlich bessere Bürgernähe bzw. Bürgerservice mit verminderten Kosten in der Bindung von Arbeitszeit der Mitarbeiter in dem Bereich.		x	Die Stadtverwaltung Dortmund hat seit mehr als zehn Jahren die doMap als Plattform für das virtuelle Rathaus im Einsatz und entwickelt sie kontinuierlich weiter. In der doMap werden für die Bürger/innen, die Unternehmen und andere Behörden eine Vielzahl von Dienstleistungen der Verwaltung im Internet zur Verfügung gestellt. Die doMap ist im Jahre 2012 zuletzt ausgezeichnet worden. Unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums des Inneren wurde die Stadt Dortmund mit der doMap als Internetangebot als beste online-Kommune prämiert. Die Weiterentwicklung wird auf der Grundlage der Möglichkeiten, die das geplante eGovernmentgesetz des Landes NRW bieten wird, erfolgen.	Soweit konsumtive oder investive Mittel hierzu notwendig sind, werden sie im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten im Budget des Dortmunder Systemhauses bereit gestellt.
<b>Fachbereich 11</b>					
E_11_01	Mitarbeiter, die nicht arbeiten, entlassen.	x		Wenn Beschäftigte ihren arbeits- bzw. beamtenrechtlichen Verpflichtungen zur Arbeitsleistung nicht nachkommen, werden sie nach den Möglichkeiten des Arbeits-, Tarif- und Beamtenrechts sanktioniert. Dies schließt auch Kündigungen bzw. Entlassungen nicht aus.	Keine
E_11_02	Die städtischen Mitarbeiter nur noch 30 Stunden arbeiten lassen.		x	Die Arbeitszeit der Beschäftigten der Stadt Dortmund richtet sich nach tariflichen bzw. beamtenrechtlichen Regelungen bzw. Vorschriften und sind durch den Arbeitgeber Stadt Dortmund nicht frei bestimmbar.	Keine
E_11_03	Zusammenarbeit zwischen Ämtern verbessern.	x		Die Verbesserung der Zusammenarbeit von Fachbereichen ist stetes Ziel der Verwaltung. Sie wird durch verschiedene Kommunikationsformen in der Verwaltung sichergestellt wie Verwaltungsvorstandssitzungen, Fachbereichsleiterkonferenzen und auch bilateralen Austauschen von Fachbereichsleitungen in Fragestellungen, die nicht alle Fachbereiche betreffen. Das Personal- und Organisationsamt ist in der Bearbeitung organisatorischer Vorgänge ebenfalls bestrebt, die Zusammenarbeit durch Prozessoptimierungen zu verbessern.	Keine

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_11_04	Die Stadt Dortmund sollte die Bewertung der städtischen Stellen dem Bund angleichen. Warum gibt es so viele Stellen, die mit A12 bewertet sind, aber keinerlei Personalverantwortung haben. Warum verdient der Teamleiter in vielen Ämtern gleich viel wie der Geschäftsführer des Jobcenters Dortmund. Die Aufgabe und Verantwortung stehen in keinem Verhältnis, gerade bei der mittleren Führungsebene der Stadt Dortmund. Durch eine Abwertung der Stellen könnten man Einsparungen erzielen und zudem bei den unterbezahlten Ebene des mittleren Dienstes nachbessern. Natürlich sollte dieses in Teilschritten und mit Augenmaß erfolgen.		x	Die Bewertung von Planstellen erfolgt sach-, fach- bzw. funktionsgerecht durch das Personal- und Organisationsamt. Bei Stellenbewertungen wird rein auf den <u>Stelleninhalt</u> abgestellt, also die Gesamtheit der einer Stelle übertragenen Tätigkeiten, Befugnisse und Verantwortlichkeiten. Fiskalische Gesichtspunkte dürfen an dieser Stelle keine Berücksichtigung finden.  Die Stadt Dortmund ist im Rahmen eines Stellenbewertungsverfahrens nicht frei in ihrer Entscheidung. Bei der Bewertung von Beamtenstellen lehnt sich die Stadt Dortmund an das allgemein verbreitete und in vielen Kommunalverwaltungen genutzte Gutachten der "Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)" an. Die Bewertung der Stellen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst richtet sich nach den entsprechenden Tarifverträgen (beispielsweise § 22 BAT). Sie erfolgt somit nach tarifrechtlichen Gesichtspunkten, die arbeitsgerichtlich überprüfbar sind.	Keine
E_11_07	Diese Ausländer die Papier aufsammeln entlassen."Ordnungsämter" sollen das gleich mit erledigen!!!		x	Die Sauberhaltung der Stadt ist Aufgabe der Entsorgung Dortmund GmbH (EDG). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Außendienstes des Ordnungsamtes sind mit ihrer regulären Aufgabenerledigung ausgelastet. Beide Tätigkeiten lassen sich nicht miteinander vereinbaren.	
E_11_08	Dortmunder Beamte 3,5% Lohnkürzung.		x	Die Besoldung der Beamten richtet sich nach der Besoldungsgesetzgebung des Landes und ist durch die Stadt Dortmund nicht veränderbar.	
E_11_09	Papier und Zigarettenskippen vom Ordnungsamt und Politessen aufsammeln lassen. Die Papiersammler entlassen.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_11_07	
E_11_10	Unnütze städt. Angestellte entlassen.		x	Der Stellenplan der Stadt Dortmund orientiert sich an den zu erledigenden Aufgaben. Stellen werden reduziert, wenn Aufgaben wegfallen.  Personal wird nicht entlassen, sondern auf anderen freien Planstellen eingesetzt.	
E_11_11	Politessen, Ordnungsämter Müll aufheben lassen. Müllkarrenschieber entlassen.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_11_07	
E_11_12	Weniger Beamte.		x	Der Stellenplan der Stadt Dortmund orientiert sich an den zu erledigenden Aufgaben. Stellen werden reduziert, wenn Aufgaben wegfallen.	
E_11_13	Ordnungsämter entlassen. Polizei kann das sehr gut ohne diese Wichtigtuer.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_11_10	
E_11_14	Die Ordnungsämter 2,5% entlassen, dafür Tag/Nachtschicht einführen!		x	Vgl. Ifd. Nr. E_11_12	
E_11_15	Beamte sparen.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_11_12	
E_11_16	Beim gehobenen Personal.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_11_04 und E_11_10	
E_11_17	Dem Ordnungsamt die Karren an die Hand. Die Papieraufheber entlassen.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_11_07	

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_11_18	Die Mitarbeiterbefragung ist einfach nur Papier- und Geldverschwendung! Man könnte (falls die Befragung wirklich unbedingt notwendig ist) auf eine Umfrage per Mail/Datenbank zurückgreifen oder sie komplett streichen.		x	Lediglich 75 % der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung einschließlich der Eigenbetriebe verfügen über einen eigenen Zugang zu Lotus Notes. Nur über den gewählten Weg können alle Beschäftigten erreicht werden.	
E_11_19	Reduzierung der Personalaufwendungen um 20 %, das entspricht einer Reduzierung um 64 Mio EUR gegenüber dem Haushaltsplan 2014. Dies kann durch eine Zentralisierung der Verwaltung geschehen.		x	Die Reduzierung der gesamten Personalaufwendungen um 20 % alleine durch die Zentralisierung von Verwaltungsaufgaben ist unrealistisch, da Verwaltungsaufgaben nur einen kleinen Teil der gesamten Aufgaben der Stadt ausmachen. Wenn Fachbereiche zusammengelegt werden, werden auch individuell Kapazitäten im Verwaltungsbereich eingespart.	pauschal keine, nur im Einzelfall
E_11_20	Abschaffung Tele-AP bzw. regelmäßige Überprüfungen und einheitliche Regelungen dazu.		x	Die Teilnahme an der Telearbeit wird nur noch befristet zur Vereinbarung von Familie und Beruf ermöglicht. Telearbeitsplätze aus anderen Gründen wurden grundsätzlich zurückgenommen. Alle Telearbeitsvereinbarungen wurden 2010 von StA 11 geprüft. Vom Verwaltungsvorstand beschlossene einheitliche Rahmenbedingungen bestehen. Die Genehmigung für Telearbeit wird für maximal drei Jahre ausgesprochen. Bei einer beantragten Verlängerung findet eine Überprüfung statt.	Keine
E_11_21	Zusammenlegung von Anlaufstellen (BABC, Koordinierungsstellen, Synergieeffekte nutzen)			Hierzu kann ohne eine tiefere Prüfung unter Beteiligung der betroffenen Verwaltungsstellen keine Auskunft gegeben werden.	
E_11_22	Diese Papieraufheber sparen. Politessen können das mit machen.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_11_07	Keine
E_11_23	Weg mit diesen lächerlichen Papieraufsammlern.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_11_07	Keine
E_11_24	Wirkungsvolle Kontrolle der Arbeitszeiten der Beschäftigten der Stadt - Mittagspause - .	x		Dies ist bereits Aufgabe der Dienstvorgesetzten.	Keine
E_11_25	Warum leistet die Stadt sich Projekte wie "Talentförderung", "Coaching von Studenten auf dem Weg in den Beruf"? Hier kann Personal eingespart werden!		x	Vgl. Ifd. Nr. E_01_06 Weiterhin ist das Projekt "Coaching von Studenten auf dem Weg in den Beruf" nicht bekannt.	
E_11_26	Prozesse dauern zu lange! Stichwort "Jugendforum", "Spielplatzbeteiligungen", etc. Zum Teil braucht die Abstimmung unter den Ämtern mehr als zwölf Monate Zeit. Die Kunden, die sich heute an Planungen beteiligen, sind bis die Plaung umgesetzt wird im Rentenalter. Durch die Optimierung von Abstimmungsprozessen kann gespart werden.	x		Die Verbesserung der Zusammenarbeit von Fachbereichen ist stetes Ziel der Verwaltung. Das Personal- und Organisationsamt ist in der Bearbeitung organisatorischer Vorgänge ebenfalls bestrebt, die Zusammenarbeit durch Prozessoptimierungen zu verbessern.  Ob und in welcher Höhe Kosten eingespart werden können, muss im Einzelfall betrachtet und beurteilt werden.	pauschal keine, nur im Einzelfall
E_11_27	Geschäftsvorgänge innerhalb der Verwaltung vereinfachen anstatt zu erschweren.	x		Die Optimierung von Prozessen ist ein wesentlicher Bestandteil bei der Bearbeitung von Organisationsprojekten. Ziel ist "die Vereinfachung" von Prozessen.	keine

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_11_28	Beamte für blödsinnige Bauten und Planungen in Regress nehmen.	x		Die Aufgabenerledigung unterliegt der Dienst- und Fachaufsicht der jeweiligen Vorgesetzten. Ergeben sich Hinweise auf ein Fehlverhalten, würden sie arbeits- und disziplinarrechtlich geprüft und ggf. auch geahndet.	
E_11_29	Ämter einfacher strukturieren, es ist zu komplex geworden und kostet ne Menge Geld.	x		Die Optimierung der Aufbauorganisation steht im ständigen Fokus der Arbeit des Personal- und Organisationsamtes. Wenn Verbesserungsmöglichkeiten erkannt werden, wird versucht, diese zu realisieren. Die dezentrale Organisationsverantwortung ist zu beachten.	pauschal keine, nur im Einzelfall
E_11_30	Sehr großes Einsparpotential besteht bei den städtischen Angestellten. 30 % weniger Personal sind mindestens möglich, wenn die restlichen ihre Arbeit zielgerichtet, ordnungsgemäß verrichten.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_11_12	
E_11_31	Extrem großes Einsparpotential beim Personal nutzen.		x	Einsparungen werden dort realisiert, wo es möglich ist. Pauschal ist dies nicht möglich.	
E_11_32	Engere Zusammenarbeit unter Ämtern spart Geld.	x		Vgl. Ifd. Nr. E_11_26	pauschal keine, nur im Einzelfall
E_11_33	Auflösung Fachbereich 10. Verteilung der A-Bereiche auf die jeweiligen Fachbereiche (OK-EWO zu FB 33 usw), Verlagerung der T-Bereiche als Infrastrukturabteilungen zur Immobilienwirtschaft. Eingespart werden kann ein Fachbereichsleiter (100.000 € und der Bereich 10/ZD - diese Mitarbeiter können woanders in der Verwaltung eingesetzt werden. Die Umsetzung ist eher organisatorischer Art und wird kaum Aufwand erzeugen.			Die Entscheidung über die Realisierung des Vorschlages fällt in die Organisationshoheit des Oberbürgermeisters. Ob der Vorschlag, wie beschrieben, realisiert werden könnte, müsste im Detail geprüft werden.  Der Entwurf einer Organisationsverfügung zur Auflösung eines Teilbereiches liegt bereits vor und befindet sich in Bearbeitung.	wäre im Einzelfall zu prüfen
E_11_34	Die Mitarbeiter der Stadtverwaltung begeben sich zwecks Raucherpausen in die Innenhöfe/vor die Verwaltungsgebäude und verbringen dort viel Zeit, die am Schreibtisch effektiver genutzt werden können. Die verlorene Arbeitszeit müsste einmal hochgerechnet werden. Bei Betreten/Verlassen der Gebäude muß man sich durch dicke Rauchschwaden einen Weg bahnen. Ist das mittlerweile ein Kavaliersdelikt? Eher ein Armutszeugnis! Denn welches Erscheinungsbild wird so repräsentiert? Wie ich erfahren habe, fordert unser erster Bürger sogar auf, sich nicht immer an die gleiche Stelle zum Rauchen zu begeben, damit dies den Bürgern der Stadt nicht so auffällt. Bitte geben Sie diesen Vorschlag an die entsprechenden Stellen weiter. Danke			Auch bei Raucherpausen gelten für Beschäftigte der Verwaltung die allgemeinen städtischen Pausenregelungen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass sich auch Besucherinnen und Besucher der Verwaltung bzw. städtischer Veranstaltungen in den Raucherbereichen vor den Gebäuden aufhalten.  Wenn man den Text liest, verbleibt als Vorschlag nur die Aussage: "Die verlorene Arbeitszeit müsste einmal hochgerechnet werden." Gemeint ist aber sicherlich, dass geprüft werden soll, ob die Zeit des Rauchens als Pausenzeit angerechnet wird. Derzeit wird das Verlassen des Gebäudes geduldet und als Arbeitszeit gewertet.  Wenn man dies ändern wollte, scheint dies nur möglich zu sein, wenn eine elektronische Zeiterfassung eingeführt wird und Rauchpausen jeweils erfasst werden können. Dies würde vermutlich zunächst zu Investitionen in ein solches System führen.  Einsparungen sind nicht erkennbar.	Ggf. Investition in ein elektronisches Zeiterfassungssystem notwendig.

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_11_35	Abschaffung von Stabsstellen	x		<p>VV-Beschluss vom 19.08.2014:</p> <p><i>"Organisation der Verwaltung</i></p> <p><i>Strukturen mit vielen Schnittstellen sollen dahingehend begutachtet werden, ob hier im Rahmen von Organisationsprozessen eine Verschlanung der Verwaltung mit flachen Hierarchien vorgenommen werden kann. Zur Unterstützung sollen dem Oberbürgermeister Organigramme mit Namen und Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. Sonderstrukturen in der Verwaltung werden abgebaut."</i></p> <p>Zum Abbau von Sonderstrukturen gehört auch die Abschaffung von Stabsstellen.</p>	Keine
E_11_36	Zentrale Prüfung von Fortbildungen (keine Fahrten außerhalb von DO)			<p>Das Studieninstitut Ruhr (SIR) ist der zentrale Dienstleister für die Durchführung von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen bei der Stadtverwaltung Dortmund. Die Personalentwicklung im Personal- und Organisationsamt ist für die strategische und konzeptionelle Ausrichtung der Personalfortbildung verantwortlich und tritt gegenüber dem SIR als Auftraggeber für die Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen – so auch für den wichtigen Bereich der Qualifizierung von Führungskräften und Führungsnachwuchskräften – auf. Das SIR entwickelt bedarfsorientierte Fortbildungen und führt diese an Standorten Dortmund und Bochum durch. Die Beschäftigten der Stadt Dortmund besuchen die Veranstaltungen am Standort Dortmund. Allerdings werden aus den Fachbereichen Mitarbeiter/innen auch zu "externen" Fort- und Weiterbildungsinstituten entsendet, da nicht alle "fachlichen Fortbildungen" durch das SIR abgedeckt werden können. Oftmals betreffen die speziellen Themen nur eine Person aus den Fachbereichen.</p> <p>Es kann daher vorkommen, dass Fortbildungsmaßnahmen auch außerhalb von Dortmund notwendig sind, soweit -meist aufgrund zu geringen Teilnehmerzahlen- keine Inhouse-Veranstaltung zustande kommt.</p>	
E_11_37	5-Stunden in zwei Schichten arbeiten lassen --> voller Lohnausgleich für Mitarbeiter --> 1/2 Büroflächen einsparen		x	<p>Die Stadt Dortmund ist an gesetzliche und tarifliche Regelungen gebunden.</p> <p>Die Reduzierung der Arbeitszeit auf fünf Stunden bei vollem Lohnausgleich führt zu entsprechend höherem Personalbedarf und entsprechenden Kosten.</p>	Höhere Kosten



## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_11_38	Abschaffung des Presseamtes, lediglich 2 Pressesprecher beim OB/Stellvertreter(n) ansiedeln. Die Pressearbeit ist von den Amtsleitern (Fachlichkeit) wahrzunehmen. Nach deutlicher Reduzierung von Aufgaben in den Bezirksverwaltungsstellen ist die Bezahlung ebenfalls deutlich (A12/A13) zurückzufahren. Die Verwaltung ist zu stark kopflastig (zuviel "Häuptlinge" und zu wenig "Indianer" (für die Bürger)) - Stichwort "Abbau Wasserkopt". Reduzierung der Verw.-Stellen/BV's bei gleichzeitiger Stärkung der verbleibenden Verwaltungsstellen (Delegation nach unten). Zusammenlegung von Aufgaben (Z. B. Brünbereich DSW/Tiefbauamt etc.; Übertragung von Sportstätten an Vereine etc.)			<p>Ein Presseamt besteht nicht, sondern eine Pressestelle beim Amt für Angelegenheiten des Oberbürgermeisters und des Rates.</p> <p>Der Vorschlag, der sich auf die Bezirksverwaltungsstellen bezieht, ist zu unkonkret und kann nicht beurteilt werden. Die Maßnahmen wären auch abhängig von entsprechenden politischen Beschlüssen. Einsparungsmöglichkeiten müssten in einem konkreten Projekt ermittelt werden.</p> <p>Die Abflachung der Hierarchien ist stetiges organisatorisches Ziel und wird bei der Bearbeitung von Organisationsprojekten berücksichtigt.</p> <p>Die Zusammenlegung von Aufgaben ist in Organisationsentwicklungsprozessen der vergangenen Jahre häufig ein zentrales Thema gewesen und wird auch in Zukunft berücksichtigt.</p>	
<b>Fachbereich 20</b>					
E_20_01	Schließung des Flughafens --> keine Verlustübernahme der DSW nötig --> höhere Ausschüttung an Stadt		x	<p>Es gilt derzeit der Ratsbeschluss vom 18.11.2010. Hierin begrüßt der Rat der Stadt Dortmund die Absicht der Flughafen Dortmund GmbH, die Rahmenbedingungen des Flughafens den Anforderungen des modernen Luftverkehrs anzupassen. Ende Mai hat die Bezirksregierung Münster dem Dortmunder Flughafen die Genehmigung für die erweiterten Betriebszeiten erteilt. Durch die Betriebszeitenänderung können weitere Markteinbrüche verhindert und der Flughafenstandort in seinem Bestand gestärkt sowie 3.200 Arbeitsplätze in der Region gesichert werden. Es gilt derzeit der Ergebnisabführungsvertrag mit DSW21 Dortmunder Stadtwerke AG.</p>	Keine (da nicht umsetzbar)
E_20_02	Umfragebögen in schwarz-weiß und kein Buntdruck.	x		<p>Aus marketingtechnischen Gründen sind die Vorschlagbögen bunt gedruckt worden. Grundsätzlich besteht jedoch die Möglichkeit, aus finanziellen Gründen auf einen schwarz-weißen Druck zurückzugreifen.</p>	Bei schwarz-weißem Druck besteht ein Einsparpotential in Höhe von 75 Euro.

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_20_03	<p>Mein Vorschlag wäre, dass man das Haushaltsbudget für die einzelnen Ämter nicht so starr fassen sollte. Ich weiß das einige Ämter noch übriggebliebenes Geld verbubeln damit sie im nächsten Jahr mindestens den gleichen Etat bekommen. Ich würde eher ein Belohnungssystem einrichten.</p> <p>Wenn ein Amt weniger ausgegeben hat bekommt es im nächsten Jahr die Hälfte der gesparten Summe zum Etat dazu.</p> <p>Dadurch würde jedes Amt sinnvoller haushalten und hätte gleichzeitig noch ein Erfolgserlebnis. Mit Androhung einer Kürzung erreicht man nur das Gegenteil.</p>		x	<p>Der Haushaltsplan der Stadt Dortmund wird durch die politischen Gremien beschlossen. Es besteht eine dezentrale Ressourcenverantwortung der jeweiligen Fachbereiche. Erträge und Aufwendungen sowie Ein- und Auszahlungen werden an der Stelle im Haushalt geplant, an der diese voraussichtlich anfallen werden. Grundsätzlich sollte jeder Fachbereich im Sinne der gesamtstädtischen Haushaltsführung mit den finanziellen Ressourcen wirtschaftlich umgehen. Die Budget-verantwortung geht mit einer sparsamen Haushaltsführung einher. Budget, welches nicht benötigt wird, ist einzusparen und kommt dem gesamtstädtischen Haushalt zu Gute.</p>	Keine
E_20_04	Den Druck solcher blöden Blätter sparen. Bürokraten werden hoch bezahlt für solche Überlegungen.	x		<p>Für die Umsetzung bedarf es eines Ratsbeschlusses. Der Bürgerhaushalt ist vom Rat der Stadt Dortmund beschlossen worden und spiegelt daher die mehrheitliche politische Meinung wider. Um die Teilnahme an der schriftlichen Bürgerbeteiligung für jeden Bürger der Stadt Dortmund zu gewährleisten, bedarf es neben dem Online-Formular der Auslegung eines Vorschlagbogens in Papierform.</p>	Nicht bezifferbar
E_20_05	Flugplatz		x	Vgl. Ifd. Nr. E_20_01	Keine (da nicht umsetzbar)
E_20_06	Cofinanzierung von Flughafen		x	Vgl. Ifd. Nr. E_20_01	Keine (da nicht umsetzbar)
E_20_07	Die Bürger der Stadt einfach ein wenig mehr in die Pflicht nehmen. Früher hat man die Straße vor seinem Haus selbstverständlich gefegt und gepflegt, heute wartet man auf die Straßenreinigung. In anderen Kommunen rollen die Bürger ihre Mülltonne an die Straße und die Reinigung kommt mit speziellen Fahrzeugen, die die Tonnen automatisch greifen, anheben und leeren (z. B. Stadt Lünen). Das spart Personalkosten, erfordert aber auch Investitionen.		x	<p>Die Entsorgung Dortmund GmbH (EDG) und Bürgerschaft bemühen sich gemeinschaftlich zum Thema Stadtsauberkeit. Neben den Aktivitäten der EDG werden die Bürger in vielfältiger Weise in die Strategie zur Steigerung der Lebensqualität in unserer Stadt eingebunden. Beispielhaft seien hier die über 130 Sauberkeits-Patenschaften genannt. Darüber hinaus veranstaltet die EDG regelmäßig Aktionswochen, die sich an die gesamte Bürgerschaft richten. So ist im Sommer diesen Jahres die Aktion "Dortmund eine Saubere Sache - Mach mit" mit großem Erfolg durchgeführt worden. Der Einsatz von Überkopfladersystemen ist in Dortmund bereits Ende der 90er Jahre geprüft worden. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Bebauungsstrukturen einer Großstadt den Einsatz dieser Fahrzeuge nicht zulassen. Diese Fahrzeuge finden vornehmlich in kleineren Bebauungsstrukturen im ländlichen Raum Einsatz.</p>	Keine (da nicht umsetzbar)
E_20_08	Haushaltsspenden einfordern von wohlhabenden Bürgern. Mit Namensnennung, z. B. Pflastersteineverkauf wie ein BW!		x	<p>Spenden an den Haushalt für soziale Zwecke oder Einrichtungen durch Unternehmen oder auch Private gibt es auch jetzt schon und sind auch weiterhin möglich. Eine professionelle Spendenverwaltung würde aber einen hohen Verwaltungsaufwand erfordern mit vermutlich dennoch vergleichsweise geringem Spendenaufkommen.</p>	eher gering

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_20_09	Schafft eine Do-Aktie!!		x	Die Stadt Dortmund ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Im Gegensatz zu Körperschaften des privaten Rechts (z. B. Aktiengesellschaften) hat sie nicht die Möglichkeit, Anteilsrechte (z. B. Aktien) auszugeben. Die Umwandlung einer Kommune in eine privatrechtliche Körperschaft ist rechtlich nicht zulässig.	Keine (da nicht umsetzbar)
E_20_10	Alle Eigenbetriebe zurückführen, insbesondere Sparten zusammenschließen wie Kultur, Theater und Konzerthaus.		x	Die Organisationsform des Eigenbetriebes ist gebildet worden, damit die so organisierten Betriebe effektiver und schneller arbeiten können. Ein Zusammenschluss aller Sparten unter einer Einheit "Kultur" würde dem entgegenwirken. Eine Rückführung hätte keine einsparenden Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt.	Keine
E_20_11	Effiziente Müllentsorgung, vernünftige Straßenreinigung zu adäquaten Preisen, Arbeitskraft der Hartz IV Empfänger, z. B. in Parkanlagen einsetzen, zum Säubern der Straßen etc. Das macht die Stadt attraktiver und dadurch kommen mehr Touristen und Anwohner der Randgebiete in die Innenstadt! Die Stadt ist speziell um den Bahnhof ein Dreckloch!			Vgl. Ifd. Nr. E_20_07	
E_20_12	Mehr Abfallkörbe (Ersparnis, verbesserte Infrastruktur) Es ist eine alte Weisheit, je unzufriedener Bürger sind, desto mehr werden Abfälle einfach hingeworfen. Und auch korrekte Bürger werden viel zu häufig in Versuchung geführt, wenn sie keine Abfallkörbe in Sichtweite finden. Der Kauf und die Leerung von Abfallkörben kostet zwar, doch eine oft mehrfach tägliche Straßenreinigung kostet mehr. Immer häufiger sieht man, dass Abfälle unter vollen Abfallkörben oder in einer Ecke zusammengelegt werden: der Wille der Bürger zu einer sauberen Stadt ist da! Es fehlen nur genügend Abfallkörbe.	x		In Dortmund sind derzeit über 4.000 Papierkörbe mit 1.010.000 Leerungen/Jahr aufgestellt. Die Anzahl der Behälter im Straßenbereich wurde durch die Entsorgung Dortmund GmbH (EDG) in Absprache mit dem Tiefbauamt in den vergangenen Jahren entsprechend den Erfordernissen permanent angepasst. In der Regel wurden stark frequentierte Bereiche wie Haltestellen, City und Nebenzentren mit einer hohen Anzahl von Straßenpapierkörben bestückt. Papierkörbe tragen dort, wo sie nicht zweckentfremdet werden, zur Stadtsauberkeit bei, führen aber nicht zu Ersparnissen bei der Straßenreinigung. Die Leerung erfolgt in allen Außenbereichen im Zuge der Straßenreinigung einmal bis sechsmal wöchentlich. Die Leerung in der City erfolgt arbeitstäglich bis zu fünfmal durch separat eingesetzte Einzelpostenfahrzeuge in Früh- und Mittagschicht sowie an allen Wochentagen durch die in der City eingesetzte Nachtschicht. Auch zukünftig werden wir den Bedarf an Straßenpapierkörben anpassen.	Eine Bezifferung der finanziellen Auswirkungen ist nicht möglich
<b>Fachbereich 23</b>					
E_23_01	Umsetzung von Sanierungsprojekten im PPP-Modell			In der Vergangenheit wurden bereits Public-Private-Partnership-Projekte (PPP-Projekte) realisiert. Aktuell stehen keine neuen Investitionsprojekte, die im Rahmen eines PPP-Modells durchgeführt werden sollen, an.	
E_23_02	Hövelstraße 8, Luisenstraße 11-13, Ostwall 64: Sanierung der Altgebäude, keine teuren Neuanmietungen			Die Projekte befinden sich aufgrund ihrer komplexen und langfristigen Tragweite noch im Entscheidungsprozess.	

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_23_03	Verkauf von städtischen Immobilien (z. B. Freiflächen, aufgegebene Schulen)			Der Verkauf von Grundstücken, welche die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit nicht braucht, gehört zum Kerngeschäft des Fachbereichs Liegenschaften und wird dauerhaft betrieben.	
E_23_04	Die bauliche Situation/ der bauliche Zustand von städtischen Gebäuden ist zum Teil eine Katastrophe. Wie sollen junge Menschen sich mit Ihrer Stadt identifizieren, wenn die Verwaltung den Anschein von "baufällig" macht? Nur wenn ich mich mit etwas identifizieren kann, kann ich mich auch für Erhalt einsetzen.			Die städtischen Immobilien werden für die kommunalen Nutzungen in einem verkehrssicheren Zustand erhalten. Optimierungen erfolgen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten in enger Abstimmung mit den Nutzern.	
E_23_05	Kosten zum Bau des Berufsschulkomplexes am U-Turm reduzieren. Vorhandenes nutzen, nicht nur neues Inventar anschaffen.			Das Bauvorhaben wird nicht von der Stadt Dortmund realisiert. Die Stadt Dortmund mietet die Berufskollegs nach Fertigstellung. Die entsprechenden Verträge sind geschlossen.	
E_23_06	Instandsetzung bzw. -haltung städtischer Immobilien.			Vgl. Ifd. Nr. E_23_04	
E_23_07	Optimierung der Raumbelagung (keine Einzelbelagung mehr!)			Die komplexe Aufgabe "Optimierung von Raumbelagungen" wird dauerhaft betrieben und umgesetzt.	
E_23_08	Keine Public-Private-Partnership (PPP)-Projekte abschließen (wissenschaftliche Studien bestätigen: gehen immer zu lasten der öffentlichen Hand)			Vgl. Ifd. Nr. E_23_01	
<b>Fachbereich 41</b>					
E_41_01	Das U verkaufen oder schließen.		x	Die Nutzung des Dortmunder U - des Zentrums für Kunst- und Kreativität - basiert auf einem vom Rat beschlossenen Nutzungskonzept, bestehend aus der musealen Nutzung durch das Museum am Ostwall im Dortmunder U, der Präsentation von Medienkunst, der Kulturellen Bildung und der wissenschaftlichen Forschung durch die Dortmunder Hochschulen. Das Dortmunder U wurde im Zuge der Aktivitäten zur europäischen Kulturhauptstadt Ruhr 2010 als Kunst-, Kreativ- und Kulturzentrum mit erhebliche finanziellen Mitteln ausgestaltet. Dieses Nutzungskonzept war Grundlage für die Investitionsförderung durch das Land NRW und die EU und ist für 20 Jahre bindend. Abweichungen ziehen die Rückzahlung von Fördermitteln für die Investition nach sich. Die Verwaltung prüft zur Zeit - innerhalb des bestehenden Nutzungskonzeptes - Möglichkeiten zur Reduzierung der Betriebskosten und zur Steigerung der Besucherfrequenz. Eine Schließung des "U" würde ausschließlich Folgekosten verursachen und den künftigen Verfall des Gebäudes bedeuten.	Keine

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_41_02	Konzerthaus verkaufen.		x	Das Konzerthaus Dortmund ist seit vielen Jahren fester Bestandteil des Kulturangebotes des Oberzentrums Dortmund. Das Konzerthaus wirkt weit in die Region hinein und erfreut sich guter Publikumsresonanz. Die stabile Nachfrage nach den Angeboten und die gute Auslastung des Hauses sind die Grundlage dafür, dass das Konzerthaus für die Stadt Dortmund kein finanzielles Risiko darstellt. Eine Stilllegung würde nicht nur einen Imageverlust für die Stadt, sondern auch den Verlust eines wichtigen Standortfaktors bedeuten.	Keine
E_41_03	Schließung einer Kultursparte bzw. verstärkte Kooperation mit anderen Städten im Ruhrgebiet			Der Verwaltungsvorstand strebt grundsätzlich die Zusammenarbeit mit anderen Ruhrgebietsstädten an. Für den Kulturbereich ist es nicht gelungen, in den Städten Bochum und Essen die Bereitschaft zu erzeugen, mit Dortmund zusammenzuarbeiten, um somit Kosten zu sparen.	
E_41_04	Museen nur Sonn- und Feiertage öffnen.			Museen sind nicht nur Orte der Präsentation städtischen Kulturgutes, sie sind auch Orte des Lernens und der Wissensvermittlung. Insofern gibt es werktags Schulprogramme. Unabhängig von diesem Vorschlag werden die tatsächlichen Besuche ständig mit den angebotenen Öffnungszeiten abgeglichen, um in publikumsarmen Zeiten Öffnungszeiten zurückzunehmen.	
E_41_05	"U" und Konzerthaus stilllegen!		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_01 und E_41_02	Keine
E_41_06	Wozu wurde so ein Objekt wie der ADLER-TURM wieder aufgebaut ? Nun kostet er Geld zwecks Unterhaltungskosten! Keine Gebäude mehr (egal ob historisch) aufbauen, die seit mindestens 60 Jahren aus unserem Stadtbild verschwunden waren! Wo nichts mehr steht sollte man auch nicht mehr aufbauen.			Der Wiederaufbau des Adlerturmes erfolgte mit Spendenmitteln aus dem bürgerschaftlichen Engagement. Städtische Mittel wurden für den Wiederaufbau nicht in Anspruch genommen. Das seinerzeit zur Verfügung stehende Spendenvolumen wurde beim Wiederaufbau des Turmes nicht verbraucht. Mit den "Restmitteln" konnten laufende Anpassungen, zuletzt die Umgestaltung zum Kindermuseum, finanziert werden.	
E_41_07	Kein Geld für Blödsinn wie das U das keiner braucht, für Zigeuner-Party am U [...]		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_01	Keine
E_41_08	Kein Geld mehr für das Millionengrab U-Turm.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_01	Keine
E_41_09	U-Turm schließen (Euro-Grab!)		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_01	Keine
E_41_10	U dicht machen.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_01 und E_41_02	Keine
E_41_11	U schließen. Musikhaus schließen.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_01 und E_41_02	Keine
E_41_12	Das Konzerthaus verkaufen.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_02	Keine

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_41_13	Das "Museum am Ostwall" muss weg.			Hiermit ist wahrscheinlich das Altgebäude und nicht das Museum am Ostwall im Dortmunder U gemeint. Dazu hat es einen Ideenwettbewerb gegeben. Es geht jetzt darum zu entscheiden, ob das Gebäude an einen Investor veräußert wird, oder ob es mit Beteiligung des Landes ein tragfähiges Konzept geben kann, das Gebäude zu einem Baukunstarchiv weiterzuentwickeln. Der Verwaltungsvorstand und die Ratsgremien loten die beiden Alternativen aus. Der aktuelle Leerstand mit temporären Zwischennutzungen wird in Kürze beendet sein.	
E_41_14	Das U, das Musikhaus, das Museum am Ostwall verkaufen!			Vgl. Ifd. Nr. E_41_01 und E_41_02 und E_41_13	
E_41_15	Das "U" muss weg.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_01	Keine
E_41_16	Das Konzerthaus muss weg.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_02	Keine
E_41_17	Das "U" verkaufen, will keiner, kostet nur.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_01	Keine
E_41_18	U verkaufen.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_01	Keine
E_41_19	Konzerthaus verkaufen.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_02	Keine
E_41_20	Das U verkaufen.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_01	Keine
E_41_21	Das Musikhaus verkaufen.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_02	Keine
E_41_22	Do U privatisieren.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_01	Keine
E_41_23	Do Konzerthaus privatisieren.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_02	Keine
E_41_24	"U" und Konzerthaus weg.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_01 und E_41_02	Keine
E_41_25	Weniger Ausgaben für Museen (davon haben wir wohl schon viel zu viele)		x	Es ist anerkannter Maßen von größter Bedeutung, das historische und kulturelle Erbe zu beschaffen, zu bewahren, zu erforschen, bekannt zu machen und auszustellen. Hierzu dient ein Museum. Die hierfür eingesetzten öffentlichen finanziellen Mittel sind daher sinnvoll verwendet. Darüber hinaus haben die städtischen Dortmunder Museen innerhalb der Region oft eine Ausnahmestellung inne (Museum für Naturkunde oder Westfälisches Schulmuseum) und/oder verfügen über einen ausgesprochen regionalen bzw. lokalen Bezug (Brauerei-Museum, Hoesch-Museum, Kindermuseum Adlerturm). Auch die Sammlungen im Mutterhaus des Museums für Kunst und Kulturgeschichte weisen vielfältige regionale bzw. lokale Bezüge auf.	
E_41_26	Das Konzerthaus verkaufen/ privatisieren, um jährlich ca. 2 Mill. Betriebskosten zu sparen.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_41_02	Keine

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
	<b>Fachbereich 42</b>				
E_42_01	Keine Gelder mehr für sinnlose Kultur- und Theaterprojekte, bei denen sich komische Künstler nur auf Steuergeldern selber verwirklichen.			Die finanzielle Unterstützung von Künstlerinnen und Künstlern für Kultur- und Theaterprojekte erfolgt auf der Grundlage von Förderrichtlinien. Die Einhaltung dieser Förderrichtlinien stellt sicher, dass eben nicht Projekte gefördert werden, die im Interesse von Einzelnen oder wenigen liegen. Gefördert wird aber auch innovative und "sperrige" Kunst und Kultur, die nicht dem "Mainstream" entspricht, gleichwohl es verdient, einem größeren Publikum vorgestellt zu werden. Solche Richtungen werden von Teilen der Bevölkerung als "sinnlos", von anderen als besonders innovativ eingestuft. Aufgabe der öffentlichen Kulturförderung ist es, alle künstlerischen Ausdrucksformen in der Stadt einen Raum zu geben. Für die Objektivität der Förderung sorgen die entsprechenden Förderrichtlinien. Immer wieder steht Kunst aufgrund der hohen Kosten, die sie verursacht, in der Kritik. Sie ist Luxus, aber ein (lebens-)notwendiger Luxus. Wie sollte man sich sonst den Hunger der Menschen auf Kunst unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg erklären? Dass man über Kunst trefflich streiten kann, ist nur zu gut bekannt. Weniger bekannt ist, dass Kunst aber auch einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor darstellt. Zum einen ist das Theater Dortmund mit seinen über 500 festen Mitarbeitern ein wichtiger Arbeitgeber in der Region. Zum anderen aber übt eine Stadt mit einem Theater eine nicht zu unterschätzende Magnetwirkung auf qualifizierte Arbeitskräfte aus und fördert so insgesamt die Lebensqualität in Dortmund. Pure Selbstverwirklichung einzelner Künstler ist Kunst aber in den wenigsten Fällen. Mit seiner Theaterlandschaft steht Deutschland weltweit einzig dar.	Das Theater Dortmund geht stets gewissenhaft mit den zur Verfügung gestellten Mitteln um. Selbst Produktionen, die evtl. nicht den erhofften Zuschauerzuspruch erfahren, werden meist positiv überregional in der Presse erwähnt und stellen somit einen nicht quantifizierbaren Imagegewinn für die Stadt Dortmund dar.
E_42_02	Reduzierung des Kulturangebotes, z. B. durch Schließung einer Sparte bei EB 42 (Ballett, Oper, Schauspiel ...)			Die Schließung einer Sparte führt zu einer Verringerung des Kulturangebots und schadet damit dem positiven Image der Stadt Dortmund. Die Stadt büßt dadurch ihre Anziehungskraft insbesondere auf qualifizierte Arbeitskräfte ein, was langfristig auch zu wirtschaftlichen Einbußen führen kann. Der Trend muss vielmehr zur Investition in Bildung und Kultur führen, um auch Kindern und Jugendlichen eine Perspektive zu sichern.	Erfahrung aus Städten wie Oberhausen oder Wuppertal zeigen, dass eine Spartenschließung zwar geringe Einsparungen bringt, diese aber in keinem Verhältnis zu den Kosten einer Spartenschließung (Abfindungen etc.) stehen. Eine weitere Optimierung der Betriebsabläufe ist daher einer Schließung auch finanziell vorzuziehen.
	<b>Dezernat 3</b>				
	<b>Fachbereich 10</b>				
E_10_01	Fremdvergaben (Programmieraufträge SAP etc) verringern.		x	Durch den möglichst umfangreichen Einsatz von Standardsoftware, wird der Bedarf an Programmierung durch eigene oder fremde Kräfte auf das absolut notwendige Maß beschränkt. Darüber hinaus gilt der Grundsatz, dass Aufträge, die durch internes Personal gelöst werden können, nicht an Externe vergeben werden. Die Fremdvergabe von Dienstleistungen (z. B. für SAP) wird auch jetzt schon auf das absolut notwendige Maß reduziert. Sofern stadtinternes Personal wegen fehlenden Know-Hows die Leistung nicht erbringen kann oder die Leistung so speziell ist, dass ein Know-How-Aufbau wirtschaftlich nicht sinnvoll ist, erfolgen Fremdvergaben.	Keine

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_10_02	Handy/Smartphones Mitarbeiter auf Flat-Tarife umstellen.	x		Dieser Bürgervorschlag ist bereits realisiert. Die Verbindungskosten für Sprach- und Datenverbindungen der Handy / Smartphone-Nutzer werden überwacht und bei Bedarf in die entsprechenden Flats eingruppiert.	Keine
E_10_03	1. Ablösung von Microsoft Windows und Microsoft Office durch Linux-Distribution bzw. LibreOffice und Web-Anwendungen. Dies muss als langfristiges Vorhaben angelegt sein und in enger Zusammenarbeit mit anderen Gebietskörperschaften auch in anderen europäischen Ländern umgesetzt werden.		x	Das Dortmunder Systemhaus prüft die Umsetzbarkeit von Alternativen zu kommerzieller Software regelmäßig, jüngst bei der Entscheidung, welches Produkt Microsoft Office 2003 ablösen sollte. Bei den Büroanwendungen ist es erforderlich, eine Vielzahl von Anwendungen und Verfahren, die Schnittstellen zu Office-Produkten haben, weiterhin bedienen zu müssen. Eine Unterstützung von LibreOffice gewährleistet nur ein sehr geringer Teil der Verfahrensanbieter, einige Hersteller bieten die Implementation und Pflege von LibreOffice-Schnittstellen gegen einen Aufpreis an. Es muss außerdem gewährleistet sein, dass erstellte Dokumente auch von Externen ohne Formatierungsverluste lesbar sind und dass Sicherheitsüberlegungen hinsichtlich einer zentralen Rechteverwaltung für Office-Dokumente auch unter einer Alternative zu Microsoft Office weiterhin umsetzbar sind. Eine Umstellung wäre daher zum gegebenen Zeitpunkt nur an einem extrem kleinen Teil der Arbeitsplätze möglich. Im Betriebssystemumfeld stehen einer Umstellung auf ein Linuxderivat unzählige Anwendungen entgegen, die nur für Microsoft Windows erhältlich sind. Insgesamt werden stadtweit einige hundert Verfahren und darüber hinaus etwa 10.000 weitere Softwareprodukte eingesetzt. Nur in Ausnahmefällen existieren hier einsatzfähige, und vor allem von Verfahrensanbietern freigegebene (!) Open-Source-Alternativen. Der Dienstbetrieb erfordert außerdem den Einsatz von Spezialhardware in diversen Fachbereichen, für die eine Treiberunterstützung unter Linux nicht gewährleistet ist.	Es sind keine nennenswerten Effekte zu erwarten. Obwohl Linux und LibreOffice frei von Lizenzkosten sind, sind sie keinesfalls kostenlos. In der Regel verlangen Verfahrensanbieter - darunter z. B. SAP -, dass für die betriebenen Geräte ein kostenpflichtiger Wartungsvertrag abgeschlossen wird. Dies gilt insbesondere auch für Linuxsysteme, da im aktuell genutzten Microsoft Lizenzmodell bereits ein grundlegender Support enthalten ist. Der Kostenanteil der Lizenz an den gesamten Betriebsaufwendungen ist gering. Eine Migration hingegen müsste neben den Wartungskosten auch Kosten für intensive Anwenderschulungen, den Aufbau einer zentralen Verwaltungsstruktur, den Aufbau einer zentralen Richtlinienstruktur, den Aufbau einer zentralen Softwareverteilung, Prüfung aller eingesetzten Hardware auf Treiberverfügbarkeit und vieles weitere mehr berücksichtigen. Außerdem wären erhebliche Programmieraufwände für eigene Entwicklungen nötig.
E_10_04	Eintritt und Integration in den Zweckverband KDN - Dachverband kommunaler IT-Dienstleister. Dabei sollte sich die Stadt Dortmund für Punkt 1 einsetzen. Zusammen mit den anderen Gebietskörperschaften in NRW kann ausreichend Druck auf Hersteller von Fachanwendungen aufgebaut werden, so dass diese auch LibreOffice unterstützen oder Web-Oberflächen anbieten.			Der Eintritt in den Zweckverband KDN wird derzeit geprüft.	
E_10_05	mehr Open-Source-Einsatz (Ersetzungen und Einsatz in weiteren Bereichen ohne Kosten zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung) z.B. OTRS (anstatt HP-SC) (Incidentmanagement...) EPSI (Softwareupdate mit Schnittstelle zu OTRS; EDV-Inventarisierung) LibreOffice (wo MS-Office nicht notwendig) Browser Chromium (anstatt MS-Internetexplorer = telefoniert nicht nach Hause (NSA))			Vgl. Ifd. Nr. E_10_03	
	<b>Fachbereich 32</b>				
E_32_01	Keine Asylanten mehr aufnehmen! Keine arbeitssuchenden Ausländer mehr einwandern lassen !! Die bringen kein Geld, sondern kosten nur Geld !! Arbeiten gehen die eh nie, leider... Kriminell gewordene Einwanderer direkt ausweisen/abschieben, auch wir Dortmunder haben uns an die Gesetzgebung in unserer Stadt zu halten !!		x	Solche Maßnahmen sind nur im Rahmen des geltenden Rechts möglich bzw. nicht oder nur schwer durch das Ordnungsamt beeinflussbar.	
E_32_02	Abschiebung aller nicht EU Asylanten	x	x	Solche Maßnahmen sind nur im Rahmen des geltenden Rechts möglich.	
E_32_03	Weniger Einwanderer.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_32_01	
E_32_04	Abschiebung aller kriminellen Ausländer.	x	x	Vgl. Ifd. Nr. E_32_02	
E_32_05	Vorbefraße abschieben. Auch EU-Bürger.	x	x	Vgl. Ifd. Nr. E_32_02	
E_32_06	Strengstens das Abschieberecht anwenden.	x	x	Vgl. Ifd. Nr. E_32_02	



## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_32_07	Ordnungsamt laufen. Keine PKW, U- und S-Bahn und Bus fahren.			Der Fuhrpark des Ordnungsamtes ist für die Aufgabenerfüllung zwingend erforderlich. Des Weiteren erfolgt die Bewirtschaftung des städtischen Fuhrparks zukünftig zentral über das Vergabe- und Beschaffungszentrum.	
E_32_08	Benzinverschwendung durch die Ordnungsämter einstellen. Die können Geld auch laufend eintreiben.			Vgl. Ifd. Nr. E_32_07 und H_32_12	
E_32_09	Schickt mehr Migranten fort. Boot ist voll!!!	x	x	Vgl. Ifd. Nr. E_32_02	
E_32_10	Ordnungsamt Arbeitskontrolle und weniger Pausen		x	Arbeitskontrollen im Außendienst, wie z. B. Anzahl der Knöllchen des/der Mitarbeiters/in sind nicht zulässig, da dies eine personenbezogene Leistungskontrolle darstellt. Die Pausenzeiten regeln sich nach den Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes und der Vorgaben des Dienstherrn; die Einhaltung dieser Zeiten zu kontrollieren, ist im Außendienst nicht möglich, da die Mitarbeiter/innen regelmäßig an unterschiedlichen Orten zu unterschiedlichen Zeiten unterwegs sind. Bei Hinweisen darauf werden entsprechende (Kritik)gespräche durch die zuständige Fachabteilung und ggf. Zentrale Dienste geführt.	
<b>Fachbereich 33</b>					
E_33_01	<p>Reform der Bürgerdienste:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- 4 Verw.-stellen (z.B. IN, Süd, NW, Ost)</li> <li>- jeweils eine Verw.-stelle als Allg.-verw. und eine benachbarte als Soz.-verw.</li> </ul> <p>(bestehende Mietverträge nutzen und Räumlichkeitenenge vermeiden) z.B. Hom – Soz.-Verw. Hörde – allg. Verw. Bra – Soz.-Verw. Scha – allg. Verw. Lü – allg. Verw. Mg – Soz.-Verw.</p> <p>und last but not least: IN (zumindest durch meinen nun pensionierten Abt.-leiter bekam ich vor 1,5 Jahren großen Zurspruch, als ich ihm den ersten Spiegelstrich mit den Anfangsworten: Warum macht man es nicht so wie bei der – damals – ARGE? erläuterte ... und nun sei dies angeblich bereits in Planung?)</p>	x		<p>Die Reduzierung von zwölf auf zehn Stadtbezirke und von neun auf sieben Bezirksverwaltungsstellen hat der Rat der Stadt in 11/2011 beschlossen. Eine damit einhergehende notwendige Änderung der Hauptsatzung wurde vom Rat der Stadt in 02/2012 allerdings nicht beschlossen. Eine Veränderung in dem Sinn des Bürgervorschlages würde eine entsprechende Beschlussfassung jedoch voraussetzen.</p> <p>Eine Reduzierung der Bezirksverwaltungsstellen wäre nach entsprechender Beschlussfassung durch den Rat ab dem Jahr 2016 möglich. Eine Reduzierung der Stadtbezirke könnte jedoch erst nach der jetzigen Legislaturperiode des Rates im Jahr 2020 umgesetzt werden.</p>	Abhängig von der konkreten Beschlusslage (um wieviel Stadtbezirke/Bezirksverwaltungsstellen wird reduziert)
E_33_02	Stadtbezirke auf max. 5 reduzieren	x		Vgl. Ifd. Nr. E_33_01	Vgl. Ifd. Nr. E_33_01
E_33_03	Stadtbezirke reduzieren und Verwaltungsstellen schließen	x		Vgl. Ifd. Nr. E_33_01	Vgl. Ifd. Nr. E_33_01
E_33_04	Alle Ausgaben die von den Bezirksvertretungen (BV) gefordert werden, müssen auch aus dessen Haushalt bezahlt werden. Dieses kann durch die Kostenstellenrechnung sichergestellt werden. Z.B wenn Verkehrszählungen gefordert werden, sind die Kosten aus dem Haushalt der BV zu tragen. Vielleicht überlegt dann manche BV mit Anfragen die Stadtverwaltung nicht mehr zu belästigen, weil sie sich vor dem Bürger rechtfertigen muss, wo das Geld geblieben ist.Die Bezirksvertretungen sollen auch sehen was ihre Beschlüsse kosten und diese auch tragen.Einfrieren der Haushalte auf dem Stand des letzten Jahres, Personaleinsparungen wären möglich...Haushaltstranzparenz...		x	Für die Budgets der Bezirksvertretungen gilt die im Bürgervorschlag beschriebene Verfahrensweise. Ob eine Verlagerung weiterer Mittel aus anderen Fachbereichen in die Budgets der Bezirksvertretungen möglich ist, kann seitens der Verwaltung nicht beurteilt werden, da es sich um eine politische Entscheidung handelt, die vom Rat zu treffen ist.	Keine

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_33_05	Reduzierung Stadtbezirke auf zwei (Ost/West).	x		Vgl. E_33_01	Vgl. E_33_01
E_33_06	Das Büro für Anregungen und Beschwerden auf die Leiterin reduzieren (zum Controlling) und Beschwerden durch doline und Bezirksverwaltungsstellen aufgenommen werden, vier A11 Stellen wären frei.	x		Grundsätzlich ist der Bürgervorschlag umsetzbar. Allerdings müssen die gesetzlichen Aufgaben nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) organisatorisch verlagert werden. Ferner sollte eine Vertretung sicher gestellt sein.	Personalkosten-Einsparungen i. H. v. rund 232.000,- €
E_33_07	BABC-Büro schließen.	x		Grundsätzlich ist der Bürgervorschlag umsetzbar. Allerdings müssen die gesetzlichen Aufgaben nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) organisatorisch verlagert werden.	Personalkosten-Einsparungen i. H. v. rund 277.000,- €
	<b>Dezernat 5</b>				
	<b>Fachbereich 50</b>				
E_50_01	Ausgaben für die Quartierskümmerer zu hoch (Lohn)				
	z. Zt. 27 Quartierskümmerer i.R der Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV)		x	Die zur Zeit beschäftigten Quartierskümmerer haben gültige sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge (EG 3, Stufe 1), die nicht gekündigt werden können. Die Eingruppierung erfolgte gemäß dem geltenden Tarifrecht in Abstimmung mit dem Personalamt und dem Personalrat. Eine Kürzung der Personalkosten kann daher nicht erfolgen. Zudem werden die 27 Stellen über zwölf Monate (mit Option auf Verlängerung um ein Jahr) mit einem 70-%igen Zuschuss gefördert.	Keine
	ab 2015 zwölf weitere Stellen als FAV geplant	x		Die zwölf geplanten Stellen würden Arbeitsverträge zu denselben Bedingungen erhalten. Auch diese Stellen würden über zwölf Monate (mit Option auf Verlängerung um ein Jahr) mit einem 70-%igen Zuschuss gefördert. Es handelt sich hierbei um Stellen, die im Rahmen der Bürgerarbeit wegfallen und als FAV-Stellen weitergeführt werden sollen. Es ist allerdings festzuhalten, dass die Beibehaltung der Stellen politisch gewollt ist und eine Streichung der Stellen mit der Aufgabe, Menschen in Arbeit zu bringen, nicht vereinbar ist.	Einsparung in 2015: 265.700 €
E_50_02	Nicht Arbeitslosigkeit sondern Arbeit finanzieren - ehrlicher 2. Arbeitsmarkt			Aus Sicht der Fachstelle für Beschäftigungsförderung (50/7) ist dies der richtige Weg. Ein Konzeptentwurf für eine Umsetzung liegt vor, ebenso ein Ratsbeschluss aus Mai 2014. Darauf aufbauend wird das Thema fortentwickelt. Es wird auf die Unterstützung anderer Ebenen gehofft. Entsprechende Gespräche mit Landes- und Bundesebene laufen bereits. Parallel werden im Rahmen des Dortmunder Konsens alle Arbeitsmarktakteure einbezogen.	Nicht bezifferbar
E_50_03	Keine Sozialhilfe für Ausländer. Kein Möbelzuschuss, kein Wohngeld, kein Mietgeld.		x	Den Einsparvorschlägen kann angesichts der geltenden gesetzlichen Regelungen und obergerichtlichen Rechtsprechungen, welche das Verwaltungshandeln verbindlich leiten, nicht gefolgt werden. Der Ansatz ist auch diskriminierend und widerspricht allen Grundsätzen der Stadt Dortmund.	
E_50_04	Sozialhilfe Hartz 2 oder 4 nicht für Ausländer.		x	siehe E_50_03	
E_50_05	Weniger Sozialhilfe		x	siehe E_50_03	
E_50_06	Keine Sozialhilfe für Ausländer. Keine Essensgutscheine für Ausländer. Unterbringung der Ausländer in Obdachlosenasyl. Keine Mietzahlungen/Wohngeld für Ausländer.		x	siehe E_50_03	

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_50_07	Nur Obdachlosen asyl, nur Essen in den Suppenküchen.		x	Eine Umsetzung ist nicht realisierbar; da die generelle Unterbringung von Ausländern in Obdachlosenasylen rechtlich nicht haltbar und begründbar ist. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen in den maßgebenden Sozialgesetzbüchern lassen derartige Differenzierungen zwischen deutschen und ausländischen Antragstellern nicht zu. Rein fiskalisch betrachtet wäre der erforderliche Neubau von entsprechenden Einrichtungen gegenüber der Berücksichtigung einer Wohnungsmiete die finanziell wesentlich aufwendigere Variante. Unabhängig davon stünde eine derartige Vorgehensweise im Widerspruch zum wohnungsintegrativen Ansatz und Konzept der Stadt Dortmund.	
E_50_08	Keine Sozialleistungen an Ausländer.		x	siehe E_50_03	
E_50_09	Kein H4, Keine Sozialhilfe an Ausländer. Nur Gutscheine für die Suppenküchen. Kein Kindergeld, kein Möbelgeld, kein Wohngeld		x	siehe E_50_03	
E_50_10	Keine Sozialleistungen für Ausländer. Nur Essen in den entsprechenden Einrichtungen und Obdachlosen asyl. Keine Lebensmittelgutscheine!		x	siehe E_50_03	
E_50_11	Auf Lebensmittelgutscheine für Ausländer vermerken: keine Flaschen-/Dosenpfandartikel. Die kaufen massenhaft Mineralwasser, wird weggegossen und Wodka/Tabak vom Pfand gekauft.		x	siehe E_50_03	
E_50_12	Lebensmittelgutscheine für Ausländer abschaffen. Essen in den Suppenküchen! Sozialhilfe H. 2 + 4 für Ausländer abschaffen. Mietzahlungen, Wohngeld, Kindergeld für Ausländer abschaffen. Unterbringung in Obdachlosenheimen.		x	siehe E_50_03	
E_50_13	Ausländern keine Sozialleistungen!		x	siehe E_50_03	
E_50_14	Betreuung von "Bettlern" in der Innenstadt.		x	siehe E_50_03	
E_50_15	Keine Einwanderer, die Sozialhilfe kriegen (Bulgarien/Albanien/Polen).		x	siehe E_50_03	
E_50_16	Ausländer nichts zahlen. Das macht die Kasse voll.		x	siehe E_50_03	
E_50_17	Ausländer kein Geld.		x	siehe E_50_03	
	<b>Fachbereich 52</b>				
E_52_01	Keine Kunstrasenplätze mehr. (Die Frauen-Fußball-WM wird wegen Kunstrasen sogar kritisch gesehen)		x	Es ist zwar richtig, dass seitens verschiedener Nationalspielerinnen und auch anderer Nationalmannschaften die Frauenfußball-WM 2015 in Kanada, die auf Kunstrasen durchgeführt werden soll, kritisch gesehen wird. Diese Kritik bezieht sich allerdings auf den Vergleich mit einem Spiel auf Naturrasen. In Dortmund ist es dagegen erklärtes politisches Ziel und einhelliger Wunsch der Fußballvereine, vorhandene Tennissportplätze in Kunstrasensportplatzanlagen umzubauen. Hierdurch wird eine deutliche Verbesserung der Sportstätteninfrastruktur erreicht. Vor diesem Hintergrund wurde am 10.04.2014 durch den Rat die Fortschreibung des Kunstrasenprogramms für die nächsten Jahre beschlossen.	

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
	<b>Fachbereich 64</b>				
E_64_01	Keinen sozialen Wohnungsbau tätigen wie die Stadt Düsseldorf und Köln. Wäre eine Langfristmaßnahme.. Warum hat man das dort durchgeführt? Keine Bürger mehr die der Stadt auf der Tasche liegen... Die o.g Städte bekommen jetzt auch noch Geld dafür das sie sich "Asozial" gegenüber anderen Verhalten haben...		x	Anders als Düsseldorf und Köln setzt Dortmund keine städtischen Fördermittel zur Wohnraumschaffung ein. Sozialer Wohnungsbau wird ausschließlich mit Mitteln der NRW-Bank, die nicht den städtischen Haushalt berühren, gefördert.	Keine
	<b>Dezernat 6</b>				
	<b>Fachbereich 19</b>				
E_19_01	Dienst- und Servicefahrzeuge der Stadt auf Elektrobetrieb umstellen.		x	Grundsätzlich nicht umsetzbar, nur teilweise im Bereich der PKW und leichten Nutzfahrzeuge möglich.	Keine Einsparungen. Stattdessen zusätzliche bzw. erhöhte Kosten.
E_19_02	Die Dienstwagenflotte der Stadträte und des OB komplett auflösen.		x	Eine Umsetzung wäre unwirtschaftlich.	Keine
E_19_03	Städt. PKWs 40% einsparen.		x	Eine realistische Reduzierung der Flotte wurde bereits am 01.07.2014 vom VV beschlossen.	
E_19_04	Dienstwagen		x	Der Vorschlag ist für eine Beurteilung nicht ausreichend konkret. Die Zielrichtung erschließt sich nicht.	Der Vorschlag ist für eine Bewertung nicht ausreichend konkret.
E_19_05	Weniger unnütze Fahrten mit Führungswagen der Stadt Do.		x	Der Vorschlag ist für eine Beurteilung nicht ausreichend konkret.	Der Vorschlag ist für eine Bewertung nicht ausreichend konkret.
E_19_06	Parkplätze im Parkhaus Friedensplatz nicht mehr kostenlos für Führungskräfte etc.			Im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltsplan 2015 ist diese Maßnahme bereits berücksichtigt worden.	
E_19_07	Reduzierung von kostenfreien Stellplätzen			Im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushaltsplan 2015 ist diese Maßnahme bereits berücksichtigt worden.	
	<b>Fachbereich 61</b>				
E_61_01	Förderung von E-Bike-Sharing		x	Hierbei handelt sich um ein Nischenthema, wofür kein Personal zur Verfügung steht.	Keine
E_61_02	Schaffung und Umsetzung eines Radkonzeptes für die Stadt.	x		An diesem Thema wird laufend gearbeitet.	Es sind eigenständige Radverkehrsmittel vorhanden. Es werden rund 50.000 € a. für das gesamte Stadtgebiet zur Verfügung gestellt.
E_61_03	Fußballmuseum sein lassen.		x	1. Das Fußballmuseum ist in der fortgeschrittenen Realisierung. Entsprechende Zahlungen sind erfolgt und vertragliche Verpflichtungen wurden eingegangen. 2. Aus gesamtstädtischer Sicht wird das Fußballmuseum aufgrund zusätzlicher Kaufkraft in der Stadt zur Belebung der lokalen Wirtschaft beitragen und entsprechende Steuereinnahmen generieren.	Keine Einsparungen möglich, Finanzierung gemäß Haushaltsplan
E_61_04	Das Fussballmuseum in private Hand überführen (verkaufen) und so den "Klotz am Bein" loswerden.		x	Vgl. Ifd. Nr. E_61_03	Keine Einsparungen möglich, Finanzierung gemäß Haushaltsplan
E_61_05	Viel Geld würde es sparen, würde sich unsere Stadt nicht an den Unterhaltungskosten für das Fußballmuseum beteiligen bzw. diese nicht vollumfänglich zu übernehmen.		x	Die Stadt übernimmt Kosten des Betriebes im Rahmen der gesellschaftsrechtlichen Verpflichtung anteilig nur, falls Einnahmen und Kosten nicht im Gleichgewicht sein sollten. Es besteht eine entsprechende vertragliche Verpflichtung, die nicht einseitig aufgekündigt werden kann.	Keine Einsparungen möglich, Finanzierung gemäß Haushaltsplan

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_61_06	Mehr öffentliche Telefone und Toiletten (Ersparnis, ggf. Einnahmen, verbesserte Infrastruktur) Dortmund hat sich zu einer Stadt entwickelt, die gern von Einwohnern wie von Touristen besucht wird. Doch alle diese Menschen haben auch Bedürfnisse und es fehlt an öffentlichen Toiletten. Wo es früher in jedem Stadtteil mindestens eine gab, sind Einwohner wie Besucher nun vielfach gezwungen, öffentliche Wege, Mauern, Gärten und Innenhöfe zu verreckeln. In vielen Vierteln stinkt es den Anwohnern nach jedem Wochenende oder Feier im wahrsten Sinne und die Stadtreinigung macht Überstunden, um Straßen und Hauseingänge wenigstens einigermaßen wieder sauber zu bekommen. Hier können Stadtteil-Toiletten helfen. Und mit dem zu zahlenden Obulus gleich ein wenig die Stadtkasse aufbessern und die teuren Reinigungskosten nach Wochenende und Stadtfest reduzieren. Ähnlich wenig wie Toiletten sind auch die Telefonhäuschen geworden. Auch sie werden noch immer gebraucht. Denn nicht jeder hat ein Handy (dabei) oder will die manchmal recht hohen Kosten für ein Telefonat ins benachbarte Netz oder Festnetz bezahlen. Und so haben die öffentlichen Telefone auch heute noch ihre Berechtigung.	x		Zusätzliche Sitzmöglichkeiten werden bei Stadterneuerungsmaßnahmen eingeplant und umgesetzt. In Hörde wird das Konzept "Nette Toilette" als Alternative zur fehlenden öffentlichen Toilette erprobt.	Bereits im Haushalt geplant.
E_61_07	Genauso leider gebaut, weil es Zuschüsse gab, aber überflüssig war die Umgestaltung des F.-Ebert-Platzes in Hörde und der Grünfläche zwischen Seekante und Bollwerkstr.		x	Die Teilprojekte "Umgestaltung Friedrich-Ebert-Platz", "Seekante" und ähnliche erfolgen im Rahmen der Gesamtstadterneuerungsmaßnahme "Stadtumbau Hörde-Zentrum" und lassen sich nicht von allen anderen Maßnahmen zur Neu- und Umgestaltung des Ortskerns trennen. Hier steht das Gesamtbild und die gesamte (geförderte) Aufwertung des Hörder Zentrums im Vordergrund. Da für die Maßnahmen die Zuwendungsbescheide seit einigen Jahren vorliegen und die Arbeiten bereits begonnen haben, ist eine Einsparung hier als "nicht umsetzbar" einzuordnen und im Rahmen des Gesamtbildes auch nicht sinnvoll.	Hierbei handelt es sich um eine bereits laufende und zum Teil abgeschlossene Maßnahme.
<b>Fachbereich 65</b>					
E_65_01	Bürolampen mit Bewegungsmelder um Stromkosten zu sparen.		x	In der Verwaltung werden derzeit Überlegungen angestellt, künftig den Einsatz von LED-Leuchten mit deutlich geringeren Strombedarfen zu verstärken. Parallel dazu werden die Mitarbeiter/innen der Verwaltung im Rahmen der Energieeffizienzkampagne mission E sensibilisiert, ihre am Arbeitsplatz verursachten Stromverbräuche zu reduzieren. Aus Sicht des Energiemanagements ist der Einsatz von Bewegungsmeldern in den Büros der Stadtverwaltung nicht sinnvoll.	Bei unterstellten 2.640 Büros stehen Investitionen in Höhe von 400.000 € jährliche Einsparungen in Höhe von 22.800 € gegenüber. Die Amortisationsdauer beträgt folglich ca. 17 Jahre.
E_65_02	Es sollten auf öffentlichen Gebäuden mehr Solaranlagen sein. Bei der hohen Förderung kostet das kaum und bringt umweltfreundlich viel billigeren Strom.		x	Die Stadt Dortmund hat auf Ihren Dächern bereits 170 Photovoltaik-Anlagen, mit einer Gesamtleistung von 2600 kW <sub>p</sub> , vorwiegend unter Bürgerbeteiligung installiert. Weitere Anlagen sind entweder aufgrund ihrer Ausrichtung, ihrer geringen Größe und/oder bezüglich ihres Dachzustandes nicht zu bebauen. Als Pilotprojekte betreibt die Stadt Dortmund auch TS-Anlagen. Mit dieser Anlagenform lassen sich solare Erträge nicht wirtschaftlich nutzen, da die städtischen Gebäude insbesondere in den ertragreichen Sommermonaten ferienbedingt längere Zeit kein Warmwasser abnehmen.	

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
	<b>Fachbereich 66</b>				
E_66_01	Ganzjährige Bepflanzung vornehmen (nicht nur für 3-4 Monate "blühende Blumen" einsetzen), z. B. am Stadtgarten vor dem Rathaus.			Eine ganzjährige Bepflanzung (z. B. mit Stauden und Gehölzen) des Wechselflorbeetes vor dem Rathaus ist im Hinblick auf die laufende Pflege nicht günstiger als eine Bepflanzung mit Sommerblumen und Blumenzwiebeln. Bei letzterer ist jedoch der Schaulichkeit ungleich größer. Dafür sind beim Wechselflor die jährlich anfallenden Kosten für das Pflanzenmaterial und die Pflanzung selbst zu berücksichtigen. Aufgrund des Repräsentationscharakters des Beetes vor dem Rathaus und der marginalen Mehrkosten für das Pflanzenmaterial wird auf den "Wechselflor" an dieser Stelle künftig nicht verzichtet werden. Es ist zudem darauf hinzuweisen, dass bereits Anfang 2014 sämtliche anderen Wechselbepflanzungsflächen im Stadtgarten aus Kostengründen in Rasenflächen umgewandelt wurden.	
E_66_02	Straßenlampen mit Bewegungsmelder (siehe Gemeinde Tuningen)	x		Grundsätzlich möglich, setzt aber die Erneuerung der betroffenen Leuchten voraus. Bisher kaum Erfahrungen. Aus Verkehrssicherheitsgründen auf Fuß- und Radwege zu beschränken.	Setzt Geldmittel für den Leuchtenwechsel auf LED-Technik voraus. Zusätzlich höhere Kosten durch Präsenzmelder. Amortisation erst nach längerem Zeitraum.
E_66_03	Vorgeschlagen wurde bereits eine partielle Abschaltung der Straßenlaternen in der Nacht. Zu prüfen ist eine Abschaltung eines Leuchtmittels, der meistens 2 an der Zahl, im Laternenkopf, falls technisch einfach umsetzbar. So praktiziert es die Nachbarstadt Castrop-Rauxel bereits seit einiger Zeit.		x	Vorschlag ist auf einigen Straßen in Dortmund bereits umgesetzt. Umbau an Netz- und Schalteinrichtungen Voraussetzung.	Amortisation wegen der unterschiedlichen Netzanschlussvoraussetzungen oft erst nach einigen Jahren. Derzeit nicht finanzierbar.
E_66_04	Fußgängerampeln und Ampeln an kleineren Kreuzungen abends - ab 20:00 Uhr ("Ladenschluss") - ausschalten. Stop- und Vorfahrtsschilder sind in der Regel vorhanden.	x		75 % der Fußgänger- und 20 % der Kreuzungssignalanlagen in Dortmund werden bereits nachts ausgeschaltet. Weitere Abschaltungen werden im Rahmen von Gerätereuerungen oder Programmänderungen realisiert. In Einzelfällen mussten Nachtabschaltungen rückgängig gemacht werden, nachdem während der Abschaltung Unfälle auftraten.	Der Einspareffekt ist bei modernen Ampelanlagen mit LED-Signalgebern wenig beeindruckend, zumal prozessorgesteuerte Anlagen auch im optisch ausgeschalteten Zustand Strom verbrauchen.
E_66_05	Abschalten aller LSA, die keine Unfallschwerpunkte sind. Darf auch gerne zeitlich befristet geschehen, bspw. von 1 Uhr bis 4 Uhr.	x		Vgl. Ifd. Nr. E_66_04	Vgl. Ifd. Nr. E_66_04
E_66_06	Beleuchtung an Kreuzungen in Vororten reduzieren (Fußgängerampeln nachts :-), "Schlußbeleuchtung" auch zu Zeiten ohne Verkehr, ca. 23 - 5 h)			siehe Angabe zu E 66_11	
E_66_07	Rolltreppen an U-Bahn-Haltestellen bei Nicht-Benutzung komplett ausschalten statt langsamer laufen zu lassen für niemanden.			Die Zuständigkeit liegt bei DSW21 Dortmunder Stadtwerke AG	
E_66_08	Umstellung der Leuchtmittel auf energiesparende LED's in der Straßenbeleuchtung und in Schulen und öffentlichen Gebäuden.	x		siehe Angabe zu E 66_12	
E_66_09	Straßenreparaturen in Neben-/Wohnstraßen			Verweis auf die Infrastrukturoffensive (DS-Nr. 13215-14): Die Stadt Dortmund wird in den nächsten Jahren verstärkt in die Verbesserung und Erhalt von Straßen und übrigen Infrastruktureinrichtungen investieren.	
E_66_10	Einführung von Kreisverkehren anstelle Ampelanlagen			Falls ausreichend Fläche vorhanden ist, wird bereits die Einrichtung eines Kreisverkehrs vorrangig vor einer Kreuzungssignalisierung geprüft und falls möglich auch umgesetzt.	

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_66_11	Endlich den Vorschlag umsetzen, nachts die Ampeln und Laternen in den Vororten auszuschalten.	x		Ampeln: Vgl. Ifd. Nr. E_66_04  Straßenbeleuchtung: Durch die zeitweise Abschaltung der Straßenbeleuchtung während der verkehrsärmsten Stunden könnten in der Tat finanzielle Mittel in erheblichem Umfang eingespart werden. Allerdings darf sich die Abschaltung nicht auf gefährliche Stellen erstrecken. Zuvor müssten diese Bereiche identifiziert werden. Evtl. sind hierfür auch Entflechtungsarbeiten erforderlich, um Leuchten unterschiedlich schalten zu können. Auf jeden Fall setzt ein Programm zur Nachtabschaltung eine Erneuerung der Steuerungstechnik voraus in den Leuchtstellen und an zentraler Stelle. Die Investition in eine zukunftsfähige Steuerungs- und Überwachungstechnik wird sich nicht in wenigen Jahren amortisieren, ist aber in jedem Falle erforderlich. Allerdings zeigen die Erfahrungen aus anderen Städten, dass die flächige Abschaltung Bürgerproteste auslösen kann, die zur Rückkehr in den alten Zustand führen.	erheblich - nach anfänglichen Investitionen
E_66_12	Umstellung der Leuchtmittel auf energiesparende LED's in der Straßenbeleuchtung und in Schulen und öffentlichen Gebäuden.	x		Energieeinsparung durch LED-Leuchtmittel grundsätzlich in der überwiegenden Zahl der Einsatzfälle in der Straßenbeleuchtung gegeben. Allerdings sind die dafür erforderlichen Ersatzinvestitionen enorm.	Keine Amortisation in einem überschaubaren Zeitrahmen
E_66_13	Überflüssige Ampeln ausschalten/tw. abbauen, z. B. Ampelanlagen an der Märkischen Straße ab B1 stadtauswärts, mindestens am Wochenende und außerhalb der Hauptverkehrszeiten.	x		Vgl. Ifd. Nr. E_66_04	Vgl. Ifd. Nr. E_66_04
E_66_14	Verkehrssampeln überprüfen - "Kleine" Ampeln nachts abschalten			Siehe die Anmerkung zu E_66_04	
E_66_15	Schilderwald ausmisten	x		Vorschlag wird beachtet. Die Beschilderung wird ständig überprüft und angepasst. Konkrete Hinweise werden gern aufgenommen und überprüft.	Da Schilder mehrfach verwendet werden können kaum Einsparmöglichkeit.
E_66_16	Strassenlaternen selber betreiben - nur "Verbrauch" bezahlen und LED-Technik in allen Straßenlaternen einführen	x		Energieeinsparung durch LED Leuchtmittel grundsätzlich in der überwiegenden Zahl der Einsatzfälle in der Straßenbeleuchtung gegeben. Allerdings sind die dafür erforderlichen Ersatzinvestitionen enorm.	Keine Amortisation in einem überschaubaren Zeitraum
E_66_17	Ideen von großwahnsinnigen Planern nicht verwirklichen, nur weil es anteilig bis zu 80 oder 90 % Zuschüsse gibt; hier speziell: die große Brücke vom Rombergpark über B 54 und Nortkirchenstr. zu Phoenix-West, Die Brücke soll 5 Mill. kosten, bei 20 % Anteil der Stadt wären das 1 Mill. Die Begründung für die Brücke, dass sie direkt vom Rombergpark zum Westfalenpark führt, ist unredlich. Sie führt nur vom Rombergpark nach Phoenix-West. Kaum länger wäre der Weg vom Rombergpark über die vorhandene Brücke an der Straße Am Rombergpark/ am B54 Anschluss und dann der Weg Richtung Am Segen. Zudem würde die neue Brücke viel höher liegen als die vorhandene, eine (sehr) lange Rampe vom Park muss begangen werden, kein Vorteil.			Zuständigkeit NRW Urban	
E_66_18	Keine überdimensionierten Straßen bauen wie z.Zt. in Planung, schon in Bauvorbereitung die Nortkirchenstr. im Bereich B 54 und Konrad-Adenauer-Allee			Eine sorgfältige Planung ist Grundlage eines Projektes.	
E_66_19	Viele Ampelanlagen in Vororten/Nebenstrecken könnten nachts ausgeschaltet werden. Viele Kreuzungen funktionierten auch als "abknickende Vorfahrt" oder Kreisverkehr.			Vgl. Ifd. Nr. E_66_04	Vgl. Ifd. Nr. E_66_04
E_66_20	mehr LED-Beleuchtung			Vgl. Ifd. Nr. E_66_11	Vgl. Ifd. Nr. E_66_11

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_66_21	Das Laubpusten sollte auf Harke umgestellt werden. Die kostet weniger als Benzin, dauert auch nicht länger und verdeckt die Luft nicht so			Der Einsatz von Laubbläsern dient einer besseren Arbeitseffizienz. Vielfach sind große Flächen zu bearbeiten, so dass mit weniger Personal mehr Fläche bearbeitet werden kann.	
E_66_22	Wiederverwertbare Stützen für neugepflanzte Bäume (Einsparung, verbesserte Infrastruktur, Image-Aufwertung) Bisher wurden als Stütze für neugepflanzte Bäume Gerüste aus Holz verwendet. Diese können nur ein Mal verwendet werden und werden im Normalfall schon nach einigen Monaten entfernt und in den Müll geworfen. Für einen neugepflanzten Baum wird Holz von 3 bis 4 größeren Bäumen zur Abstützung ver(sch)wendet: für einen neugepflanzten Baum werden 3 oder 4 weitere vernichtet. Das kostet nicht nur wegen des Holzankaufs, sondern auch überflüssig Natur dort, wo dieses Holz gewonnen wird. Mehrfach verwendbare Gerüste aus Metall oder recyceltem Hartkunststoff sind auf die Dauer günstiger, schützen die Bäume auch besser vor Vandalismus.			Die Verwendung von Holzpfählen für die Baumverankerung ist gängige fachliche Praxis. Das Holz wird sinnvoll weiterverwendet und einem natürlichen Kreislauf zugeführt. Recyceltes Hartplastik hat viele ökologische Nachteile. Bei Großbäumen gehen wir dazu über, eine Unterflurverankerung anzubringen, um sowohl Holz zu sparen als auch einen positiven optischen Effekt zu erzielen. Wenn möglich, wird nur ein Holzpfahl anstatt der üblichen drei verwendet.	
E_66_23	Einschränkung der Beschneidung von Büschen und Bäumen (Einsparung, verbesserte Infrastruktur) Übermäßiges, häufiges und radikales Beschneiden von Büschen und Bäumen schädigt nicht nur die Vegetation sondern auch die Stadtkasse. Meist reicht es vollkommen aus, wenn Büsche so beschnitten werden, dass sie nicht über Wege oder Fahrbahnen reichen. Das radikale Zusammenschneiden bis auf wenige Zentimeter lässt nicht nur viele Büsche absterben, sondern sorgt auch für eine vermehrte Abfall-Lagerung von verärgerten Bürgern auf den Beeten. Dies kostet noch einmal in der Abfall-Beseitigung. Ein zu häufiges Beschneiden der Bäume lässt auch deren Widerstandsfähigkeit sinken und sorgt außerdem für eine starke Verbreitung von Krankheitserregern durch mangelhaft desinfizierte Schneidgeräte und mangelnde Wundversorgung.  Es sorgt außerdem für geringeren und späteren Blattwuchs, was zu einer geringeren Ausbeute an Sauerstoff führt. Da dieser in den letzten Jahren drastisch gesunken ist (mit den entsprechenden gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung), bedeutet ein Weniger an Schnitt nicht nur weniger Kosten sondern auch mehr Gesundheit für Mensch und Vegetation.			Die Bäume und Sträucher in der Zuständigkeit des Tiefbauamtes der Stadt Dortmund werden nach fachlichen Kriterien geschnitten bzw. gepflegt. Ein starker Rückschnitt erfolgt zur Herstellung der Verkehrssicherheit oder zur fachlich erforderlichen Verjüngung der Pflanzen. Bäume werden nur geschnitten, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, das Lichtraumprofil zu erstellen oder um Fassaden frei zu schneiden. Vermehrt auftretende Pflanzenkrankheiten haben nichts mit den erforderlichen Schnittmaßnahmen zu tun. Es treten aber durch die voranschreitende Klimaerwärmung und Globalisierungseffekte vermehrt vorher nicht bekannt gewesene Pflanzenkrankheiten auf.	
E_66_24	Bepflanzung der Baumspiegel mit Dauergrün (Einsparung, verbesserte Infrastruktur) Derzeit werden viele Baumspiegel regelmäßig von allem Gras und Kleinpflanzen "gereinigt". Zurück bleibt die bloße Erde, die beim nächsten größeren Regen abgelöst wird und in die Gullis fließt. Dort verstopft sie häufig die Abflüsse und sorgt so dafür, dass bei Regen das Wasser nur ungenügend abgeführt wird. Außerdem werden mit dem Abtragen der Erde auch Baumwurzeln freigeschwemmt, was sich ungünstig auf die Gesundheit der Bäume auswirkt. Die Anlage einer Dauerbepflanzung unterstützt also die Gesundheit der Bäume und größeren Sträucher auf Baumspiegeln, verhindert also überflüssige Neupflanzung, sieht besser aus als der kahle Boden und macht auch die teuren "Säuberungsaktionen" überflüssig. Ganz nebenbei werfen die Menschen auf bepflanzte Baumspiegel weniger Abfall und das spart wieder Geld für die Müllentsorgung.			Bei jeder Baumscheibenbepflanzung wird durch das Tiefbauamt der Stadt Dortmund eine möglichst ansprechende und pflegeleichte Dauerbepflanzung angestrebt. Leider setzt sich diese angestrebte Bepflanzung nur in wenigen Straßenzügen durch. Die Regel ist, dass die Pflanzen zertreten, durch abgestellte Fahrräder beschädigt, von Autoreifen überfahren und zu guter Letzt von Hundekot und Hundeurin zerstört werden. Wir streben eine Ökologisierung der Baumscheibenpflege an, indem wir zukünftig einheimische Kräutermischungen in den Baumscheiben aussäen und hier nach Bedarf ein- bis zweimal mähen, ohne die Pflanzennarbe zu zerstören.	



## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_66_25	<p>Einrichtung einer Börse für Großpflanzen und Bäume (Einsparung, Einnahmen, verbesserte Infrastruktur und Prestige)</p> <p>In dieser Börse könnten über das Internet oder direkt über das Umweltamt Bäume, Eiben, Büsche vermittelt werden, die durch Garten-Umgestaltung, Baumaßnahmen etc. an der vorherigen Stelle sonst vernichtet würden. Hier könnten Bäume und Büsche mehrere Wochen vor den entsprechenden Umgestaltungsmaßnahmen angeboten werden, damit das Grün innerhalb kürzester Zeit umgesetzt werden kann und so beste Anwachsmöglichkeiten hätte.</p> <p>Die Börse wäre nicht nur für Privatpersonen sondern auch direkt für die Stadt nutzbar. Denn auch in öffentlichen Grünanlagen werden ab und zu Umpflanzungen oder Ersatz notwendig. Das spart Geld, weil es Neukauf unnötig macht.</p> <p>Für die Vermittlung von größeren Büschen und Bäumen könnte eine geringe Verwaltungsgebühr erhoben werden. Auch wäre eine Vermietung von stadteigenen Kleinlastern für den Transport möglich. Beides verspricht Einnahmen für die Stadt (sofern die Kosten für den Bürger unterhalb des Neukaufwerts für die Bepflanzung liegen) und würde einen Gewinn an Prestige für die Stadt bringen.</p> <p>Wenn die Stadt selbst solchen "wiederverwerteten" Bewuchs verwendet, würde damit die</p>			<p>Die von der Stadt gepflanzten Bäume müssen bestimmten Qualitätsansprüchen entsprechen; eine Pflanzenbörse würde dies nicht gewährleisten. Organisatorisch und rechtlich ist diese Idee großflächig nicht umsetzbar. Im Einzelfall ist so eine Pflanzenspende möglich und bereits praktiziert worden.</p>	
E_66_26	<p>Düngung für Bäume (Einsparung, verbesserte Infrastruktur, Image-Aufwertung)</p> <p>In den letzten Jahren leiden Stadt und Bewohner zunehmend unter der Entfernung von Bäumen und Grünbewuchs. Durch die massive Luftverschmutzung, durch Haftsalt-Auslegung im Winter sowie durch verstärkten Vandalismus werden z.B. Bäume geschädigt und später häufig entfernt. Fällungen und Neupflanzungen kosten Geld. Dieses Geld kann auch in den Erhalt der Bäume investiert werden. Es gibt mittlerweile mehrere sehr gute Pflanzenstärkungsprodukte, die geschädigtem Grün helfen und gar nicht teuer sind (z.B. Biplantol). Diese Pflanzenstärkungen sind günstig und effizient und können einfach mit Gießwasser ausgebracht werden. Als Kosten fallen daher im Grunde nur die Gestehungskosten des Produktes an.</p> <p>Möglich ist eine (teilweise) Bestreitung der Kosten über Spenden oder eine Stiftung. Die meisten Bürger bedauern den Verlust von Bäumen und würden den kränkenden Bäumen gerne helfen.</p>			<p>Alle entfernten Bäume und Sträucher werden ersetzt. Nur in begründeten Ausnahmen werden Bäume nicht an derselben Stelle nachgepflanzt. Hier erfolgt oft eine Nachpflanzung im Naturraum. Wenn Versorgungsleitungen überpflanzt worden sind, die Feuerwehr Sicherheitsauflagen nicht mehr erfüllen kann oder andere verkehrsrelevanten Mängel auftreten, kann es sein, dass eine Nachpflanzung ausbleiben muss. Das Düngen von Bäumen wird bedarfsgerecht auch heute schon durchgeführt.</p>	
E_66_27	<p>alternative Steuermittel (Einsparung, verbesserte Infrastruktur)</p> <p>Obwohl die vielfältigen Nachteile einer winterlichen Streusalzung bekannt sind, wurde in den letzten Jahren auf diese für Mensch und Natur nachteilige Streuung zurückgegriffen, weil sie auf den ersten Blick als günstiger erscheint. Zieht man allerdings in Betracht, dass Streusalz nicht nur Bäume und Vegetation schädigt, sondern auch Menschen, Gebäude und Gegenstände, ist dies keine Ersparnis mehr. Die geringere Ausgabe des Streumittels wird mit absterbenden Bäumen, mit stark ansteigenden Haut-, Nieren-, Hals-, Nasen-Ohren- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, mit der Zersetzung von Millionen von Schuhen, Ampelmasten, Gebäudemauern und Asphalt erkauft. So haben die in letzter Zeit häufigen Rohrbrüche ihren Grund in der durch Salz gesprungenen Asphaltdecke und der daraus folgenden Ausschwemmung des Fahrbahnuntergrundes, was eine ungleiche Gewichtsverteilung des Verkehrs und damit den Bruch der darunter liegenden Rohre zur Folge hat.</p>			<p>Alternativen zur Salzverwendung liegen in der von der Stadt benötigten Größenordnung noch nicht vor. Es wird aber auch heute schon versucht, möglichst wenig Salz einzusetzen und hauptsächlich mit abstumpfenden Mitteln gearbeitet.</p>	
E_66_28	<p>Die Schäden allein an Gebäuden, Asphalt, Röhren und Ampelanlagen gehen bundesweit in die Milliarden. Abgesehen von der Verantwortung für die Gesundheit der Einwohner. So kostet die "Ersparnis" bei der Nutzung von Streusalz effektiv das Mehrfache von alternativen Streumitteln. Weniger Salz und mehr Granulate auf Fußwegen, an U-Bahnen und auf Straßen bedeutet deshalb auch in Dortmund effektiv Einsparungen in Millionenhöhe.</p>				

## Einsparungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
E_66_29	Bewässerung von Bäumen und Baumspiegeln (Einsparung, verbesserte Infrastruktur) In den letzten Jahren hat sich unser Klima drastisch verändert. Dazu gehören auch heiße trockene Sommer. Da durch Baumaßnahmen sich der Grundwasserspiegel stark gesenkt hat, bekommen gerade in den Sommermonaten nicht nur die kleineren sondern auch die älteren Bäume nicht mehr genug Wasser. Eine regelmäßige Wässerung der Baumspiegel trägt zur Gesundheit der Bäume bei, verhindert teure Fällungen und Neupflanzungen. Die Kosten könnten über Sponsoren gedeckt werden: Spenden von Banken, Geschäftsleuten und Privatpersonen.			Alle Jungbäume werden gewässert. Das durchgehende Wässern auch älterer Bäume ist nicht möglich und in der Regel auch nicht erforderlich.	
	<b>Dezernat 7</b>				
	<b>Fachbereich 40</b>				
E_40_01	Kein Schulgeld für Nicht-EU Kinder.		x	Nach Art. 9 II 3 der Landesverfassung NRW in Verbindung mit § 92 IV des Schulgesetzes NRW wird Schulgeld nicht erhoben. ("Grundsatz der Schulgeldfreiheit")	Keine
E_40_02	Kosten zum Bau des Berufsschulkomplexes am U-Turm reduzieren. Vorhandenes nutzen, nicht nur neues Inventar anschaffen.		x	Im Rahmen der Ausstattungsplanung für den Berufskolleg am Dortmunder U werden selbstverständlich alle Möglichkeiten der Weiternutzung vorhandenen Inventars geprüft und -sofern sich dies als wirtschaftlich geboten darstellt- realisiert.	Können nicht pauschal beziffert werden, da sie von einer hohen Anzahl zu beurteilender Einzelsachverhalte abhängen.

## Höhere Einnahmen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
	<b>Dezernat 1</b>				
	<b>Fachbereich 1</b>				
H_01_01	Parkgebühren für Ratsmitglieder.		x	Ratsbeschluss vom 26.11.2009: Die kostenfreien Stellplätze in der Rathaustiefgarage werden vollständig den Nutzern des Hauses (Politik) zur Verfügung gestellt. Dies ist weiterhin sinnvoll, weil die Sitzungen des Rates, der Ausschüsse, Fraktionen und Arbeitsgruppen regelmäßig im Rathaus stattfinden.	Keine
	<b>Fachbereich 3</b>				
H_03_01	Besseres Stadtmarketing.	x		Der Rat hat im September 2014 die Umsetzung eines zuvor erarbeiteten Kommunikationskonzeptes für Dortmund beschlossen. Eine Imagekampagne ist in Vorbereitung.	Investitionen in Marketing können sich unter Umständen langfristig auszahlen, z. B. durch mehr Übernachtungen, Einkaufsbesucher oder Zuzüge. Garantien hierfür können nicht abgegeben werden, da andere Faktoren maßgeblichen Einfluss haben.
H_03_02	Wertung für "Kauf in deiner Stadt" über Plakate + Co, um den Onlinehandel zu reduzieren.	x		Hierbei handelt es sich um keine originäre Aufgabe der Kommunalverwaltung. Darüber hinaus hat Dortmund als Oberzentrum Westfalens kein Interesse daran, Konsumenten aus dem Umland mit einer solchen Kampagne auf den Einzelhandel der eigenen Stadt hinzuweisen. Laut einer Umfrage der Gesellschaft für City-Marketing Dortmund mbH aus 10/2012, beträgt der Anteil der Konsumenten aus dem Umland in der City an Samstagen und verkaufsoffenen Sonntagen über 60 %.	Je nach Lesart einer solchen Kampagne würde damit eher eine Abwanderung von Konsumenten und damit eine Reduzierung der Umsätze des innerstädtischen Einzelhandels einhergehen. Daraus würde eine Absenkung des Gewerbesteuerertrages resultieren.
H_03_03	Vergabe von Werbeflächen auf Dienstfahrzeugen (inklusive Dezernentenfahrzeuge)	x		Wurde auf einigen Dienstfahrzeugen bereits in den 1990er Jahren erprobt. Vergabe der Flächen lag in der Verantwortung der einzelnen Fachbereiche. Hoher Akquise- und Verwaltungsaufwand.	Die geringen Erträge für diese Art Werbemaßnahmen neutralisieren nicht die entstehenden Kosten.
	<b>Fachbereich 80</b>				
H_80_01	Die Gewerbegebiete mit schnellen Datenleitung versorgen und damit interessante Unternehmen zum Standort holen.			Die Versorgung mit Datenleitungen erfolgt durch die Netzanbieter. Die Wirtschaftsförderung kann lediglich unterstützend tätig werden, indem sie die Interessen der ansiedlungswilligen Unternehmen an schnellen Datenverbindungen bei den Netzanbietern verdeutlicht.	Keine
H_80_02	Schafft mehr Gewerbeunternehmen hier her!			Es existiert ein umfangreiches Angebot für Firmen, die sich in Dortmund niederlassen wollen. Verfügbare Industrie- und Gewerbeflächen werden auf verschiedenen Vermarktungsplattformen dargestellt. Die Ansprache an Unternehmen erfolgt u. a. durch Kampagnen und diverse Initiativen	Die Kosten dieser Projekte sind im Budget der Wirtschaftsförderung Dortmund enthalten.

## Höhere Einnahmen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
H_80_03	+ Produktionsstätten!!! Nahrung, Stahlverfeinerung - mehr produzierende Firmen ansiedeln. Billige Grundstücke z. B. + Arbeiterstellen Do ist Arbeiterstadt! ./. Ingenieur + Hochbezahlstellen			Die Erschließung von neuen Industrie- und Gewerbeflächen wird durch die Wirtschaftsförderung Dortmund voran getrieben. Außerdem gibt es vielfältige Kooperationsgemeinschaften, in denen die Stadt Dortmund mit externen Partnern vormalige Montan- und Zechenstandorte gewerblich entwickelt (z. B. Gewerbegebiet Minister Stein, Gewerbegebiet Gneisenau).	Die Kosten dieser Projekte sind im Budget der Wirtschaftsförderung Dortmund enthalten.
<b>Dezernat 2</b>					
H_02_01	Förderungsmanagement - professionell aufstellen, um Fördergelder abrufen zu können (Land, Bund, EU, ...)			Zur Zeit erfolgt die Einwerbung der Fördergelder dezentral. Der Verwaltungsvorstand, hat darüber hinaus den Auftrag erteilt, zu prüfen, ob das Management der Fördermittel optimiert werden kann. Erst wenn die Prüfung abgeschlossen ist, kann eine Aussage zu Umsetzbarkeit und finanziellen Auswirkungen getroffen werden.	
<b>Fachbereich 11</b>					
H_11_01	Mehr Personal für die zeitnahe Erstellung von Gebührenbescheiden o.a. (Personal ist genug da, nur hochbezahlt an den falschen Stellen)	x		Der Stellenplan der Stadt Dortmund orientiert sich an den zu erledigenden Aufgaben. Wenn Zusatzbedarf besteht, wird er von den Fachbereichen gemeldet und ggf. durch Personalbemessung belegt. Wenn sich der Bedarf bestätigt, wird dieser dem Rat mit der Vorlage des Stellenplans zur Entscheidung über die Einrichtung von Planstellen vorgelegt.	
H_11_02	Bürokraten für Fehlplanungen und Fehlentscheidungen und Geldverschwendung persönlich haftbar machen.	x		Die Aufgabenerledigung unterliegt der Dienst- und Fachaufsicht der jeweiligen Vorgesetzten. Ergeben sich Hinweise auf ein Fehlverhalten, würden sie arbeits- und disziplinarrechtlich geprüft und ggf. auch geahndet.	
H_11_03	Beamte für Fehlentscheidungen verantwortlich machen.	x		Vgl. Ifd. Nr. H_11_02	
H_11_04	Beamte für Geldverschwendung und Fehlplanungen persönlich haftbar machen.	x		Vgl. Ifd. Nr. H_11_02	
H_11_05	Verstärkung der Verwaltung im Bereich Controlling und Wirtschaftsförderung		x	Wenn Aufgabenausweitungen erkennbar sind, werden auch die Personalkapazitäten entsprechend angepasst.	
H_11_06	Keine Besetzung von Posten mehr ohne öffentliche Ausschreibung		x	Planstellen werden, soweit möglich intern besetzt. Dies geschieht im Regelfall durch entsprechende Ausschreibungsverfahren. Sind interne Besetzungen nicht möglich, werden Stellen, wenn eine Wiederbesetzungsnotwendigkeit gegeben ist, extern besetzt. Auch dann findet ein Ausschreibungsverfahren statt.	
H_11_07	Blöde Beamte für ihre Fehl- und Falschplanungen selbst zahlen lassen.	x		Vgl. Ifd. Nr. H_11_02	
H_11_08	Politiker, Beamte für Fehlentscheidungen und blöde Planung wie das "U" in Regress nehmen.	x		Vgl. Ifd. Nr. H_11_02	
H_11_09	Müll-Detektiv für jeden Stadtteil einführen			Nicht ordnungsgemäße Müllentsorgungen werden durch das Ordnungsamt geahndet und gegebenenfalls mit Bußgeldern belegt. Wenn Aufgabenausweitungen erkennbar sind, werden auch die Personalkapazitäten entsprechend angepasst.	

## Höhere Einnahmen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
	<b>Fachbereich 20</b>				
H_20_01	Flughafen privatisieren oder schließen.		x	Es gilt derzeit der Ratsbeschluss vom 18.11.2010. Hierin begrüßt der Rat der Stadt Dortmund die Absicht der Flughafen Dortmund GmbH, die Rahmenbedingungen des Flughafens den Anforderungen des modernen Luftverkehrs anzupassen. Ende Mai hat die Bezirksregierung Münster dem Dortmunder Flughafen die Genehmigung für die erweiterten Betriebszeiten erteilt. Durch die Betriebszeitenänderung können weitere Markteinbrüche verhindert und der Flughafenstandort in seinem Bestand gestärkt sowie 3.200 Arbeitsplätze in der Region gesichert werden. Es gilt derzeit der Ergebnisabführungsvertrag mit DSW.	Keine
H_20_02	Flughafen zu machen.		x	Vgl. Ifd. Nr. H_20_01	Keine
H_20_03	Kostenpflichtige Parkplätze für alle Mitarbeiter (Stadtführung, Lehrer, KiTa, etc.).	x		Die Parkraumbewirtschaftung erfordert zusätzliches Personal. Eine Kostenpflicht für alle Parkplätze ist sicherlich nicht sachgerecht. Hier ist zu differenzieren, ob der Parkplatz überwiegend dienstlich erforderlich und somit nicht in Rechnung zu stellen ist. Bei einem Großteil der in den Außenbezirken vorhandenen Parkplätzen sind zunächst Investitionen in die Parkplatzmarkierung und die Sicherung der Parkplätze vor Fremdnutzung vorzunehmen. Es ist mit Ausweichhandlungen der betroffenen Mitarbeiter zu rechnen. Zumindest in den Außenbezirken wird dann "an der Straße" geparkt.	Aufgrund der nicht bezifferbaren Kosten und des Mietausfallrisikos sind zurzeit keine Angaben möglich.
H_20_04	Parkgebühren für Lehrer auf Schulparkplätzen.			Vgl. Ifd. Nr. H_20_03	
H_20_05	Höhere Abführungen an die Stadt Do von Tochtergesellschaften		x	Die Abführungen von Beteiligungen der Stadt Dortmund an den städtischen Haushalt werden entsprechend den handelsrechtlichen Bestimmungen und den Gesellschaftsbeschlüssen vorgenommen. Es wird auch derzeit schon angestrebt, die Abführungen so zu beschließen, dass der städtische Haushalt maximal profitiert.	Keine
H_20_06	Generell sind die Einnahmen hoch genug, es sollten lieber die Ausgaben auf die Agenda. Man darf nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Wenn dieses mit der vorhandenen Stadtspitze nicht möglich, muss man halt in die Haushaltssicherung. Es muss nicht schlecht sein, wenn ein Externer sich die finanzielle Situation anschaut und nur das Go für absolut notwendige Ausgaben gibt.	x		Eine Umsetzung erfolgt bereits. Generell werden sowohl die Ein- als auch die Ausgaben betrachtet. Sofern die Stadt Dortmund in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren die sogenannte 5%-Grenze bei der Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage überschreitet, wäre gemäß § 76 Abs.1 S.1 Nr.2 GO NRW ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen. Um Eingriffe der Kommunalaufsicht in die städtische Haushaltswirtschaft, die auch Auswirkungen auf die Bürgerschaft haben, zu verhindern und die kommunalpolitische Handlungsfähigkeit zu erhalten, ist die pflichtige Aufstellung eines HSK unbedingt zu vermeiden.	Nicht bezifferbar
	<b>Fachbereich 21</b>				
H_21_01	Wettbürosteuer	x		Die Einführung ist nach Beschluss der Satzung durch den Rat der Stadt Dortmund zum 01.11.2014 geplant.	Planansatz: 800.000 €

## Höhere Einnahmen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
H_21_02	Firmen, die in Dortmund ansässig sind, dort veranlagten.		x	Hier besteht Abhängigkeit zu den Festsetzungen der Finanzbehörden nach dem Steuerrecht des Bundes.	
H_21_03	Prüfen, ob eine Absenkung der Gewerbesteuer in bestimmtes Rahmen neues Gewerbe in die Stadt lockt, das sich sonst nicht hier ansiedeln würde.		x	Eine individuelle Hebesatzfestsetzung für bestimmte Branchen bzw. neu angesiedeltes Gewerbe ist rechtlich nicht möglich. Es muss ein einheitlicher Hebesatz für alle Branchen festgesetzt werden. Eine Absenkung der Hebesätze bzw. generell niedrige Hebesätze bei der Gewerbesteuer könnten durchaus positive Effekte haben, allerdings wirken diese nicht kurzfristig sondern auf Jahre hinaus. In der Zwischenzeit fehlen jedoch die durch Absenkung des Hebesatzes ausgefallenen Gewerbesteuereinnahmen bei der Finanzierung öffentlicher Aufgaben. In der derzeitigen Haushaltssituation ist der Vorschlag daher nicht umsetzbar, zumal der Rat der Stadt Dortmund die letzte Erhöhung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer zum 01.01.2013 beschlossen hat.	
H_21_04	<p>Ich schlage vor, Steuerprüfer für die Gewerbesteuer einzusetzen - siehe anliegenden Artikel (Quelle: <a href="http://www.derneuekaemmerer.de/article/2161/steuerexperten-bringen-duisburg-millionenbetrag">http://www.derneuekaemmerer.de/article/2161/steuerexperten-bringen-duisburg-millionenbetrag</a>) 2. Dezember 2013, 12:32</p> <p>Steuerexperten bringen Duisburg Millionenbetrag (tos) Durch die Beauftragung zweier Steuerexperten mit der Überprüfung der Gewerbesteuerabrechnungen ansässiger Firmen konnte Duisburgs Stadtkämmerer Peter Langner Mehreinnahmen in Höhe von 1,4 Millionen Euro erzielen. „Es geht dabei nicht um Steuerbetrag, sondern um die Steuergestaltung, die bei einer vertieften Betrachtung im Betrieb womöglich anders ausgelegt und nicht anerkannt wird“, sagte Langner laut der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung. Die Materie sei zum Teil hochkomplex. Unter anderem gehe es darum, ob ein Unternehmen mit Niederlassungen in mehreren Städten die Gewerbesteuer richtig verteile. Die Beauftragung der Steuerexperten war im Rahmen eines Sparpakets beschlossen worden. Die Festlegung der Steuern obliegt eigentlich den Finanzämtern. Die Stadt hat kein eigenes Prüfrecht, kann aber der Finanzbehörde beratend zur Seite stehen. Bisher hat Duisburg 28 Unternehmen</p> <p>Quellen: WAZ, Der Neue Kämmerer</p>	x		Die Stadt Dortmund hat bereits seit 2006 Steuerprüfer im Einsatz (2 Planstellen). Diese nehmen an Betriebsprüfungen teil und das Akteneinsichtsrecht im Finanzamt wahr.	
H_21_05	Gewerbesteuer herabsetzen um Unternehmen anzulocken...		x	Vgl. Ifd. Nr. H_21_03	
H_21_06	Schnell neue Abgaben erfinden, bestehende verdoppeln.	x		Vgl. Ifd. Nr. H_21_01	
H_21_07	Höhere Gewerbesteuer.	x		Über die Höhe der Hebesätze entscheidet der Rat der Stadt. Der Rat hat eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes letztmalig zum 01.01.13 beschlossen.	
H_21_08	Höhere Hundesteuer.	x		Ab dem Jahr 2015 soll die Hundesteuer pro Monat um 1 € erhöht werden.	
H_21_09	Aufgrund der vielen (Glücks-)Spielhallen die Gewerbssteuer erhöhen.		x	Vgl. Ifd. Nr. H_21_03	

## Höhere Einnahmen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
H_21_10	Katzen- und Pferdesteuer --> hinterlassen auch ihre Hinterlassenschaften auf dem Rasen. Ich als Hundebesitzer finde das ungerecht.		x	Katzen sind sogenannte „Freigänger“ und gehen nicht mit „Frauchen“ oder „Herrchen“ aus. Katzen können daher wie auch andere exotische Tiere (Sittiche, Schlangen, Spinnen oder Echsen), die in der Regel nur in Wohnungen gehalten, nur durch Kontrollen in den jeweiligen Wohnungen nachgewiesen bzw. Haltern zugeordnet werden. Solchen Kontrollen steht aber der Verfassungsgrundsatz der Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) entgegen. Denkbar wäre bei solchen Tieren die Erhebung einer „X-Tiersteuer“ direkt bei der „Quelle“, nämlich beim Kauf der Tiere. Die Erhebung einer Steuer direkt beim Kauf der Tiere scheitert schon an der örtlichen Radizierung der Tierhaltung. Ein Tier, das z. B. in Dortmund gekauft wird, kann durchaus in einer anderen Gemeinde gehalten werden. Die Katzensteuer ist somit nicht kontrollierbar. Mangels Verifikation wäre nur der Ehrliche der Dumme. Eine solche nicht kontrollierbare Steuer ist nach der Rechtsprechung des BVerwG rechtswidrig.  Pferdesteuer: Vgl. Ifd. Nr. H_21_13	
H_21_11	Stärkere Kontrolle bei der Hundesteuer (gleichzeitig erhebliche Anhebung der Steuer)	x		Vgl. Ifd. Nr. H_21_08; Kontrollen werden u. a. durch das Ordnungsamt und durch das Team der Hundebestandserhebung (aktuelle Hundezählung im Stadtgebiet) durchgeführt.	
H_21_12	Erhöhung der Gewerbesteuer/Automatensteuer			Vgl. Ifd. Nr. H_21_07	
H_21_13	Reiterabgabe bzw. Abgabe pro Pferd einführen			In der Vergangenheit hat der Fachbereich Stadtkasse und Steueramt konkrete Prüfungen zur Einführung der Pferdesteuer unternommen. Ein Großteil der bekannten Pferdehaltungen sind gewerblich und beruflich bedingt (z.B. Renn-, Polizeipferde sowie landwirtschaftlich genutzte oder zur Therapie eingesetzte Pferde) und daher nicht besteuert bzw. nicht zweckmäßig.	
H_21_14	Katzensteuer erheben		x	Vgl. Ifd. Nr. H_21_10	
<b>Fachbereich 23</b>					
H_23_01	Höhere Einnahmen würden durch den Verkauf nicht zwingend benötigter Grundstücke erzielt werden. Beispielhaft zu nennen, Grundstücke, die das Umweltamt als Obstbaumwiesen um nutzt obwohl für ähnliches Vorhaben Bürgerinteressenten vorhanden waren. Dies hätte der Stadt Tausende € eingebracht und die Unterhaltungskosten gespart.			Der Verkauf von Grundstücken, welche die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit nicht braucht, gehört zum Kerngeschäft des Fachbereiches Liegenschaften und wird dauerhaft betrieben. Welcher Nutzung Flächen zugeführt werden und ob sie vermarktet werden können, wird durch entsprechende Pläne festgelegt.	
H_23_02	Städtische Besitztümer, wie das Museum am Ostwall oder andere defizitäre Dinge, veräußern und privat bewirtschaften ohne Zuschüsse.			Der Verkauf von Grundstücken, welche die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit nicht braucht, gehört zum Kerngeschäft des Fachbereich Liegenschaften und wird dauerhaft betrieben.	
H_23_03	Vermarktung von Stadtgrundstücken			Vgl. Ifd. Nr. H_23_02	

## Höhere Einnahmen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
H_23_04	Leerstehende Bürogebäude umbauen und als Wohnräume anbieten.			Stadteigene Bürogebäude werden entweder zukünftig selbst genutzt oder dem Immobilienmarkt zur Verfügung gestellt.	
H_23_05	Baugebiete der Stadt bevorzugt planen und bewirtschaften.			Für Baugebiete der Stadt werden regelmäßig Bebauungspläne erstellt.	
H_23_06	Ungenutzte Schulen vermieten oder verkaufen			Der Vermarktung/Vermietung von Grundstücken und Gebäuden, welche die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit nicht braucht, gehört zum Kerngeschäft des Fachbereich Liegenschaften und wird dauerhaft betrieben.	
H_23_07	Leerstände günstiger vermieten			Vgl. Ifd. Nr. H_23_06	
H_23_08	Schrottimmobilien verkaufen			Die Vermarktung von Grundstücken und Gebäuden, welche die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit nicht braucht, gehört zum Kerngeschäft des Fachbereich Liegenschaften und wird dauerhaft betrieben.	
<b>Fachbereich 41</b>					
H_41_01	Sinnvollere und lukrativere Nutzung des U-Turm Geländes.		x	Die Nutzung des Dortmunder U - des Zentrums für Kunst- und Kreativität - basiert auf einem vom Rat beschlossenen Nutzungskonzept, bestehend aus der musealen Nutzung durch das Museum am Ostwall im Dortmunder U, der Präsentation von Medienkunst, der kulturellen Bildung und der wissenschaftlichen Forschung durch die Dortmunder Hochschulen. Das Dortmunder U wurde im Zuge der Aktivitäten zur europäischen Kulturhauptstadt Ruhr 2010 als Kunst-, Kreativ- und Kulturzentrum mit erhebliche finanziellen Mitteln ausgestaltet. Dieses Nutzungskonzept war Grundlage für die Investitionsförderung durch das Land NRW und die EU und ist für 20 Jahre bindend. Abweichungen ziehen die Rückzahlung von Fördermitteln für die Investition nach sich. Die Verwaltung prüft zur Zeit - innerhalb des bestehenden Nutzungskonzeptes - Möglichkeiten zur Reduzierung der Betriebskosten und zur Steigerung der Besucherfrequenz. Eine Schließung des "U" würde ausschließlich Folgekosten verursachen und den künftigen Verfall des Gebäudes bedeuten.	Keine
H_41_02	Erhöhung der Eintrittsgelder (Kultur, Theater)			Die Eintrittsentgelte werden jährlich auf den Prüfstand gestellt. Dabei geht es darum, gestiegene Kosten weiterzugeben, allerdings unter Berücksichtigung des Marktes und der Leistungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger. So kann es sein, dass trotz Kostensteigerung keine Erhöhung der Entgelte erfolgt, weil ansonsten die Gesamtbilanz insgesamt negativ ausfällt; also deutliche Nachfragerückgänge gerade wegen vorgenommener Preiserhöhungen. Bei jeder Wirtschaftsplanaufstellung wird eine solche Folgeabschätzung vorgenommen.	



## Höhere Einnahmen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
H_41_03	"Weltfirmen" ins "U" holen, die dort präsentieren.			Zur "Vermarktung" des Raumangebotes des Dortmunder U gibt es in der Verwaltung des U ein Sachgebiet "Vermietungen". Zusammen mit dem Aufgabenbereich "Sponsoring" werden alle Anstrengungen unternommen, Partner zu gewinnen und über Raumvermietungen Einnahmen zu generieren. Zielgruppe sind nicht nur die "Weltfirmen", sondern auch alle anderen lokalen und regionalen Interessenten.	
H_41_04	Stadtbibliothek: kostenpflichtige Bestellung von Medien aus anderen Zweigstellen ermöglichen, wenn das Exemplar des gewünschten Buchs in der Zentralbibliothek aktuell ausgeliehen ist. Ziel: bessere Nutzerfreundlichkeit, höherer Grad der Ausleihen und gleichzeitig Einnahmen		x	Da die Bibliothek keinen eigenen Transportdienst unterhält, sondern lediglich die Dienste des Stadtpostverkehrs in Maßen in Anspruch nehmen kann, hält die Verwaltung die Anregung für nicht umsetzbar. Die Transport- und Liegenzeiten der Medien nehmen zudem zuviel Zeit in Anspruch. Die Kosten für einen gesonderten Transportdienst - in der Stadtbibliothek Köln wurde z.B. vor einigen Jahren versuchsweise ein Taxidienst eingesetzt - sind zu hoch, um von den Kunden akzeptiert zu werden. Eine Erhöhung der Einnahmen ist bei Vollkostenrechnung keinesfalls zu erzielen.	
<b>Fachbereich 32</b>					
H_32_01	Service und Präsenzdienste (Ordnungsamt) längere Vertragslaufzeit.		x	Die Vertragslaufzeiten richten sich nach den jeweiligen Förderprogrammen des Jobcenters und sind so fest vorgegeben.	Eine längere Vertragslaufzeit hätte keine Einnahmesteigerung zur Folge, da durch die Service- und Präsenzdienste keine Einnahmen generiert werden.
H_32_02	An alle Schulen und Kindergärten stationäre Radar-Geschwindigkeitsmesser anbringen! Hochofenstrasse in Dortmund-Hörde ist eine Raserstrecke geworden !!!! Motorräder fahren mit überhöhter Geschwindigkeit zwischen den Straßenbuckeln durch.		x	Um flexibel, gerade im Umfeld von Schulen- und Kindergärten Geschwindigkeitsverstöße feststellen und ahnden zu können, eignen sich keine stationären Anlagen, sondern vielmehr mobile. Die Verkehrsüberwachung Dortmund kontrolliert diese Bereiche ganzjährig, besonders intensiv aber bei jeder Einschulung der sog. "I-Männchen". Außerdem bittet die Verkehrsüberwachung zu Beginn eines neuen Schuljahres in den Medien traditionell um besondere Rücksichtnahme. Auch im Stadtteil Hörde führt die Verkehrsüberwachung im Rahmen ihrer personellen Ressourcen immer wieder Kontrollen durch.	
H_32_03	Brennpunkt Hörder-Neumarkt mit absolut hohen Mahnungsgebühren belegen, da die stadtbekanntesten Saufeinlagen dort bis heute keinen Rückgang verzeichnen konnten! Die Gegend dort ist auch ein Treffen für Kriminelle geworden. Richtet dort ein Buß-/Verwarnungsgeld ein.	x		Die Umsetzung ist bereits erfolgt, da die Örtlichkeit den Einsatzkräften der Ordnungspartnerschaft bekannt ist. Festgestellte Ordnungswidrigkeiten werden konsequent mit Verwarn-/Bußgeldern sowie temporären Platzverweisen sanktioniert.	

## Höhere Einnahmen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
H_32_03	Es fahren immer mehr Autos und Fahrradfahrer mit defekter Beleuchtung. Man sollte die Kontrollen verstärken, gerade zur Herbst- und Winterzeit, da es immer früher dunkel wird. Die Strafen müssen nicht hoch sein, sondern ein Anstoß die Beleuchtung zu reparieren, weil man dann vorstellig werden muss und die Verkehrssicherheit wird verbessert.		x	Die Ahndung von Verkehrsverstößen wegen nicht eingeschalteter bzw. nicht funktionsfähiger Beleuchtungseinrichtungen fällt in den Zuständigkeitsbereich der Polizei, da das Ordnungsamt nicht in den fließenden Verkehr eingreifen darf und somit Fahrzeuge, (auch Fahrräder), nicht anhalten darf um z. B. einen eventuellen Defekt feststellen zu können.	
H_32_04	Gezielte Parkraumbewirtschaftung (Abschleppen!) von Falschparkern im Bereich Landgrafen-, Markgrafen-, Saarlandstr. in den Abendstunden (ab 18 Uhr)	x		Die Umsetzung ist bereits erfolgt. Die genannten Bereiche werden unter Berücksichtigung der personellen Ressourcen des öfteren überwacht, nicht nur, aber auch zu den benannten Zeiten.	
H_32_05	Durch mehr Strafzettel für Parksünder und Schnellfahrer. Mehr Kontrollen dieser Parksünder vor allen Dingen auch in den Vororten.	x		Das Ordnungsamt kontrolliert "Parksünder" und "Schnellfahrer" im Rahmen der vorhandenen personellen Möglichkeiten.	Erweiterte Kontrollen würden zu erhöhten Personalaufwendungen führen (pro Mitarbeiter E6 = ca. 47.000 Euro, ohne Sachkosten)
H_32_06	Verwarngelder auf das Maximum des Möglichen für Falschparken.	x		Die Umsetzung ist bereits erfolgt. Es gibt einen bundeseinheitlichen Tatbestandskatalog, in dem alle Verwarn- und Bußgeldhöhen festgelegt sind.	
H_32_07	Konsequenterer Verfolgung von Verkehrsvergehen bei Radfahrern und Fußgängern.	x	x	Radfahrer darf ausschließlich die Polizei anhalten, da Eingriffe in den fließenden Verkehr nur der Polizei möglich sind. Die Umsetzung im Bereich "Fußgänger" ist bereits erfolgt. Hier dürften vor allem Rotlichtverstöße von Fußgängern gemeint sein, die bereits bei entsprechenden Feststellungen von den Ordnungspartnern sanktioniert werden.	
H_32_08	Endlich Strafen aussprechen und kassieren für Hundehalter, die die Hinterlassenschaften Ihrer Tiere nicht entfernen.	x		Die Umsetzung erfolgt bereits. Sofern Täterschaft aufgrund von Feststellungen der Außendienstkräfte (Ordnungspartnerschaft, Polizei, etc.) oder konkreten Hinweisen/Zeugenaussagen der Bevölkerung beweisicher feststeht.	Regelgeldbuße: 50 Euro
H_32_09	Strikte Abschiebung bei Sozialmissbrauch.	x	x	Solche Maßnahmen sind nur im Rahmen des geltenden Rechts möglich.	
H_32_10	Strikte Abschiebung von Alkoholikern aus dem Ausland.	x	x	Vgl. Ifd. Nr. H_32_09	
H_32_11	Mehr Verkehrsüberwachung/Politessen.	x		Vgl. Ifd. Nr. H_32_05	
H_32_12	Den Geldeintreibern noch mehr Druck machen. Quote für die Ordnungsamtspitzen 60 % erhöhen.		x	Die Beitreibung von offenen Forderungen erfolgt nicht über den Vollzugs- und Ermittlungsdienst des Ordnungsamtes, sondern durch die Vollziehungsbeamten der Stadtkasse. Der Vollstreckungsaussendienst wird immer dann beauftragt, wenn die erwarteten Ergebnisse erfolversprechend oder gesetzlich vorgeschrieben sind. Die Vollstreckung der offenen Forderungen erfolgt nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz NRW.	
H_32_13	Vor allem in den Stadtteilen besser Verkehrsverstöße (Falschparken, etc.) ahnden und damit Einnahmen aus den "Knöllchen" erzielen.	x		Vgl. Ifd. Nr. H_32_04 und H_32_05	

## Höhere Einnahmen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
H_32_14	Die Geldeintreiber vom Ordnungsamt und den Parkspitzeln die Fangquoten verdoppeln und nicht sich viel mehr unter Fangdruck setzen.		x	Vgl. Ifd. Nr. H_32_12	
H_32_15	Für Umweltverschmutzer (Zig.-Kippen, Müll, Tierkot, etc.) mehr Kontrollen, mehr Bußgeldeinnahmen.	x		Vgl. Ifd. Nr. H_32_08	Regelgeldduße: 15 Euro für das Wegwerfen einer Zigarettenkippe, 50 Euro für das Nichtbeseitigen von Tierkot; bis 300 Euro und mehr bei Müllablagerungen, je nach Einzelfall
H_32_16	Bußgeld Parkverschmutzung (z. B. Westfalenpark, Stadtwäldchen)	x		Vgl. Ifd. Nr. H_32_15	Vgl. Ifd. Nr. H_32_15
H_32_17	Höhere Quoten und noch mehr Zwangsdruck für die Geldmacher vom Ordnungsamt. Hälfte entlassen!!!		x	Vgl. Ifd. Nr. H_32_12	
H_32_18	Abschleppen bei Heimspielen vom BVB, insbesondere Kreuzviertel, Schönau, Hombbruch, Barop (Radwege + Grünflächen).	x		Vgl. Ifd. Nr. H_32_04 und H_32_05	
H_32_19	Höhere Einnahmen könnten auf jeden Fall erzielt werden, wenn die Stadt Dortmund konsequent gegen Fahrradfahrer auf Bürgersteigen vorgehen würde. So gibt es z. B. im Bereich Hohe Straße und Nebenstraßen recht gute Fahrradwege, die von sehr vielen Radfahrern aber konsequent n i c h t benutzt werden. Stattdessen fahren sie in Verkehrsrichtung oder auch gegen die Richtung auf den Bürgersteigen und klingeln Fußgänger, die keinen Platz machen, noch an. Die Anlage der Fahrradwege hat doch eine Menge Geld gekostet. Da kann man sich einen Bruchteil dieser Investitionen doch über Bußgelder für Radfahrer zurückholen.		x	Radfahrer darf ausschließlich die Polizei anhalten, da Eingriffe in den fließenden Verkehr nur der Polizei möglich sind.	
H_32_20	Ordnungsamt soll HundeKoter bestafen - härtere Strafen (teurer werden)	x		siehe H_32_08. Die Höhe der Geldbuße wird durch die Allgemeine Verwaltungsgebührensatzung NRW bestimmt.	Regelgeldduße: 50 Euro
<b>Fachbereich 33</b>					
H_33_01	Wegfall von Verw.-stellen, dadurch: - Reduzierung insbesondere der Amts- und Abteilungsleiter - weniger Gebäudefinanzierung (nebenbei: Erhaltung der Fachkompetenz durch mehr Kollegen in den einzelnen Verw.-stellen und Aufhebung bisher irrationaler Zuständigkeitsverteilungen)	x		Höhere Einnahmen werden nicht erzielt. Sollte es zu einer Reduzierung von Bezirksverwaltungstellen kommen, würden die Mitarbeiter des Teams 2 in die Innenstadt bzw. in die verbleibenden Bezirksverwaltungsstellen wechseln.  Die Leitung der Bezirksverwaltungsstelle nebst Sachbearbeiter für die Bezirksvertretung müsste sich weiterhin um die Belange der Bezirksvertretung kümmern. Denkbar wäre allenfalls, dass diese Aufgaben von Mitarbeitern in einer geringeren Entgeltgruppe wahrgenommen würden.	Ggf. Einsparung von Personalkosten möglich
H_33_02	Vorläufige Beurkundungen (Sterbefall) sollten Geld kosten.		x	Der Friedhofsservice wurde eingerichtet, um sowohl organisatorische und finanzielle Nutzeffekte für beide Organisationseinheiten zu schaffen als auch die gesetzliche Aufgabe der zeitnahen und ordnungsgemäßen Beurkundung eines Sterbefalles zu erfüllen, welche die Beweiskraft dieses Personenstandsfalles gewährleistet und um die zügige Beerdigung problemlos durchzuführen.	Gesamtstädtische Ertragsminderung

## Höhere Einnahmen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
H_33_03	Autos mit ausländischen Kennzeichen, deren Besitzer in Deutschland angemeldet sind.		x	1. Besuchsweiser Aufenthalt: Touristen können sich bis zu einem halben Jahr hier aufhalten, ohne steuerpflichtig zu werden. 2. Bei dauernden Aufenthalt: Es wurde ggf. versäumt das KFZ umzumelden. Bei Bekanntwerden des Sachverhalts bei der Behörde, wird dem nachgegangen. Es handelt sich um eine Ordnungswidrigkeit.	Keine
<b>Dezernat 5</b>					
<b>Fachbereich 50</b>					
H_50_01	Abschaffung des Dortmund-Passes.		x	Die angeschlossenen Einrichtungen verzeichnen durch die Ausgabe des Dortmund-Passes höhere Umsätze und widersprechen somit der aufgeführten Meinung, dass durch die Abschaffung des Dortmund-Passes höhere Einnahmen generiert werden können. Außerdem ist es absolut spekulativ und generell fragwürdig, auf das Freizeitverhalten von Sozialleistungsempfängern abzustellen.	
H_50_02	Nur Essen und ärztl. Vers. für alle nicht arbeitenden Ausländer		x	siehe E_50_03	
H_50_03	Sozialgelder für Ausländer 50% kürzen.		x	siehe E_50_03	
H_50_04	Ausländer keinerlei Sozialgelder. Nur Versorgung in Suppenküchen. Das würde sehr viel Geld sparen.		x	siehe E_50_03	
H_50_05	Einkaufsgutscheine steichen. Nur Suppenküchengutscheine.		x	siehe E_50_03	
<b>Fachbereich 52</b>					
H_52_01	Es könnten Patenschaften für unsere großen Parks geben. Dies könnte zur Pflege und Aufwertung verwendet werden. Die Stadtkasse könnte umgekehrt entlastet werden	x		Patenschaften mit Einzelpersonen gibt es im Moment nicht. Die Freundeskreise, die sich ehrenamtlich für die Parks engagieren, übernehmen zum Teil Pflegeaufgaben. Im Botanischen Garten Rombergpark z. B. am Staudenborder, im Westfalenpark mit der Pflege des Duftrosengartens. Darüber hinaus ist die Einbindung von Einzelpersonen mit großem personellen und organisatorischen Aufwand verbunden, der vom Betrieb nicht geleistet werden kann. Der Senkung der Ausgaben, die noch nicht beziffert werden können, stehen Aufwendungen in unbekannter Höhe für die damit im Zusammenhang stehenden Verwaltungsaufgaben gegenüber.	Nicht bezifferbar
H_52_02	Bessere Werbung für Hallenbäder. Das die Bürger diese mehr nutzen. z.B. Schnupperkurse für Nichtschwimmer.			Die städtischen Hallenbäder werden in anderen Bädern sowie bei dem Internetauftritt der Stadt Dortmund beworben. Besondere Veranstaltung wie beispielsweise eine Poolparty werden über die Presse und Radio 91.2 angekündigt. Schwimmkurse werden über die Presse, das Internet und Aushang beworben. Gerade diese Kursangebote sind in der Regel ausgebucht, so dass hier eine weitergehende Werbung nicht zielführend ist, da das Angebot nicht ausgeweitet werden kann.	

## Höhere Einnahmen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
	<b>Dezernat 6</b>				
	<b>Fachbereich 61</b>				
H_61_01	Verpflichtend Wirtschaftlichkeitsrechnungen bei Erschließungsmaßnahmen (Wohnbau) einführen.			Wenn damit die Erschließung von Neubaugebieten gemeint sein sollte, werden bei stadtseitigem Ausbau der Erschließungsanlagen 90 % der Kosten auf die Anlieger umgelegt (§ 129 Abs. 1 Satz 3 BauGB: Die Gemeinden tragen mindestens 10 % des beitragsfähigen Aufwands). Beim Ausbau durch einen Erschließungsträger trägt dieser 100 % der Kosten für die Erschließung. Im Übrigen wird im Zuge des Ausschreibungsverfahrens bei StA 19 dem Anbieter der Auftrag erteilt, der das wirtschaftlichste Angebot vorgelegt hat. Wirtschaftlichkeitsberechnungen machen daher keinen Sinn.	Keine
	<b>Fachbereich 66</b>				
H_66_01	Automat in Innenstadt ggf. gekoppelt mit Entfall Parkplatzgebühren auf öffentl. Parkflächen			Der Vorschlag ist zu ungenau bzw. ist unverständlich und kann daher nicht beurteilt werden.	
H_66_02	Bewachung am "Du darfst nix See" auf die Anlieger umlegen...			Eine Überwachung durch das Tiefbauamt erfolgt nicht.	
H_66_03	Erlaubnis der Nutzung aller Fahrradwege auf Bürgersteigen in beide Richtungen, wenn ein begrünter Mittelstreifen o. ä. das Queren der Straße nicht zulässt.		x	Die Benutzung von Radwegen sollte gerade innerorts in Gegenrichtung gemäß der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung zu § 2 IV grundsätzlich nicht erfolgen, weil sie nachvollziehbar mit besonderen Gefahren verbunden ist. Neben anderen Vorschriften ist auch eine durchgängige Mindestbreite von 2,40 m einzuhalten.	
H_66_04	Zone 30 im gesamten Innenstadtdgebiet, dafür Ampeln aus, falls nötig stattdessen Zebrastreifen.		x	Die Straßenverkehrsordnung schreibt vor, dass die Gemeinde ein Hauptstraßennetz definiert. Dies ist in Dortmund mit dem Vorbehaltsnetz geschehen und in der Hauptsatzung festgehalten. Unter anderem der Wall gehört zum Hauptstraßennetz der Stadt Dortmund, daher gilt nach StVO eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h; eine Zone 30 ist ausgeschlossen. Der Einsatz von Signalanlage und Fußgängerüberwegen (FGÜ) ist von bestimmten rechtlichen Rahmenbedingungen abhängig. Dabei spielen vor allem die Verkehrssicherheit und die Leichtigkeit des Verkehrs eine besondere Bedeutung. Gerade der Einsatz von FGÜ unterliegt bestimmten Rahmenbedingen. Unter anderem dürfen FGÜ bei mehrspurigen Straßen nicht angeordnet werden. Beim mehrspurigen Wall sind sie also ausgeschlossen.	

## Höhere Einnahmen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
H_66_05	Mehr Parkplätze in der Stadt zur Verfügung stellen! Nicht nur Parkhäuser.		x	Die Ausweitung von Parkflächen in einem dichtbesiedelten Stadtgebiet wie Dortmund, vernichtet in aller Regel nicht versiegelte Grünflächen. Insofern ist dieser Vorschlag nicht umsetzbar. Falls der Vorschlag eine Ausweitung des öffentlich bewirtschafteten Parkraums zum Inhalt hat, gilt Folgendes: Parkraumbewirtschaftung darf nicht vorrangig dem Ziel dienen, Einnahmen zu generieren. Es dient dem Zweck mangelnden Parkraum einer möglichst großen Vielzahl von Nutzern zur Verfügung zu stellen (Stichwort: Höchstparkdauer).	
H_66_06	Indem mehr Parkplätze entstehen, das ganze bezahlbar.		x	Vgl. Ifd. Nr. H_66_05	
H_66_07	Zunächst einmal die Kosten senken, weniger ausgeben. Gedankvoller arbeiten, bei Bauarbeiten vorhandene Verkehrsschilder jeglicher Art nicht in den Schrott werfen, sondern nach Umbau wiederverwenden statt neu kaufen zu müssen.			Welche Kosten sollen gesenkt werden? Wo soll weniger ausgegeben werden? Die Angaben sind zu unkonkret. Schilder werden mehrfach genutzt. Bei einem Umbau werden sie eingelagert und bei Bedarf an anderen Stellen neu aufgestellt.	
H_66_08	Bewässerungs-Service (Einnahmen, verbesserte Infrastruktur) Gerade bei trockender Witterung fehlt in Dortmund eine Bewässerung von Baumspiegeln und Grünbereichen. Eine steigende Anzahl Bürger pflegt einen Baumspiegel oder einen eigenen Garten. Doch vielen Menschen fällt es schwer, die in den Sommermonaten notwendige Bewässerung zu leisten. Ein gebührenpflichtiger Bewässerungs-Service für Gärten und Baumspiegel würde nicht nur den Baumbestand stärken, sondern auch den Bürgern in ihrem Pfliegewillen entgegenkommen. Die Bewässerungsfahrzeuge könnten z.T. kostengünstig von Friedhöfen und der Stadtreinigung ausgeliehen werden. Wichtig ist, dass solche Fahrzeuge nicht etwa vorher mit Sprühsalz verwendet wurden, denn das täte den zu pflegenden Pflanzen schaden.			Die Einrichtung eines Bewässerungs-Services ist rechtlich und organisatorisch nicht möglich. Das ehrenamtliche Gießen hat sich bewährt und sollte beibehalten werden.	
<b>Dezernat 7</b>					
<b>Fachbereich 40</b>					
H_40_01	Schulgeld für nicht EU-Kinder.		x	Nach Art. 9 II 3 der Landesverfassung NRW in Verbindung mit § 92 IV des Schulgesetzes NRW wird Schulgeld nicht erhoben. ("Grundsatz der Schulgeldfreiheit")	Keine
H_40_02	Schulgeld für nicht EU-Kinder.		x	Vgl. Ifd. Nr. H_40_01	Keine
H_40_03	Schulgeld für Ausländerkinder.		x	Vgl. Ifd. Nr. H_40_01	Keine
<b>Fachbereich 51</b>					
H_51_01	Kita für nicht EU-Bürger streichen.		x	Nach dem SGB VIII / KJHG haben alle Kinder ab 1 Jahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Der Vorschlag ist demnach rechtswidrig.	
H_51_02	Wenn attraktive, städtische Einrichtungen "vermarktet" werden können. Beispiel Jugendfreizeitstätte "XY" bietet Kindergeburtstag an und "vermietet" Raum und gegebenenfalls Personal. Ein Drittel der erzielten Einnahme geht an den Kämmerer, ein Drittel kommt direkt der Einrichtung zu Gute, ein Drittel bekommt der Fachbereich oder das Jugendamt als "Deckungsbeitrag" für zum Beispiel Ausgaben im Bereich Hilfe zur Erziehung.	x		Eine Umsetzung ist teilweise möglich. Eine Nachfrage nach solchen Veranstaltungen besteht. Mietordnungen für das Fritz Henßler Haus und EWF liegen im Entwurf vor. Die politischen Gremien sind zu beteiligen. Für die "klassischen Jugendfreizeitstätten" in den Stadtbezirken stehen während der Regelöffnungszeiten von Montag bis Samstag in der Zeit von 15.00 bis 22.00 Uhr keine räumlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung. Das schließt auch eine Erweiterung der Öffnungszeiten für solche zusätzlichen Angebote mit ein.	ca. 10.000 € jährlicher Mehrertrag

## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
	<b>Dezernat 1</b>				
	<b>Fachbereich 1</b>				
I_01_01	Verzicht auf weitere "Leuchtturmprojekte"		x	Es stellt sich die Frage, was unter Leuchtturmprojekten verstanden wird. Weitere zentrale Projekte wie das Dortmunder U oder das DFB-Fußballmuseum sind gegenwärtig nicht geplant. Gleichwohl werden finanzielle Ressourcen auf bestimmte Schwerpunkte konzentriert. So sind der Neubau und die Renovierung von Schulgebäuden sowie der Neubau und die Erweiterung von Kindertageseinrichtungen weiterhin ein Schwerpunkt städtischer Investitionen. Investiert werden beispielsweise auch innerhalb der nächsten vier Jahre 49 Mio. Euro in die städtische Infrastruktur (Straßenerhaltung, Brücken, etc.).	Keine
I_01_02	Weiterer Ausbau der Bus- und Bahn Verbindungen. Dann müsste auch nicht überall "Verwaltung" angeboten werden.		x	Dieser Vorschlag liegt nicht in der Organisationshoheit der Stadt. Ein Ausbau des ÖPNV ist sinnvoll und wünschenswert. Er erfolgt jedoch über DSW21 im Rahmen des Verkehrsverbundes Rhein Ruhr. Das Verhältnis der zentralen und dezentralen Verwaltungsangebote wird ständig kritisch überprüft. Dies gilt sowohl für die Bürgerdienste als auch für Angebote im Jugend- und Sozialbereich. Ziel ist es, eine gute Balance zwischen kostengünstigen und bürgernahen Leistungen zu finden.	Keine
	<b>Fachbereich 3</b>				
I_03_01	Es soll eine (mobile) Web Anwendung von der Stadt eingerichtet werden, um Meldungen der Bürger an die Stadt zu leiten (zum Beispiel: defekte Laternenmasten oder Ampeln, Schlaglöcher, Glasscherben auf Radwegen).	x		Ein entsprechender Mängelmelder existiert bereits und ist unter anderem auf der Startseite des Stadtportals dortmund.de unter der Rubrik "Besondere Services" eingetragen. 2015 ist im Zuge der geplanten Umstellung von dortmund.de auf sogenannte Responsive Designs die volle Nutzbarkeit dieses Services auch auf mobilen Geräten vorgesehen.	Keine
I_03_02	"Hundeplätze" online zur Planung für Hundebesitzer aufrufbar machen.	x		Der TierSchutzVerein Gross-Dortmund e.V. veröffentlicht auf seiner Website ausführliche Porträts aller Dortmunder Hundenausläufflächen ( <a href="http://www.tierschutzverein-dortmund.de/hundenauslaufflaechen/index.php">http://www.tierschutzverein-dortmund.de/hundenauslaufflaechen/index.php</a> ). Die Dortmund-Agentur wird im Stadtportal dortmund.de einen entsprechenden Verweis eintragen.	Keine
	<b>Fachbereich 80</b>				
I_80_01	Dienstleistungszentrum langfristig absichern.	x		Im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Wirtschaftsförderung Dortmund sind die benötigten Erträge und Aufwendungen langfristig gesichert.	Keine
I_80_02	Dienstleistungszentrum langfristig absichern.	x		Vgl. Ifd. Nr. I_80_01	Keine
	<b>Dezernat 2</b>				
	<b>Fachbereich 11</b>				
I_11_01	interner Vermerk: Umsetzung auf dringend benötigten Personalbedarf bei StA 21 und StA 51 (Verw.-bereich).	x		Die Besetzung von Planstellen wird, wie für andere Stellen auch, für diese Bereiche über die Personalmanagementdatenbank abgewickelt. Notwendige Stellenbesetzungen finden statt. Besondere aktuelle Problemstellungen sind nicht bekannt.	Keine, da die Bedarfe für die Stellen im Personalbudget enthalten sind.

## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
I_11_02	Ombudsmann für religiöse Fragen.		x	In der Sitzung des Verwaltungsvorstandes vom 19.08.2014 wurde beschlossen, dass es grundsätzlich keine Angebots- und Leistungsausweitungen mehr geben wird.	Keine
<b>Fachbereich 20</b>					
I_20_01	Transparenz der finanziellen Situation angeglichen an Aktiengesellschaften bei vielen Ämtern, z.B. dem Jugendamt, die jedes Jahr immer wieder unvorhergesehen Millionenbeträge brauchen.			Die finanziellen Auswirkungen der kommunalen Aufgaben werden im Haushaltsplan abgebildet. Während der laufenden Bewirtschaftung werden unterschiedliche Controllinginstrumente eingesetzt. Unter anderem wird in einem regelmäßigen Managementbericht im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften über das aktuell prognostizierte Jahresergebnis berichtet. Letztendlich werden im Jahresabschluss alle finanziellen Auswirkungen der kommunalen Tätigkeiten dargestellt. Der Haushaltsplan, die Managementberichte und der Jahresabschluss werden mit Einbringung in die politischen Gremien öffentlich. Hierdurch wird die notwendige Transparenz geschaffen.	
I_20_02	Flughafen weiter ausbauen.		x	Es gilt der Ratsbeschluss vom 18.11.2010. Der Rat der Stadt Dortmund sieht für die Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens zur Verlängerung der Start- und Landebahn auf insgesamt 2.300 Meter zur Zeit keinen Entscheidungsbedarf.	Keine
I_20_03	Sauberkeit des Stadtbildes im Gegensatz zu führenden Städten wie bspw. Stuttgart eine Katastrophe, da Verwahrlosung durch Müll und sonstigen Unrat "geduldet" wird.		x	Grundsätzlich ist festzustellen, dass die letzte durch die EDG in Auftrag gegebene FORSA-Umfrage bestätigt, dass der größere Teil der Dortmunder mit der Stadtsauberkeit zufrieden ist und diese als gut bewertet. Wie in anderen Großstädten auch, gibt es in Dortmund kritische Punkte (z. B. Vermüllung von Depotcontainerstandorten). Im Rahmen von durchgeführten Benchmark vergleicht sich die EDG regelmäßig auch mit anderen Großstädten und tauscht sich mit deren Erfahrungen aus. Die Verwahrlosung durch Müll und sonstigen Unrat wird nicht geduldet. Im Rahmen der ordnungsrechtlichen Möglichkeiten ermitteln die Stadt Dortmund und die EDG die Verursacher. Der Modellversuch "Einsatz eines Mülldetektives" verstärkt diese Bemühungen.	Keine
<b>Fachbereich 23</b>					
I_23_01	Statt ständig neue Prestigeimmobilien zu bauen, die vorhandenen Leerstände sinnvoll nutzen.			Stadeigene Gebäude werden entweder zukünftig selbst genutzt oder dem Immobilienmarkt zur Verfügung gestellt.	
I_23_02	Substanzielle Sanierung div. Schulen und städt. Kindereinrichtungen und Schwimmbäder bzw. Abriss und Neubau.			Die städtischen Immobilien werden für die kommunalen Nutzungen in einem verkehrssicheren Zustand erhalten. Optimierungen erfolgen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten in enger Abstimmung mit den Nutzern.	



## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
I_23_03	Obwohl die Wohnungsbilanz "ausgeglichen" ist, also kein weiterer Wohnraum mehr gebraucht wird, wird städt. Boden massenhaft verhökert. Und obwohl vielerorts Wohnhäuser und Gewerbehäuser jahrelang schon leerstehen. Statt mit den freien Flächen unsere Gesundheit und Lebensfreude zu verplempern, sollte man lieber all die leerstehenden Gebäude in günstigen Wohnraum umbauen. Denn gebraucht wird günstiger Wohnraum, nicht unbezahlbare Luxuswohnungen.			Stadteigene Gebäude werden entweder zukünftig selbst genutzt oder dem Immobilienmarkt zur Verfügung gestellt.  Die Vermarktung von Grundstücken und Gebäuden, welche die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit nicht braucht, gehört zum Kerngeschäft des Fachbereiches Liegenschaften und wird dauerhaft betrieben.	Die Einzahlungen dienen zur Erreichung des Planansatzes.
	<b>Fachbereich 41</b>				
I_41_01	Stärkung und Vernetzung der Kultureinrichtungen	x		siehe E_41_03	
I_41_02	Reduzierung der Kulturförderung		x	Die Kulturförderung sichert die kulturelle Infrastruktur und das Kulturangebot in freier Trägerschaft. Ein Verzicht würde Arbeitsplätze vernichten und das Einwerben von Drittmitteln unmöglich machen. Auch ehrenamtliches Engagement von Vereinen, Bürgern und Chören benötigt bei größeren Vorhaben, Veranstaltungen, etc. Fördermittel.	
	<b>Dezernat 3</b>				
	<b>Fachbereich 32</b>				
I_32_01	Kaum/keine Hundekotbehälter samt Tüten vorhanden, dadurch mehrere Kothaufen innerhalb der Stadt auf den Wegen verteilt.		x	Das Aufstellen von Hundekotbehältern liegt im Aufgabenbereich der Entsorgung Dortmund GmbH.	
I_32_02	Maßnahmen gegen Problemviertel (Mieten erhöhen? etc) einleiten.		x	Der Mietspiegel wird nicht durch das Ordnungsamt geregelt. Weitere Maßnahmen wurden nicht genannt.	
I_32_03	Keine zusätzliche "Abzocke" durch Blitzer, wenn schon Tempo 30 wegen der maroden Straßen.			Polizei- und Ordnungsbehörden sind zuständig für die Feststellung von Geschwindigkeitsverstößen und zwar unabhängig vom jeweiligen Grund der Beschilderung. Es geht dabei nie um sogenannte Abzocke, sondern darum, den Autofahrern bewusst zu machen, wie gefährlich schnelles Fahren ist, da überhöhte Geschwindigkeiten die Hauptursache für schwere Unfälle auf unseren Straßen sind.	
	<b>Fachbereich 33</b>				
I_33_01	Nicht jeder Vorort braucht ein Rathaus.			Vgl. Ifd. Nr. E_33_01 und H_33_01	
	<b>Dezernat 5</b>				
	<b>Fachbereich 50</b>				
I_50_01	Lassen sie die langzeit HarzIV Menschen Schnee schüppen im Winter oder andere Einsatzmöglichkeiten wie Parks, Spielplätze säubern etc. Zumindestens die es können.			Einige der aufgeführten Tätigkeiten werden bereits über Beschäftigungsmaßnahmen durchgeführt, z.B. zusätzliche Reinigungen im Stadtgebiet. Andere Tätigkeiten, wie z.B. das "Schneeschnüppen" unterliegen der Verkehrs-sicherungspflicht und können nur von originär beschäftigten MitarbeiterInnen der zuständigen Stellen durchgeführt werden. Ein Ausweg wäre die Einrichtung eines dauerhaften, öffentlich geförderten Arbeitsmarktes, der solche Tätigkeiten einbeziehen könnte. An einem solchen Konzept wird derzeit gearbeitet.	Nicht bezifferbar

## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
I_50_02	Abschaffung des "Nord-Süd-Gefälles" in der Stadt. Schaffung von Quartiersbüros mit vielseitigen Verwaltungsangeboten (Sozial-Verwaltungsbereich) ggf. in Quartieren auf Zeit/mobile Angebote/Mütterberatungsstellen/städt. Stadtteilärzte mit Sprechstunden in den bedürftigen Stadtbezirken (soz. Aktionsräume). Wie früher "Sozialarbeiter vor Ort" nicht in den Jobcentern versteckt. Verstärkte Zusammenarbeit von Bezirksbeamten der Polizei (Schupo an der Ecke) mit Ordnungskräften und Sozialarbeitern vor Ort. Bildung von Projekten zur Aufarbeitung/ bzw. vorher Erkennung und Benennung von Problemen (Schulen/KiGa/Vereine/Kirchen/etc.). Mehr präventive Arbeit in den Stadtbezirken. Mehr Handwerker/Gewerbehöfe etc. vor Ort. Stärkung der Infrastruktur/Erhöhung Kaufkraft in den Stadtbezirken.			In gemeinschaftlichen Streifengängen wird auf die Einhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geachtet und so das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger erhöht.	
<b>Fachbereich 52</b>					
I_52_01	Stärkung der Freizeitangebote in Dortmund (Schwimmbäder, Sportvereine).		x	In Dortmund besteht mit elf Hallenbädern, sieben Freibädern und dem Solebad im Revierpark Wischlingen eine mehr als ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Wasserflächen für die Ausübung des Schwimmsports, das Schulschwimmen bzw. zum Freizeitschwimmen. Ein darüber hinausgehendes Angebot ist nicht erforderlich. Mit zusätzlichen Ausstattungselementen könnte ggf. die Attraktivität der Einrichtungen gesteigert werden.  Über 535 Sportvereine bieten in Dortmund umfassende Angebote über die gesamte Bandbreite des Sports für sämtliche Schichten und Altersgruppen der Bevölkerung. Die Notwendigkeit einer gezielten Ausweitung dieser Angebote wird daher nicht gesehen.	Eine konkrete Bezifferung ist nicht möglich, da dies vom jeweiligen Einzelfall abhängig ist. Konkrete Planungen sind derzeit nicht bekannt.
I_52_02	Bürgerbeteiligung Parks			Grundsätzlich möglich.	
I_52_03	Warum hat eine so große Stadt wie DO kein Spaßbad mit mindestens einer Wasserrutsche für Kinder (wie Hamm oder Witten)?		x	1. Vgl. Antwort Teil 1 Ifd. Nr. I_52_01  2. Pläne für ein familienorientiertes Freizeit("Spaß-")bad am Standort Kirchderne bestanden bereits Ende der neunziger Jahre im Rahmen des sogenannten Bäderkonzeptes Dortmund - Zielkonzept 2000+. Diese Planungen ließen sich letztendlich aus verschiedenen Gründen nicht realisieren. Heute ließe sich ein derartiges Projekt allein mit Blick auf die Höhe der Baukosten nicht mehr umsetzen.  3. Im Freibad Hardenberg steht zumindest in den Sommermonaten eine Großrutschanlage für Kinder und Jugendliche zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es Rutschen für (Klein-)Kinder im Nordbad, den Hallenbädern Hombruch und Mengede sowie in den Freibädern Froschloch und Wellinghofen.	

## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
	<b>Dezernat 6</b>				
	<b>Fachbereich 60</b>				
I_60_01	Mehr die Natur schützen und die Grünflächen erhalten, wie zum Beispiel das Schürener Feld. Es wird immer kleiner.	x		<p>Es ist seit jeher das Ziel von Politik und Verwaltung, das sogenannte „Schürener Feld“ nicht zu bebauen, sondern als wertvollen Freiraum und als einen wichtigen, in Nord-Süd-Richtung verlaufenden innerstädtischen Grünzug zu erhalten. Hierfür sprachen und sprechen Gründe der Landschaftspflege und des Naturschutzes sowie des Klimaschutzes, aber auch solche der Stadtgestaltung, gewährt doch das Schürener Feld einen weiten Blick in die Landschaft bis hin zum Ardeygebirge. An dieser positiven Gesamtsituation haben auch die Straßenneubauten an seinem nördlichen Rand nichts geändert.</p> <p>Im Prinzip ist der Fortbestand des Schürener Feldes als Freiraum gesichert, da es innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes liegt und weite Teile über Bebauungspläne als Ausgleichsflächen (die als Kompensation für Eingriffe an anderer Stelle dienen) festgesetzt sind.</p>	Bestehende Ausgleichskosten über Eingriffsverursacher abgesichert. Ansonsten keine finanziellen Auswirkungen.
I_60_02	Können Sie nicht eine Kampagne machen gegen das Salzstreuen. Sie glauben nicht, wie viele das Unkraut damit ausmerzen und damit auch die Pflanzen in Gärten, auf Beeten und die Bäume kaputt machen. Viele schütten auch Putzwasser auf die Baumspiegel oder gar Unkrautvernichter. Dagegen sollte vorgegangen werden.			<p>Der Einsatz von Streusalz ist in der städtischen Straßenreinigungssatzung geregelt. Dort heißt es in § 2 und § 4:</p> <p>"Auf Gehwegen ist bei Eis- und Schneeglätte zu streuen, wobei die Verwendung von Salz oder sonstigen auftauenden Stoffen grundsätzlich verboten ist, ihre Verwendung ist nur erlaubt</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- in besonderen klimatischen Ausnahmefällen (z.B. Eisregen), in denen durch Einsatz von abstumpfenden Mitteln keine hinreichende Streuwirkung zu erzielen ist,</li> <li>- an gefährlichen Stellen an Gehwegen, wie z.B. Treppen, Rampen, [...].</li> </ul> <p>Baumscheiben und begrünte Flächen dürfen nicht mit Salz oder sonstigen auftauenden Materialien bestreut, salzhaltiger oder sonstige auftauende Mittel enthaltener Schnee darf auf ihnen nicht gelagert werden.</p> <p>Für den Vollzug der Straßenreinigungssatzung sowie für die Pflege von Straßenbäumen und Baumscheiben ist das städtische Tiefbauamt zuständig.</p>	Keine

## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
	<b>Fachbereich 61</b>				
I_61_01	Verbesserung der Fahrradwege --> deutlichere Kennzeichnung der Wege, gerade im Bezug zum auftreten von Konflikten mit PKWs.	x		Die Radwege sind im Allgemeinen deutlich erkennbar, Beschilderung und Markierungen sind vorhanden. Die Markierungen wären an einigen Stellen zu erneuern. Beschwerden sind bisher nicht aufgetreten. Verkehrsüberwachung und Polizei melden Radwegabschnitte, wenn diese aufgrund fehlender Erkennbarkeit oder Ausschilderung nicht mehr als Radweg erkennbar sind.  Eine generelle Rotmarkierung von Radwegen ist wegen der Eigenschaften oder des Zustandes mancher Straßenbeläge nicht haltbar aufzubringen.	Eine generelle Rotmarkierung von Radwegen ist nicht finanzierbar.  Die Ausgaben zur Erneuerung von Radweg-Markierungen (i. d. R. Fahrradpiktogramme) sind im laufenden Haushalt vorhanden.
I_61_02	Überprüfung des Radwegenetzes auf Fehlstellen und unklare Stellen: z.B. Freigabe der Radwege entlang der B1 in beide Richtungen, Überprüfung der Haltestreifen an Ampeln für Radfahrer (oft nicht vorhanden).	x		<u>zu Radwegenetz</u> Das Radwegenetz ist auf der Dortmunder Seite im Internet abgebildet, sodass Lücken erkennbar sind. Eine Freigabe von Radwegen entlang der B1 in beiden Richtungen ist aufgrund fehlender Breiten nicht möglich. Sogenannte 'unklare Stellen' sind bisher nicht mitgeteilt worden. Eine systematische "Überprüfung auf Fehlstellen und unklare Stellen" ist mit eigenem Personal kaum zu leisten. Mitgeteilten Mängeln wird nachgegangen.  <u>zu Haltestreifen an Ampeln</u> Wenn im Einzelfall Haltestreifen (Haltlinie) fehlen, so werden (bzw. wurden) diese angebracht. Hier könnten Aufstellkästen gemeint sein. Diese setzen eine Überarbeitung der Signalsteuerung und teilweise auch die Verlegung von Anforderungsschleifen voraus.	<u>zu Radwegenetz</u> Wenn Lücken aufgezeigt werden, sind wir im jetzigen Stadium kaum in der Lage, Lückenschluss zu erzielen; meist geben die räumlichen Situationen dies nicht her. Soweit sich die Stellungnahme auf Lückenschlüsse bezieht. Sofern Kleinigkeiten bis hin zu Schlaglöchern gemeint sind, können diese i. d. R. im Rahmen vorhandener Unterhaltungsmittel behoben werden.  <u>zu Haltestreifen an Ampeln</u> Die Ausgaben für Haltlinienmarkierungen sind im laufenden Haushalt vorhanden. Für die Einrichtung von Aufstellkästen fehlen bereits die planerischen Ressourcen.
I_61_03	Ausbau der Radwege, insbesondere breitere Fahrradspuren auf stark befahrenen Straßen.	x		Es handelt sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Das Stadtplanungs- und Bauordnungsamt ist für die Planung zuständig, die Umsetzung erfolgt im Anschluss gegebenenfalls durch das Tiefbauamt.	Zur Planung von Maßnahmen sind aktuell lediglich 50.000 Euro für das gesamte Stadtgebiet pro Jahr vorhanden. Im Rahmen der Infrastrukturoffensive sollen die Mittel aufgestockt werden.
I_61_04	Fahrradwege-Netz verbessern.	x		Vgl. Ifd. Nr. I_61_03	Vgl. Ifd. Nr. I_61_03
I_61_05	Mehr öffentliche Sitzgelegenheiten und WC-Häuschen.	x		Zusätzliche Sitzmöglichkeiten werden bei Stadterneuerungsmaßnahmen eingeplant und umgesetzt. In Hörde wird das Konzept "Nette Toilette" als Alternative zur fehlenden öffentlichen Toilette erprobt.	Bereits im Haushalt geplant.
I_61_06	Ausbau 236 und eine schnellere Anbindung in der Ost-West Route.		x	Der Ausbau der B 236 auf Dortmunder Stadtgebiet ist abgeschlossen. Wenn mit "Ost-West-Route" die L663n gemeint ist: Bei der L663n handelt es sich um eine Landesstraße. Das Land stellt der Stadt Dortmund bislang keine Mittel zur Erstellung der Planung zur Verfügung.	

## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
I_61_07	Barrierefreie Pflasterung bzw. Pflaster, das ohne Sturzgefahr begehbar ist, keine "Steckenbleibe-Fallen" für schmale Absätze hat und das Gehen mit dünnen Sohlen nicht zum unangenehmen Erlebnis macht. Negativbeispiele in der Innenstadt: Weg hinter der Botta-Bibliothek (!), Hansaplatz und seine Zugänge, Übergang Reinoldikirchplatz zum Ostenhellweg.	x		Im Rahmen der Stadterneuerungsmaßnahmen findet dies bereits Berücksichtigung.	Bereits im Haushalt geplant.
I_61_08	Nicht die Innenstadt neu pflastern.			Im Rahmen der Stadterneuerungsmaßnahmen werden Fußgängerbereiche nur neu gepflastert, wenn dies aus funktionalen oder gestalterischen Gründen erforderlich ist (inklusive Förderung bis zu 80 %).	
I_61_09	Änderung der Verkehrsführung Borsigplatz (Untertunnelung zwischen Brackler Straße und Mallinckrodtstraße und Änderung zur Innenstadt).		x	Nicht finanzierbar und städtebaulich unvertretbar sowie verkehrstechnisch nicht sinnvoll, da der Tunnel viele Verkehrsbeziehungen nicht bedienen kann.	Keine
I_61_10	Untertunnelung der B1		x	Vgl. Ifd. Nr. I_61_09	Keine
I_61_11	Auf heutigen Stand Erneuerung des Bahnhofes. Ein absolutes dreckiges, kaputtes, stinkendes, angsteinflößendes Dreckloch. Kein Vorzeigeprojekt! Einfach nur peinlich für Dortmund!	x		Neuer Planfeststellungsbeschluss wird vorbereitet. Zuständigkeit liegt beim Landesbetrieb Straßen NRW.  Die Deutsche Bahn AG (DB AG) hat in einem ersten Schritt das Empfangsgebäude umgebaut und modernisiert. Diese Maßnahme wurde 2011 abgeschlossen. Die DB AG beabsichtigt ab 2017 den 2. Bauabschnitt des Hauptbahnhofumbaus zu beginnen. Das Vorhaben beinhaltet den Ausbau der Verkehrsstation für zukünftige Personenströme in mobilitätsgerechter Ausstattung. Neben einer Aufweitung des DB-Personentunnels soll dieser barrierefrei durch eine sogenannte Mall auf der Nordseite mit dem Stadtbahntunnel verbunden werden. Im DB-Personentunnel werden Aufzüge zu den Bahnsteigen führen. Mit den vorbereitenden Maßnahmen für den Umbau und die Erweiterung der Stadtbahnanlage Dortmund Hauptbahnhof ist in 2014 durch die Stadt Dortmund begonnen worden. Nach Abschluss aller Maßnahmen wird es auch eine weitere Entwicklung des Bahnhofumfeldes mit Neugestaltung der Bahnhofsvorplätze und Verlagerung des Zentralen Omnibusbahnhofes auf das Gelände der ehemaligen Güterabfertigung geben.	Zur Zeit nicht bezifferbar. Die Stadt ist aber in jedem Fall bei den Anschlusspunkten und - in erheblichem Maße - beim Rückbau der Oberfläche finanziell beteiligt.  Der Umbau der Stadtbahnanlage ist etatisiert. Für den Umbau der Verkehrsstation ergeben sich absehbar keine Auswirkungen, da dies Aufgabe der DB AG ist. Die Entwicklung des nördlichen Bahnhofumfeldes muss in die Finanzplanung ab 2022 eingestellt werden.
I_61_12	Radwege ohne Huckel			Vgl. Ifd. Nr. I_61_03	Vgl. Ifd. Nr. I_61_03
I_61_13	Bitte mehr kostenlose WC zur Verfügung stellen.	x		Vgl. Ifd. Nr. I_61_05	Bereits im Haushalt geplant.
I_61_14	Ausbau von Fahrradwegen			Vgl. Ifd. Nr. I_61_03	Vgl. Ifd. Nr. I_61_03
I_61_15	B1-Untertunnelung			Vgl. Ifd. Nr. I_61_09	
I_61_16	Radwegenetzausbau			Vgl. Ifd. Nr. I_61_03	Vgl. Ifd. Nr. I_61_03
I_61_17	Verbesserung des Radwegenetzes innerhalb der Stadt.( sehr dringend) Bevor der Radschnellweg gebaut wird,sollten alle Radwege in der City verbessert werden.Es würden sehr viel Bürger vom PKW auf's Rad umsteigen.Die großen Vorteile brauch man im Einzelnen nicht zu erklären. außerdem: Preissenkungen bei Kurzstrecken mit Strassen oder S - Bahn. z.B. bei 2 bis 3 Stationen.			Das Radwegenetz gerade im Umfeld der City ist in Dortmund bereits gut entwickelt und wird - als Daueraufgabe - kontinuierlich verbessert. Die City selbst ist Tempo 30 Zone, die STVO (Straßenverkehrsordnung) verbietet hier eigene Radwege. Für Tarife für Öffentliche Verkehrsmittel ist der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr zuständig.	
I_61_18	in der City mehr Sitzgelegenheiten	x		Zusätzliche Sitzmöglichkeiten werden bei Stadterneuerungsmaßnahmen eingeplant und umgesetzt.	Bereits im Haushalt geplant.

## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
I_61_19	<p>Mehr Ruhebereiche und Bänke (verbesserte Infrastruktur) Mit der Ausbreitung der Außen-Gastronomie sind mehr und mehr die Bänke verschwunden. Doch nicht jeder möchte gleich etwas essen oder trinken, nur um sich einen Moment auszuruhen. Eine menschenfreundliche Stadt sollte auch in ausreichender Menge (grüne) Ruhebereiche und Sitzmöglichkeiten bieten, sowohl an Straßen und Plätzen als auch in U-Bahn-Wartebereichen.</p> <p>Sinnvoll ist die Ausstattung mit Bänken, die witterungsbeständig, umweltfreundlich und angenehm in der Nutzung sind: Das Gestell könnte z.B. aus Metall sein, die Sitzbänke aus günstigen Recycling-Kunststoff-Planken. Diese sind leicht zu säubern, günstig zu erneuern und kosten keine wertvollen sauerstoff-spendenden Bäume. Holz ist außerdem sehr witterungsanfällig und muss regelmäßig gestrichen oder erneuert werden, was wieder Geld und Bäume kostet. Metall-Sitzflächen fühlen sich immer kalt an und werden daher vielfach gemieden.</p>	teilweise		<p>Der Rat der Stadt Dortmund hat beschlossen, dass im Bereich der Innenstadt Bänke des Modells Citybank aufgestellt werden (Ausnahme: Die Kampstraße wird mit dem von Prof. Fritschi im Wettbewerbsverfahren entwickelten Banktyp ausgestattet). Die Bänke sind unter anderem schon in der Hansastraße und auf dem Platz von Hiroshima platziert worden. Bänke mit Recycling-Kunststoff-Planken passen nicht in das angestrebte Konzept für eine gestalterisch einheitliche Möblierung der City.</p>	Die Finanzierung erfolgt aus dem Etat der Bezirksvertretung oder im Rahmen des Umbaus von Straßen.
I_61_20	Radinfrastruktur für Berufsverkehr			Vgl. Ifd. Nr. I_61_03	Vgl. Ifd. Nr. I_61_03
I_61_21	Für den Bürger, insbesondere zu Fuß gehende nützliche, praktische Maßnahmen bauen, z.B. eine direkte, kurze barrierefreie/behindertengerechte Verbindung vom Schildplatz auf die Hörder Brücke statt solcher Schönheitsmaßnahmen wie am F.-Ebert-Platz.		x	<p>Das Teilprojekt "Umgestaltung Friedrich-Ebert-Platz" und ähnliche erfolgen im Rahmen der Gesamtstadterneuerungsmaßnahme "Stadtumbau Hörde-Zentrum" und lassen sich nicht von allen anderen Maßnahmen zur Neu- und Umgestaltung des Ortskerns trennen. Hier steht das Gesamtbild und die gesamte (geförderte) Aufwertung des Hörder Zentrums im Vordergrund. Da für die Maßnahmen die Zuwendungsbescheide seit einigen Jahren vorliegen und die Arbeiten bereits begonnen haben, ist eine Einsparung hier als "nicht umsetzbar" einzuordnen und im Rahmen des Gesamtbildes auch nicht sinnvoll.</p>	Hierbei handelt es sich um eine bereits laufende und zum Teil abgeschlossene Maßnahme.
I_61_22	Oder Trampelpfade ausbauen statt teurer überdimensionierter Autostraßen. Ich kann es nicht mehr hören, dass für den Ausbau von Trampelpfaden kein Geld da ist, Verschönerungen an Grünflächen (zwischen Seekante und Bollwerkstr.) aber 100-150 Tsd. € kosten.		x	<p>Das Teilprojekt "Umgestaltung Seekante" erfolgt im Rahmen der Gesamtstadterneuerungsmaßnahme "Stadtumbau Hörde-Zentrum" und lässt sich nicht von allen anderen Maßnahmen zur Neu- und Umgestaltung des Ortskerns trennen. Hier steht das Gesamtbild und die gesamte (geförderte) Aufwertung des Hörder Zentrums im Vordergrund. Da für die Maßnahmen die Zuwendungsbescheide seit einigen Jahren vorliegen und die Arbeiten bereits begonnen haben, ist eine Einsparung hier als "nicht umsetzbar" einzuordnen und im Rahmen des Gesamtbildes auch nicht sinnvoll.</p>	Hierbei handelt es sich um eine bereits laufende und zum Teil abgeschlossene Maßnahme.

## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
I_61_23	Straßenbahn auf dem Hellweg gegen Busse ersetzen.		x	<p>Auf dem Hellweg (der Ost-West-Strecke) werden Stadtbahnen des Typs NGT8 eingesetzt, die eine Kapazität von 185 Fahrgästen pro Wagen aufweisen, davon 71 Sitz- und 114 Stehplätze. In der Regel fahren Zwei-Wagen-Züge mit einer Kapazität von zusammen 370 Fahrgästen pro Zug. Ein Gelenkbus fasst 111 Fahrgäste (49 Sitz- und 62 Stehplätze). Um die gleiche Kapazität mit Bussen anbieten zu können, werden rechnerisch 3,33 Gelenkbusse benötigt. Die Stadtbahn fährt zwischen Brackel und der Innenstadt im 5-Minuten-Takt und bietet so in der Regel stündlich bei zwölf Fahrten pro Richtung 4.440 Plätze an. Um dies mit Bussen abzuwickeln sind stündlich ca. 40 Busfahrten pro Richtung notwendig. Zu beachten ist hierbei, dass bei der Stadtbahn zwölf Fahrpersonale benötigt werden, während beim Bus 40 Fahrpersonale notwendig sind. Zudem liegen die bisher getätigten Investitionen (z. B. Innenstadt-Tunnel, zweigleisiger Ausbau der Ortsdurchfahrt Asseln) dann brach.</p>	<p>Aufgrund des höheren Betriebsaufwandes ist mit erheblichen Mehrkosten zu rechnen. Zudem sind eventuelle Fördermittel (z. B. für den Innentadtunnel) zurückzuzahlen.</p>
I_61_24	Verkürzung div. Bustakte auf 10 Minuten.	x		<p>Nur nachfragestarke Hauptachsen des Busnetzes in Dortmund werden heute im 10-Minuten-Takt bedient (Linien 440 und 450). Auf weiteren stärker nachgefragten Linien wird ein 20-Minuten-Takt angeboten (z. B. die Linien 420, 423, 441, 442, 462, 465, 466, 470, 471, 480, 482). Auf einigen Linienabschnitten ergibt sich durch Linienüberlagerungen ebenfalls ein 10-Minuten-Takt bei entsprechender Nachfrage. Nicht überall im Busnetz in Dortmund ist mit einer Taktverdichtung auf einen 10-Minuten-Takt mit einer entsprechende Fahrgaststeigerung zu rechnen, so dass sich die Investitionen für zusätzliche Busse und Fahrer nicht lohnen würden.</p>	<p>Inwieweit Mehrerträge den Mehraufwand decken, ist nicht ohne Weiteres abzusehen.</p>

Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
I_61_25	Die Busverbindungen zuverlässiger machen, (Bevorrechtigung an Ampeln), dann fahren mehr Leute mit dem Bus und das Defizit der DSW nimmt ab. (Steigert auch Einnahmen der Stadt)	x		<p>DSW21 hat in den vergangenen Jahren im Rahmen der Kooperation östliches Ruhrgebiet (KÖR) gemeinsam mit BOGESTRA und HCR ein rechnergestütztes Betriebsleitsystem (RBL) aufgebaut. Das RBL-System mit Leitzentrale, dynamischer Fahrgastinformation sowie Anslussermittlung und -sicherung verfügt auch über die Möglichkeit zur Signalbevorrechtigung (Vorrang des ÖPNV). Zur Umsetzung bedarf es auf städtischer Seite der Schaffung der infrastrukturellen Voraussetzungen an den Lichtsignalanlagen. Dann können zukünftig zahlreiche Ampelanlagen in Dortmund vom Fahrzeug dahingehend beeinflusst werden, dass der (verspätete) Bus an der Kreuzung Vorrang erhält. Ziel ist, dass alle Busse eine Vorrangschaltung erhalten, so dass neben der höheren Zuverlässigkeit auch eine Fahrzeitreduktion und damit attraktive Reisezeiten ermöglicht werden.</p> <p>Nachdem DSW21 kontinuierlich fahrzeugseitig die Einführung dieses Systems für den Busbereich vorbereitet sowie die Betriebsleitzentrale erweitert hat, setzt die Stadt jetzt mit der Ausrüstung der Lichtsignalanlagen auf entlang der Buslinie 440 die Systementwicklung im Hinblick auf die optimierte Steuerung des Busverkehrs fort (Fußnote 1). Alle Arbeiten an Lichtsignalanlagen und die mitunter erforderlichen baulichen Veränderungen an Kreuzungen werden von der Stadt Dortmund geplant und gebaut.</p> <p>Die Linie 440 ist die am stärksten belastete Buslinie von DSW21. Als Stadtteil verbindende Tangentiallinie weist sie zahlreiche Verknüpfungspunkte mit anderen Buslinien sowie mit der Stadtbahn, mit dem Eisenbahnverkehr und der H-Bahn auf. Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Anschlusssicherheit der Linie 440 sind daher insbesondere für die Umsteiger entscheidende Qualitätsmerkmale. Im Linienverlauf gibt es darüber hinaus mehrere Abschnitte mit Linienbündelungen, so dass auch weitere Buslinien von den Beschleunigungseffekten profitieren. Neben der Linie 440 sollen künftig weitere Linien beschleunigt werden. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften der Stadt Dortmund hat mit Beschluss am 08.05.2014 der Beschleunigung der Buslinien 420 und 462 zugestimmt. Für weitere Linien läuft der Abstimmungsprozess zwischen der Verwaltung und den Verkehrsunternehmen.</p> <p>Mit dem rechnergestützten Betriebsleitsystem (RBL) von DSW21 wird die Attraktivität des Busverkehrs in Dortmund nachhaltig gesteigert. Dies wird vor allem durch eine Verbesserung derjenigen Qualitätsmerkmale erreicht, die von den Fahrgästen als besonders wichtig bewertet werden: Pünktlichkeit, Anschlusssicherheit und Fahrgastinformation. Aufgrund der durch die Attraktivitätssteigerung erwartbaren Fahrgastzuwächse kann mit einer Verbesserung des finanziellen Ergebnisses der DSW21 gerechnet werden, je schneller alle Buslinien in den Genuss des Beschleunigungssystems kommen. Eine überproportionale Fahrgastzunahme kann auf Linien mit großen Taktabständen (20' oder 30'-Takten) und Umsteigezwängen zur Stadtbahn erwartet werden.</p>	Aufgrund der durch die Attraktivitätssteigerung erwartbaren Fahrgastzuwächse kann mit einer Verbesserung des finanziellen Ergebnisses der DSW21 gerechnet werden, je schneller alle Buslinien in den Genuss des Beschleunigungssystems kommen.



## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
I_61_26	Nachfrage und Angebot aufeinander abstimmen. Z. B. im Nahverkehr. Warum zu "Stoßzeiten" nur eine Straßenbahn fahren lassen und nicht zwei und dafür kleine Verkehrsmittel auf weniger genutzten Strecken einsetzen. (Auch hier Beispiel Lünen!)	x		Sowohl bei Bus und Stadtbahn (kommunale Aufgabenträgerschaft und Verantwortung) als auch beim Eisenbahn-Regionalverkehr bzw. beim S-Bahn-Verkehr wird die Nachfrage regelmäßig überprüft. Beim Stadtbahnverkehr sind derzeit in den Spitzenzeiten alle Fahrzeuge im Einsatz, so dass dort, obwohl aufgrund der Nachfrage eine Verstärkung mit zusätzlichen Fahrzeugen notwendig erscheint, aufgrund fehlender zusätzlicher Fahrzeuge diese nicht möglich ist. Im Busverkehr werden zusätzliche Verstärkerfahrten nach jeweiliger Möglichkeit eingefügt. Zum Teil werden derzeit schon kleinere Fahrzeuge auf nachfrageschwächeren Linien eingesetzt (z. B. Linien 473 und 477). Für den Eisenbahnverkehr ist der VRR zuständig. Hier sind die Einflussmöglichkeiten der Stadt Dortmund eingeschränkt. Allerdings wird auf eventuelle Missstände von Seiten der Stadt gegenüber dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr hingewiesen.	Inwieweit Mehreinnahmen den Mehraufwand decken, ist nicht ohne Weiteres abzusehen.
<b>Fachbereich 65</b>					
I_65_01	Renovierung von Dortmunder Schulen.			Die verschiedenen Renovierungsmaßnahmen an Schulen fließen nach Abstimmung mit dem Eigentümer und des Nutzers in die gesamtstädtische Prioritätenliste sämtlicher Hochbaumaßnahmen für das Jahr 2015 ein. Diese wird dem Rat der Stadt Dortmund am 11.12.2014 vorgelegt.	
<b>Fachbereich 66</b>					
I_66_01	Dass bei Phoenix-West Hörde die hinteren Absperrungen (Pfähle) wieder entfernt werden. Für Menschen mit Behinderung war dies ein geeigneter Platz. Parkmöglichkeiten sind gegeben. Abfalleimer sind oder waren aufgebaut. Für uns, also Menschen mit körperlichen Einschränkungen, war es immer ein schönes Plätzchen Natur gewesen, wo man sich treffen konnte - zwecks Unterhaltung und kleinen Spaziergängen. Auch Hundebesitzer kamen dort hin und wir waren irgendwo alle im Einklang. Es sollte nur ein Kompromiss mit den Treffen der Auto Tuner geben!! Es sind ja nicht alle davon Raser oder Umweltverschmutzer. Ja, die abgesperrte Region auf Phoenix-West war trotz der aufgestellten Mülleimer/Abfalleimer von einigen Autotunern zugemüllt worden. Hab dort einige Fotos von dem Chaos geschossen. Schlimm. Aber was können wir Leute mit Behinderungen oder Hunden dafür? Wie wäre es denn mit einer abschließbaren Schranke auf dem Gebiet? Oder um Kosten zu sparen, dass man 2-3 Pfosten umklappen kann (per Schlüssel-Schloss). Sodass man des morgens dort mit dem PKW hinein fahren kann. Per Schildhinweis muss natürlich auf Öffnung und Abschließzeiten hingewiesen werden. Gibt doch genügend Stadtfahrzeuge, die ihre Tour eh auf dieser Strecke/Streckenabschnitt haben und sich um diese Aufgabe kümmern könnten. Und das ohne Mehraufwand/Kosten.			Der abgesperrte Bereich war faktisch kein Parkplatz, sondern wurde nur als solcher geduldet. Ausreichend Stellplätze bestehen weiterhin entlang der Straßen. Sobald die weitere Bebauung und die Straßenwidmung erfolgt ist, wird die Absperrung auch wieder aufgehoben.  Für einen solchen Schließdienst fehlen die personellen Mittel.	
I_66_02	Sanierung der Straßen allgemein. Insbesondere: - Brackeler Hellweg Richtung Wambel rechte Spur und vor dem Rewe & Tedilager! - Zeche-Norm-Straße			Verweis auf die Infrastrukturoffensive (Vorlage für den Rat der Stadt Dortmund mit der Drucksache-Nr.13215-14): Die Stadt Dortmund wird in den nächsten Jahren verstärkt in die Verbesserung und den Erhalt von Straßen und übrigen Infrastruktureinrichtungen investieren.	

## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
I_66_03	Eine weitere Vernachlässigung der bestehenden Infrastruktur muss vermieden werden. Dies käme mittelfristig teurer als eine vernünftige Unterhaltung / Instandhaltung.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_04	Reparatur der Dortmunder Straßen.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_05	Keine Baustellen mehr um Straßen zu erneuern.			Dieser Vorschlag ist nicht verständlich.	
I_66_06	Straßen sanieren.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_07	Abschaffung der Parkautomaten und Umstellung auf Parkscheiben. Mindereinnahmen durch wegfallenden Verwaltungsaufwand für Leerung, Unterhalt der Automaten kompensieren und dadurch Erhöhung der Begeisterung bei Kunden und Bürgern in City und Vor-Ort-Cities.		x	Nur mittels Parkraumbewirtschaftung lässt sich das Ziel erreichen, einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern das Parken im bewirtschafteten Bereich zu ermöglichen.	
I_66_08	Dazu reicht die Seite nicht aus! Straßen, Straßen, Straßen.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_09	Mehr Kreisverkehre - weniger Ampeln.			Falls ausreichend Fläche vorhanden ist, wird bereits die Einrichtung eines Kreisverkehrs vorrangig vor einer Kreuzungssignalisierung geprüft und falls möglich auch umgesetzt.	
I_66_10	Wichtig sind die Straßen. Die sind in einem katastrophalen Zustand.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_11	Auf vielen Strecken hat man innerhalb von wenigen hundert Metern unterschiedliche Geschwindigkeitsangaben. Entweder die Strecken reparieren oder den "Schilderwald" optimieren.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_12	Bessere Strassen.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_13	Fahrbahnen erneuern und ausbessern.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_14	Die Straßen reparieren.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_15	Straßen reparieren.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_16	Straßen erneuern.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_17	Straßenbeläge erneuern.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_18	Rückbau der Fahrbahn Wall auf 3 Spuren in eine Richtung.			Dieser Vorschlag ist nicht verständlich.	
I_66_19	Straßenzustand. Es sollte ein "Langsamfahr-Kataster" eingeführt werden. Aus diesem ist ersichtlich wie lange die Stadtverwaltung braucht um Straßenschäden zu beseitigen. Es wird in Tagen und je Straße gemessen wann herabgesetzte Verkehrs-Geschwindigkeiten (z.B. von 50 km/h auf 30 km/h)nach Reparatur wieder heraufgesetzt wurden. Dieses kann den Verwaltungsspitzen als Durchschnittswert und politisch zu erreichender Zielwert vorgegeben werden (analog dem Ziel unter 10% Arbeitslosigkeit).	x		Hierbei handelt es sich um eine Daueraufgabe der Verwaltung. Im zuständigen Fachbereich Straßenunterhaltung besteht eine Straßendatenbank. Diese enthält eine Zustandsbeurteilung aller Straßen auf dem Dortmunder Straßengebiet, klassifiziert nach Schulnoten von eins bis sechs. Die kritischen Straßen befinden sich im Notenbereich fünf und sechs. Das Dortmunder Straßennetz hat eine Länge von rund 1.800 km. Der Anteil der kritischen Straßen liegt derzeit bei 153 km also etwa bei 9 %. Die Zielsetzung ist es, diesen Wert kontinuierlich abzusenken (Zielrichtung: 0 %). Dabei muss festgestellt werden, dass trotz der Quote die Verkehrssicherheit im technischen und juristischen Sinn im gesamten Straßennetz gegeben ist. Diese Werte sind auch den politischen Gremien bekannt. Ab dem Haushaltsplan 2015 ff. ist daher eine Infrastrukturoffensive geplant.	Im derzeitigen Haushaltsplan 2014 und im zukünftigen Haushaltsplan 2015 berücksichtigt.
I_66_20	Straßen			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_21	Straßenbau			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_22	Straßen und Bürgersteige sanieren.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_23	Gibt es im Stadtgebiet Dortmund noch einen Kilometer Straße, Fußweg oder Radweg, welche noch in Ordnung sind? Ausnahme Prestigeobjekte, siehe Phönixsee.			Ja. Rund 10 % des etwa 1.800 km großen Straßennetzes sind sanierungsbedürftig.	
I_66_24	Ich, 70 Jahre alt, sehe es als sehr notwendig an, die Pflastersteine auf den Bürgersteigen zu ebnen. Es ist viel Glück dabei, abends die Wohnung unversehrt zu erreichen.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	

## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
I_66_25	Diesen Unsinn mit dem Radwegbau im Süden schnell auf den Müll mit dem Idiotenplan. Vom Geld Straßen reparieren!!!			Es ist nicht erkennbar, welcher Radwegebau im Süden gemeint ist. Fahrradfahrer/innen werden immer einen entsprechenden Ausbau begrüßen. Autofahrer/innen sehen vielfach in dem Ausbau des Radwegenetzes keinen Sinn.	
I_66_26	Ausbau der Stadtbahnlinie U41 bis Höchst.	x (teilweise)		Es ist gemäß Stadtbahnentwicklungskonzept eine Verlängerung der U41 von Do-Hörde nach Benninghofen Overgünne vorgesehen. Die Linie U41 soll aus der Abstellanlage Clarenberg heraus entwickelt, die Straße An der Goymark unterquert und das Marksachtal überquert werden. Die weitere Führung auf besonderem Bahnkörper folgt dem Straßenverlauf der Albingerstraße, die Endstelle liegt südlich der Straße Overgünne. Eine weitere Oberflächenhaltestelle soll zwischen den Einmündungen der Bojerstraße liegen. Der volkswirtschaftliche Nutzen dieser Maßnahme Nutzen-Kosten-Quotient (NKQ) wurde mit 1,3 überschlägig ermittelt. Der Projektvorschlag bedarf allerdings unter besonderer Würdigung der Auswirkungen einer Verlegung der unterirdischen Abstellanlage Clarenberg und der Verknüpfung der Buslinien an der Overgünne noch einer weiteren Qualifizierung. Eine weitere Fortführung nach Höchst erscheint aufgrund der Topographie hinsichtlich der Erreichung eines für die Förderung zwingend notwendigen, positiven NKQ ambitioniert.	Ca. 16 Mio. € (Variante bis zur Overgünne, Stand: 2009)
I_66_27	Ausbau U49 bis Wellinghofen.	x		Es ist gemäß Stadtbahnentwicklungskonzept eine Verlängerung der U49 von Hacheney bis zur Godekinstraße vorgesehen. Die Trasse verläuft südlich um die vorhandene Bebauung der Glückaufsegenstraße, quert die B54 niveaufrei und verläuft durch das Gelände der ehemaligen Zeche Crone in Richtung Kreuzung Preinstraße/Zillestraße. Von dort führt die Trasse im Tunnel östlich parallel der Preinstraße bis unter den alten Ortskern von Wellinghofen. Im weiteren Verlauf bleibt die Trasse in Tieflage mit offenen und geschlossenen Abschnitten. Mit dieser Maßnahme sind der Neubau der Haltestelle Hacheney südlich des Hacheneyer Kirchwegs, der Bau zweier Bahnhöfe an der Kreuzung Preinstraße/Zillestraße und im Ortskern am Markt sowie die Endhaltestelle an der Godekinstraße geplant. Das Vorhaben ist in einer Standardisierten Bewertung mit einem NKQ von 1,34 positiv bewertet worden. Am 21.07.2011 hat der Rat die Verwaltung beauftragt, die Stadtbahn- und ÖPNV-Planungen in diesem Raum weiter zu qualifizieren.	Ca. 67 Mio.€ (Stand: 2005)

## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
I_66_28	Ein anderer Punkt, der stark verbesserungswürdig ist, ist die Pflege der Grünanlagen im Stadtgebiet. Ich wohne in der Innenstadt und gehe regelmäßig z. B. am Stadtgarten, am Stadttheater oder auch an den Rosenterrassen vorbei. Dabei fällt auf, dass die dortigen Beete und Grünanlagen zunehmend "verkommen", wo sie doch eigentlich Aushängeschilder der Stadt sein sollten. Auswärtige Besucher des Stadttheaters oder auch der Westfalahallen und des Signal-Iduna-Parks bzw. Borusseums oder der neuen Fan-Welt können jedenfalls nur einen negativen Eindruck von Dortmund bekommen, wenn sie die stark vernachlässigten Grünanlagen sehen. in der 37. KW waren mal Gärtner in den Rosenterrassen zu sehen. Aber dort nur ein oder zweimal im Jahr jemanden hinzuschicken kann einfach nicht reichen!	teilweise	teilweise	Die Pflege des Stadtgartens ist in Ordnung. Die Pflege der Beete am Stadttheater wurde veranlasst und wird intensiviert. Die Rosenterrasse wird derzeit überarbeitet. Eine Erhöhung der Standards im gesamten Stadtgebiet ist nicht realisierbar.	Eine Standarderhöhung würde einen erhöhten finanziellen Aufwand bedeuten.
I_66_29	Erneuerung der Straßen			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_30	Tempo 60 auf der B1! Mindestens!		x	Tempo 50 gilt auf der B1, um Verkehrsgefahren zu minimieren, den Schadstoffausstoß zu verringern und gleichzeitig die Lärmentwicklung für die Anlieger zu begrenzen. Ein Einsparpotential ist durch den Vorschlag nicht erkennbar.	Nicht bezifferbar.
I_66_31	Straßen reparieren.			Vgl. Ifd. Nr. I_66_02	
I_66_32	Verbesserung der Straßen (Schlaglöcher) Kreis Brüninghausen/Barop			Durch regelmäßige Kontrollen und bedarfsweiser Reparaturen wird die Verkehrssicherheit erhalten. Für eine weitergehende Prüfung ist der Vorschlag zu unkonkret.	
I_66_33	Straßen, auch Nebenstraße, die besser für Radfahrer geeignet sind als Hauptstraßen, instandsetzen. Beispiel: die kaputte Straße Robert-Koch-Str. am Ostfriedhof.			Die Straßen werden verkehrssicher gehalten. Dabei sind Prioritäten einzuhalten.	
I_66_34	Barrierefreie Zugänge zu den Straßenbahnhaltestellen an der B1/ Westfalendamm, mit hohen Kosten wird die B1 für die Stadtbahn untertunnelt, was aber letztlich mehr dem Autoverkehr als dem ÖPNV dient	x		Die Stadtverwaltung verfolgt den Auftrag des Rates der Stadt Dortmund, ein Konzept zur Herstellung der Barrierefreiheit der B1-Haltestellen unter Berücksichtigung der Zuwegungssituation zu entwickeln. Daran wird in enger Abstimmung mit allen sachberührten Fachbereichen der Stadtverwaltung, DSW21 und Straßen.NRW gearbeitet.	Aufgrund des Konzeptstatus liegt hierzu derzeit noch keine belastbare Kostenermittlung vor.
I_66_35	Mäuerchen um Baumspiegel (Einsparung, verbesserte Infrastruktur) Seit einiger Zeit werden um die Baumspiegel herum keine Mäuerchen mehr angelegt. Die Baumspiegel und Bewuchs sind deshalb vermehrt verschiedensten zusätzlichen Nachteilen ausgeliefert: wintergestreutes und von Menschen drübergetretenes Salz kommt direkt mit dem Erdreich in Verbindung und schädigt den Bewuchs, Boden erodiert verstärkt... Kleine Mäuerchen können dem abhelfen, Die einmalige Ausgabe erspart auf Dauer Krankheiten von Bäumen oder Pflanzen und damit Neusetzungen. Außerdem wären solche Mäuerchen willkommene Ruheplätze zum Verweilen, besonders in der Innenstadt, die ohne Extrakosten das Image der Stadt aufwerten.			Die erwähnten Mäuerchen haben, wie die Praxis belegt, auch erhebliche Nachteile. Am Gravierendsten ist die Tatsache, dass die Bäume damit eine noch schlechtere Wasserversorgung haben als ohnehin schon alle Bäume im öffentlichen Straßenraum. Die Planung und Umsetzung ist teurer als ebenerdige Baumscheiben, außerdem kommt es durch unsachgemäß abgestellte Fahrzeuge des öfteren zur Zerstörung solcher Mauern. Zum Teil sind die Mäuerchen auch Stolperfallen im Bereich der öffentlichen Wege- und Gewässerflächen.	

## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
	<b>Fachbereich 70</b>				
I_70_01	Straßeninfrastruktur verbessern. Stichwort (Starkregen) Überflutungen!	x		Das Tiefbauamt der Stadt Dortmund hat im Rahmen der Infrastrukturoffensive zusätzliche Mittel für die Erneuerung und Erhaltung der Infrastruktur erhalten. Im Zeitraum von 2014 bis 2018 sind es insgesamt ca. 49 Mio. € So kann das Tiefbauamt in dem genannten Zeitraum alleine für die Straßengrunderneuerung ca. 27,5 Mio. € investieren. Die Investitionsoffensive beinhaltet zudem weitere Mittel für die Unterhaltung der Straßen und der Sinkkästen in Höhe von 7,75 Mio. € Von diesen Mitteln sind 4,6 Mio. € einzig für ein Sinkkästenprogramm eingeplant worden. Mit diesen Mitteln soll die Straßeninfrastruktur und damit auch die Straßenentwässerung wesentlich verbessert werden, um Starkregenüberflutungen zu minimieren.	Die finanziellen Mittel sind bereits im Haushaltsplan berücksichtigt. Es werden keine weiteren Auswirkungen auf den städtischen Haushalt erwartet.
I_70_02	Regelmäßige und gründliche Wartung des städtischen Kanalsystems, unter anderem Beseitigung von Wurzeleinflüssen und Reinigung von natürlichen Bachläufen. Siehe Überflutung 12.07.2014 im Dortmunder Westen.	x		Das städtische Kanalsystem wird entsprechend der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser (SüwVO Abw NRW) regelmäßig und gründlich gereinigt. Für die Gewässerunterhaltung ist eine Aufstockung des Rahmenvertrages und des Personals erforderlich.	150.000,- € für die Aufstockung der Maßnahmen bei der Gewässerunterhaltung
I_70_03	Angesichts des Starkregens, der in den letzten Wochen und Monaten (und nach Expertenmeinung ja auch immer häufiger in den nächsten Jahren) über Dortmund niedergegangen ist, wäre eine überaus sinnvolle Maßnahme, die Gullydeckel in der Stadt jährlich zu reinigen. Ich habe mir heute einmal die Mühe gemacht, den Gullydeckel auf der Straße vor unserem Haus zu reinigen, und würde sagen, dass er so "versottet" war, dass höchstens 50 % seiner Aufnahmekapazität zur Verfügung standen. Der Rest war mit im Laufe der Jahre total verklumpten Laubresten, Erde und sonstigem Müll verstopft, besonders natürlich die Ränder. Kein Wunder also, dass nach starken Regenfällen überall im Stadtgebiet riesige Pfützen um die Gullys herum zu finden sind. Ich denke, dass eine jährliche Reinigung im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Straßenreinigung hier einen großen Nutzen bringen könnte. Dies besonders im Hinblick auf stark abschüssige Straßen.	x		Ist bereits in dieser Form organisiert. Die Straßeneinläufe gehören zum Straßenkörper. Zuständig ist hier das Tiefbauamt der Stadt Dortmund. Die Stadtentwässerung arbeitet hier im Auftrag des Tiefbauamtes. Eine regelmäßige Reinigung/Spülung ist beauftragt. Jedoch können durch äußere Einflüsse, wie eben bei Starkregensituationen, die Einläufe durch abgeschwemmtes Oberflächenmaterial oder durch Laub zugesetzt werden, so dass die Funktion eingeschränkt ist. Darüber hinaus werden im Rahmen von Straßenneubauten/Straßenerneuerungen in kritischen Bereichen zusätzliche Einläufe versetzt.	Bereits in der Haushaltsplanung berücksichtigt.
	<b>Dezernat 7</b>				
	<b>Fachbereich 40</b>				
I_40_01	Bildungsbüro absichern.		x	Die pauschale inhaltliche Formulierung des Bürgervorschlags bietet keinen Ansatz für eine individuelle haushaltsrelevante Beurteilung.	Keine
I_40_02	Chancengerechtigkeit durch Bildung umsetzen.		x	Vgl. Ifd. Nr. I_40_01	Keine
I_40_03	Bessere Ausstattung der Schulen.		x	Vgl. Ifd. Nr. I_40_01	Keine
I_40_04	Schule statt Kultur: Umschichtung der Finanzmittel in eine moderne Infrastruktur an den Schulen.		x	Vgl. Ifd. Nr. I_40_01	Keine
I_40_05	Schulen		x	Vgl. Ifd. Nr. I_40_01	Keine

## Infrastrukturverbesserungen

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
	<b>Fachbereich 51</b>				
I_51_01	Außenplätze für Jugendliche, mehr und attraktiver - Spielplätze sind "tabu", Schulhöfe sind "tabu". Wo sollen/können die Jugendlichen hin?	x		Um Aufenthalte attraktiver zu gestalten gibt es eine Reihe von Maßnahmen: - Jugendforen zur Beteiligung bei Spielflächenplanungen, - Jugendbuden als Standorte in den Stadtbezirken, - Neuplanung von Jugendplätzen wie z.B. Blueplace in Hombruch und Scharnhorst. - Neuplanungen und Infrastrukturentwicklung im Rahmen von Fun- und Trendsportflächen (Mountainbikestrecken, Funbike, Skaterpoints und Parcourflächen etc. )durch das Büro für Kinder- und Jugendinteressen im Jugendamt.	Für die genannten Beispiele ist das Budget bereits im Teilergebnisplan des Jugendamtes enthalten.
	<b>Fachbereich 57</b>				
I_57_01	Kindergärten			Auf Basis der vorliegenden Informationen ist keine sachgerechte Bearbeitung bzw. Stellungnahme möglich.	

## Allgemein

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
	<b>Allgemeines</b>				
A_01	Sparen bei den großen Industriearbeitgebern und auch bei den Zeitarbeitsgesellschaften.				
A_02	Warum sollte ich darüber nachdenken. Wo die SPD ist, ist die Kasse leer.				
A_03	Blöde Befragung. SPD einsparen.				
A_04	Wozu diese Fragerei??? Euch fällt doch nur eines ein. Abgabenerhöhungen!!				
A_05	SPD da, Geld weg!				
A_06	OB einsparen!				
A_07	Wegfall der Sozialstaatsindustrie.				
A_08	Wegfall der Willkommenskultur für Mittelklasse.				
A_09	Städtische Putzfrauen sparen. Beamte können selbst Büros putzen.				
A_10	Ohne SPD ist Geld in der Kasse.				
A_11	Straßenfeste sparen.				
A_12	SPD-Versorgungspöstchen! - Weg mit den Schmarotzern. Auch von den Grünen!				
A_13	Keine höheren Einnahmen! Mit dem Geld auskommen. Sparen, Sparen, Sparen!				
A_14	Mehr Arbeit schaffen.				
A_15	Weniger Steuern.				
A_16	Sich selbst einsparen. Aber doch am Ende hat die Stadt einen genialen Plan. Abgabenerhöhungen!				
A_17	Weniger Bürokratie.				
A_18	SPD weg, Geld da!				
A_19	Umlegung der Einsatzkosten Polizei für Bundesligaspiele auf BVB.				
A_20	Der Rat möchte einfach nur seine Arbeit machen.				
A_21	Sofort: Blödsinn ausdenken. Zum Beispiel: Schwangere, die nicht rechts gehen 30 Euro. Natürlich zum Schutz des ungeborenen Kindes. Usw. Usw. Beamten fällt sicher noch viel mehr Kacke ein.				
A_22	Höhere Einnahmen sind nicht notwendig. Das vorhandene Geld sollte gezielter und effizienter eingesetzt werden. Es wird zu viel Geld mangels Kompetenz der Entscheider in den Sand gesetzt.				
A_23	SPD weg, die können nicht mit Geld umgehen.				
A_24	Dazu fällt der Stadt sowieso nur Gebührenerhöhungen ein.				
A_25	Einfach weniger Geld verschwenden.				
A_26	Bier vorm Stadion verkaufen ^^				
A_27	Nicht was Neues bauen. Alte marode Sachen reparieren!				
A_28	Die Arbeitslosen und die Arbeitssuchenden anschließend gering Verdiener.				
A_29	Weniger Kaufhäuser. Galerie macht minus.				
A_30	Wozu? Das Alte erst mal in Ordnung bringen.				
A_31	Gar keine Verbesserungen. Altes sanieren und erneuern.				
A_32	Wo SPD, da Schulden!				
A_33	Teer wirkt Wunder.				
A_34	Stärkung des Flughafen Dortmund				
A_35	Stärkung des Dortmunder Hafens				
A_36	Aufwertung der Innenstadt - Wasserlauf/Brunnen - mehr Tourismus, bessere Gastronomie im U-Turm/Vermarktung; Bettlerdichte auf dem Hellweg eindämmen!				
A_37	"Klagt nicht, kämpft!" - Jeder einzelne Mitarbeiter sollte sich selbst nicht so wichtig nehmen. Die Zeit für Jammern könnte sinnvoller genutzt werden.				

## Allgemein

Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
A_38	Alles neu Bauen. Ganz in SPD Stil/Style auf Schulden.				
A_39	Alles erhalten, verbessern und reparieren. Diesen blödsinnigen Radruhrschnellweg gar nicht erst bauen. Wer denkt sich so einen Unfug aus?				
A_40	SPD Fehlplanungen rückgängig machen.				
A_41	Reinigen, Reparieren, Erneuern				
A_42	Putzen, Putzen, Putzen. Nicht neu bauen.				
A_43	Positiv: Mikro!Festival - bitte erhalten.				
A_44	Mehr Haushalte gründen, die zusammen halten.				
A_45	Vertrauen, Keine Not und keine Überfälle				
A_46	Liebe, Harmonie, Zufriedenheit				
A_47	Bildung und Spielmöglichkeiten würde ich als Person unterstützen --> höhere abgaben,wenn es denn auch denen zugute kommt.				
A_48	Mehr für Kinder machen, es ziehen sich immer mehr Kinder zurück und sind sozial unfähig.				
A_49	BVB muss für Polizeischutz selbst zahlen.				
A_50	Die Stadt braucht keine höheren Einnahmen erzielen. Vorhandene Einnahmen vernünftig, zielgerichtet und nicht verschwenderisch nutzen.				
A_51	Kein Kindergeld für Kinder, die nicht in Deutschland leben und deren Eltern hier arbeiten.				
A_52	Hochverdienende stärker besteuern.				
A_53	Einfach weniger Geld verschwenden!				
A_54	Viel weniger SPD-Grün Versorgungsposten.				
A_55	Umbau des Bahnhofes in Dortmund Sölde. Dieser Bahnhof ist marode, gefährlich im Sinne von Stolpern, Anstoßen (ich bin 2m groß) und er ist, was das Schlimmste ist, für Rollstuhlfahrer nicht nutzbar. Eine totale Zumutung!				
A_56	Wir zahlen über 40 T Euro Steuern im Jahr, da erwarte ich eine funktionierende Infrastruktur!				
A_57	Keine Ordnungsamt Geldeintreiber mit der Polizei auf Streife gehen lassen. Kann die Polizei besser! Statt dessen alleine und mit Besen und Karre zum Müll sammeln und abkassieren laufen lassen. Spart die Papiersammler und die Geldeintreiber tun was Nützliches für die Bürger.				
A_58	Ordnungsämter für Park-/Friedhofsbewachung einsetzen. 30 % von denen entlassen. Polizei kann das sehr gut und besser als diese Typen.				
A_59	Man könnte Geld einsparen bei Wirtschaftsasylanten und ausländischen Verbrechern. Die Anlaufstelle ruiniert Dortmund. Was hat die irre SPD bloß mit meiner Heimatstadt gemacht. Kein Wunder, dass die Rechten im Rathaus sitzen.				
A_60	Die Gehälter von OB anfangen zu sinken!				
A_61	Gehälter vom OB angefangen, zu senken!				
A_62	Mehr Scheißhäuser, kostenlos. Sie meine Damen + Herren mit Ihrer Gehaltsklasse können 1 € bezahlen. Einer mit Mindestlohn wohl kaum 0,50 € 1,00 € fürs scheißen. Toll man solle in de Ecke Scheißen.				
A_63	Prämienausschüttung bei Budgeteinhaltung von Baumaßnahmen				
A_64	Wenn ich meinen Bewohnerparkausweis zahle, erhalte ich 4 x 5 Blätter - gute Qualität und einseitig bedruckt. Ich will digital unterschreiben und bei Bedarf die Daten per Mail erhalten.				
A_65	Preise nicht immer nur erhöhen, sondern absenken, z. B. Bäderpreise, man geht nicht mehr schwimmen - zu teuer - und somit gar keine Einnahmen mehr für die Stadt usw. usw.				



Ifd. Nummer	Bürgervorschlag	Umsetzbarkeit		Sachverhaltsbeurteilung	Finanzielle Auswirkungen
		ja	nein		
A_66	Keine externen Gutachten mehr vergeben! Bislang keinerlei Nutzen - lediglich Kosten! Know How der eigenen Fachleute nutzen. Ggf. hier Einsatz der Stabsstellen-MA.				
A_67	Verfolgung, ob Maßnahmen aus Gutachten umgesetzt wurden --> welche Vorteile/Einsparungen?				
A_68	z.Z.habe ich keine. Ich finde diese Aktion trotzdem super.Im nächsten Jahr will ich mich noch aktiver beteiligen.				
A_69	Höhere Preise am Flughafen.Nicht nur wegen der Lärmbelästigung sondern auch wegen der Abgase. Wegen der Billigflüge gibt es Personen die nur wegen der Sauferei an einem Tag nach Malle hin u.zurück fliegen.				
A_70	ewiger deutlicher politischer Verzicht auf ggf. zukünftigen WEB-Zugriffs des Bürgers auf ein "online Bürgerkonto"- Kosten-Nutzen gleich 0 und Firmen können sich auch einen Ausdruck telefonisch anfordern (Kosten ohne Beispiel)				
A_71	Bei allen Baumaßnahmen sollte der vorhandene Bauzweck (?) mit eingeplant werden. Das ist umweltfreundlicher und spart Neuplanung.				
A_72	Schön wäre, wenn Sie mehr darauf achten, dass Abgaswerte bei Autos eingehalten werden. Schlecht eingestellte Autos verpesten wie die Flugzeuge überall die Luft mit Benzin. Wir haben doch schon zu wenig Sauerstoff in der Luft. Und das bewirkt wirklich schon genug Krankheiten. Auch eine Kampagne gegen das "Anheizen" von Motoren und für Motor aus beim Halten wäre prima.				
A_73	LKW-Verkehr auf der A40 zwischen Sölde und Dortsfeld sperren.				
A_74	Westfahndamm muss auf jeweils 4 Spuren vergrößert werden.				
A_75	Keine Gelder für Umbenennung der Straßen, überflüssig! Seit Jahrzehnten leben Stadt und Anwohner mit den Straßennamen! Absolute Verschwendung von Steuergeldern.				
A_76	Verbesserte Hinweis- und Anzeigetafeln an Treppen zur U-Bahn am Beispiel der U-Bahn-Station Kampstraße: Derzeit kann man zwar in der Verteilerhalle gut erkennen, wann der gewünschte Zug geht, leider aber nicht mehr in der 2. Tiefebene. Wer von der 1. Tiefebene (U41, 45, 47, 49) zu den eine Treppe tiefer gelegenen U43 und 44 umsteigen will, wird zwar zum richtigen Abgang verwiesen. Dort aber wird er allein gelassen: erst wenn man die Treppe fast vollkommen hinuntergegangen ist, zeigen Schilder die Fahrtrichtung bzw. Seite des Bahnsteigs an. So müssen sich Fahrgäste oft unten auf dem Bahnsteig erst über die Fahrtrichtung orientieren und verpassen häufig deshalb Bahnen oder nehmen die falsche Richtung. Denn die Treppe heruntergehend achten die Menschen vielfach nicht auf eine Hinweistafel an der Decke, sondern darauf, ob eine Bahn einfährt oder (insbesondere bei älteren und behinderten Menschen) darauf, dass sie heil die Treppe herunterkommen. Sinnvoll ist deshalb, solche Hinweistafeln direkt am Treppenanfang zu installieren, zusammen mit einer Anschlagtafel, die die Abfahrtzeiten der Züge vermittelt. Idealerweise sollte so eine Anschlagtafel mit Abfahrtzeiten auch schon oben auf der 1. Tiefebene angebracht werden, damit man als Umsteiger direkt sehen kann, ob man sich beeilen muss, seine Bahn zu bekommen oder nicht.				
A_77	Stop der Stromverschwendung an Rolltreppen Rolltreppen rollen entweder ständig oder reagieren auf das Betreten. Allerdings hören sie nicht genauso automatisch wieder mit Rollen auf, wenn niemand sie mehr benutzt. Ein Sensor, wie er am Anfang der Rolltreppe das Rollen auslöst, könnte auch am Ende der Rolltreppe dafür sorgen, dass die Rolltreppe nicht mehr läuft, wenn keiner mehr darauf ist. Dieser Sensor könnte zählen, wie viele Menschen die Treppe betreten haben bzw. wann alle Menschen die Treppe verlassen haben. Derzeit rollen Treppen noch bis zu mehrere Minuten, ohne dass sich jemand darauf befindet. Der Stromverbrauch könnte hier um einiges reduziert werden.				